PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 53 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/36012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, Kto.Nr. 57 34 18 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.Nr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 4. Februar 1975 fertiggestellt.

6. Februar 1975 Jg. 3 Nr. 5 50 Pfennig

Drucker demonstrierten: „Lehrstellen her, Arbeitsplätze her, sonst geben wir keine Ruhe mehr!"

Dieser Sprechchor von der Demonstration der Hamburger IG Druck und Papier am 31.1. kennzeichnet die Bewegung im Hamburger Druckbereich. Die Arbeiter und Angestellten wehrten sich gegen 60 Arbeitslose im Redaktionsbereich und 350 Arbeitslose bei den Arbeitern, gegen drohende Entlassungen bei Springer (143) und Bauer (30) und in anderen Firmen.

Allgemein wurde diese Demonstration, die schon seit einem Jahr von Kollegen gefordert wurde, als notwendig betrachtet; viele Kollegen hatten eine große Wut im Bauch über die plötzliche Bedrohung ihrer Existenz und Verschlechterung ihrer Lage.
Die Demonstration begann beim Springer-Verlagshaus, wo sich ca. 500 Kollegen, sehr viele von Springer, versammelten. Trotz des Interesses der Kollegen der Spätschicht, die an den Fenstern standen, wurde nicht um das Verlagshaus herummarschiert. Es sollte wohl eine Störung der Produktion vermieden werden. Zu diesem Zweck waren auch (wie bei allen
duktion vermieden werden. Zu diesem Zweck waren auch (wie bei allen
Verlagshäusern) bei Springer Polizeikräfte zum Schutz des Gebäudes angetreten, was verständlich ist, denn eine Solidarisierung der Spätschicht mit der Demonstration wäre ein kraftvoller Ausdruck der Kampfbereitschaft der Drucker gewesen.

Stattdessen beschloß der IG Druck und Papier-Vorstand, gleich über den menschenleeren Weg am Rödingsmarkt vorbei zu Auerdruck (Hamburger Morgenpost, SPD) zu ziehen. Hier standen viele Kollegen am Fenster und winkten. Auch hier und beim Heinrich-Bauer-Verlag Polizei in Mannschaftswagen, offensichtlich nicht zum "Schutz" der Demonstration. Bis zum Legienplatz vor dem Gewerkschaftshaus wuchs die Demonstration auf ca. 1 000 Kollegen an.
Der Platz war um diese Uhrzeit, 18.30, schon dunkel. Nur für Fernsehaufnahmen wurde ab und zu ein greller Scheinwerfer angestellt. Hier konnte keine große Bevölkerung erreicht werden; die um diese Zeit noch belebte Mönckebergstraße war bei Festlegung der Route durch ein Organisationskomitee des Vorstandes ängstlich vermieden worden. Trotzdem harrten viele Kollegen aus, bis die Versammlung geendet hatte.
Es sprachen der gefeuerte Sprecher des Springer-Vertrauensleutekörpers, Peter Bracker, und der Vorsitzende des Hamburger Ortsvereins, Heinz Wolf.

Die Arbeiterklasse muß mit richtigen Forderungen ihre Einheit organisieren

Überall in der Bundesrepublik organisieren einzelne Belegschaften und Gewerkschaftsmitglieder den Protest gegen Entlassungen, Rationalisierungen und Stillegungen.
In Stuttgart z.B. demonstrierten 1 000 Drucker gegen die Stillegung des technischen Betriebs des Deutschen Verlags; in Böblingen 800 gegen Stillegung eines Daimler-Reparaturbetriebs; in Landau gingen die Blaupunkt-Arbeiter auf die Straße und in Speyer demonstrierten 3 000 Kollegen von Salamander, Klambt und VFW gegen Stillegung und Entlassungen.
In Hannover forderten über 800 Drucker: Keine Entlassungen – keine Überstunden, wie schon zuvor in München die Drucker. In Kalletal (bei Detmold) streikten 600 gegen die geplante Stillegung; in Haßloch (Rheinland/Pfalz) fand eine Kundgebung statt gegen die Stillegung von Schmalbach-Lubeca. Jetzt führten 1 000 Kollegen der Druckindustrie in Hamburg gegen den Widerstand des IG-Druck-Vorstandes einen Protestmarsch und eine Kundgebung durch.

Wie können die Arbeiter den Kampf gegen die Maßnahmen der Kapitalisten führen, wie kommen sie voran, so daß die Proteste nicht stehenbleiben?
Jetzt, wo die Interessen der Arbeiterklasse und die Interessen der Kapitalistenklasse immer schärfer und klarer gegeneinanderstehen und aufeinanderprallen, muß die Arbeiterklasse Klarheit bekommen über den Weg des Kampfes, unter welchen Forderungen sie ihre Einheit herstellt und wie sie sich zusammenschließen kann gegen die verstärkte Ausbeutung und gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit. Die Kapitalisten können aus der Krise nur herauskommen, wenn sie die Arbeiterklasse verstärkt ausbeuten. Ihr Ziel ist es, möglichst hohen Profit zu erzielen und möglichst wenig Lohn zu bezahlen. Aus wenigen Arbeitern Profit zu erzielen, das geht nur, wenn sie einen Teil der Arbeiter entlassen und aus dem anderen Teil durch verstärkte Schinderei mehr herausholen. Sie

Fortsetzung S. 3
Fortsetzung S. 3



Tarifauseinandersetzungen: Kapitalisten und Regierung wollen mehr als Lohnabbau

Die Metallkapitalisten bleiben seit Beginn der Tarifverhandlungen auf dem 6 %-Angebot stehen. In Nordrhein-Westfalen haben sie einen Einigungsvorschlag des Schlichters von 7 % abgelehnt, den die Verhandlungsführer der IG-Metall bereits angenommen hatten. Am Sonntag hat der Vertreter von Gesamtmetall, Kirchner, verkündet, die Kapitalisten müßten sich überlegen, ob sie überhaupt noch das 6 %-Angebot halten könnten. Angesichts der wirtschaftlichen Aussichten sei das 6 %-Angebot zu hoch.
Am Montag ließ der Stellvertretende Vorsitzende von Gesamtmetall, Knapp, eine weitere Provokation folgen: Der neue Tarifvertrag solle nicht rückwirkend auf den 1.Januar, sondern auf den 1.Februar abgeschlossen werden. Für Januar soll es also gar keine Erhöhung geben.

Im öffentlichen Dienst hat die Regierung, vertreten durch Innenminister Maihofer, von vornherein nur 5 % angeboten. In der letzten Verhandlung hat Maihofer dieses Angebot noch verschlechtert: Bevor weiter verhandelt werden könnte, müßte erst geklärt werden, was mit anstehenden Höhergruppierungen für den Staat an Kosten entstünden.

In einem gewaltigen Pressefeldzug haben die Kapitalisten und die Regierung seit Monaten verkündet, daß die hohen Löhne an der Krise schuld seien, und daß dieses Jahr keine Lohnerhöhungen drin seien. Die Arbeiter und Angestellten könnten froh sein, wenn sie ihren Reallohn halten würden. Die Angebote, die die Kapitalisten dann gemacht haben, bedeuten aber nicht einmal eine Erhaltung des Reallohns. Sie sind niedriger als die Preissteigerungen, von den gestiegenen Sozialabgaben mal ganz abgesehen. Sie bedeuten also eine Senkung des realen, tariflich abgesicherten Lohnes. In der Metallindustrie, wo der Effektivlohn über dem Tariflohn liegt, wird dies auf eine noch stärkere Senkung des realen Effektivlohnes hinauslaufen. Da gleichzeitig im ganzen letzten Jahr die Arbeitshetze beträchtlich gesteigert worden ist, und zwar auch im öffentlichen Dienst, in den Krankenhäusern, bei den Nahverkehrsmitteln und den anderen öffentlichen Betrieben und Verwaltungen, laufen diese Angebote darauf hinaus, daß die Arbeiter und Angestellten im nächsten Jahr wesentlich mehr Arbeit verausgaben sollen, um wesentlich weniger Lebensmittel zu erhalten.

Es ist klar, daß die Kapitalisten in der Krise darauf ausgehen, die Löhne zu drücken und die Arbeitshetze zu erhöhen, und die wachsende Arbeitslosigkeit, die der Kapitalismus hervorbringt, verstärkt diesen Druck der Kapitalisten, ihrer Verbände und der Regierung. So ist auch nicht erstaunlich, daß die Hetze teilweise verfängt und die Kampfbereitschaft teilweise geschwächt wird. Aber in ihrem Hunger nach Profit kennen die Kapitalisten keine Hemmung und so erreichen sie stets die Grenze, wo die Gegenwehr der Arbeiterklasse mit Notwendigkeit sich entfalten muß, wenn sich die Arbeiterklasse der Profitgier der Kapitalisten nicht bedingungslos unterwerfen will. Diese Grenze haben die Kapitalisten und die Regierung jetzt erreicht. Tatsächlich läuft ihre Taktik in den gegenwärtigen Tarifauseinandersetzungen darauf hinaus, nicht nur den Lohn zu senken, sondern die Arbeiter entscheidend zu schlagen. Ziel ist dabei, die Solidarität in der Arbeiterklasse und die gewerkschaftliche Organisation so sehr zu schwächen, daß sie im weiteren Verlauf der Krise ohne organisierten Widerstand der Arbeiter die Krise auf dem Rücken der Arbeiterklasse austragen können. Dabei gehen sie so offen vor, daß die Gewerkschaftsführung nicht mehr mitmachen kann und sie wagen es so offen vorzugehen, weil sie hoffen, die Arbeiter und die Gewerkschaften könnten sich unter dieser Führung niemals wirksam wehren. Damit haben sie teilweise recht. Nur vergessen sie eines: die Arbeiter können auch selbständig den Kampf aufnehmen und sie können dies auch gerade dann, wenn die Gewerkschaftsführung wohl oder übel sich gegen die Kapitalisten stellen muß, wenn sie nicht ihre eigene Existenz aufs Spiel setzen will.

Fortsetzung S. 3

Aus dem Inhalt:

NATO-Drohungen gegen Ölländer

Der CDU-Wehrexperte Wörner und der NATO-Generalsekretär Luns in den Fußstapfen Kissingers

Nach den Kriegsdrohungen Kissingers und der US-Präsidenten Ford und Rockefeller gegen die erdölproduzierenden Länder hat nun der CDU-Wehrexperte Manfred Wörner sich diesen Drohungen angeschlossen. Er erklärte in Washington, daß die NATO "jedwede Störung" der westlichen Wirtschaft als "Aggression" bewerten und entsprechend beantworten müsse.

Ölboykott müsse als "Bedrohung der kollektiven Sicherheit" angesehen werden, Aggression dürfe nicht nur militärisch gesehen werden, sondern "schließe alle bewußten Angriffe auf vitale Sicherheitsinteressen des westlichen Lagers ein, in deren Zentrum nun einmal die Wirtschaftsordnung des Westens stehe." (Stuttgarter Zeitung, 31.1.1975)
Man muß übersetzen, was diese Äußerungen bedeuten. Unter Aggression versteht man einen direkten Angriff auf ein Land, der das Recht auf Gegenwehr begründet. Bei Wörner wie bei Kissinger bekommt das Wort genau entgegengesetzte Bedeutung. Aggression ist für sie, wie für alle Imperialisten, wenn andere Völker nicht mehr bereit sind, sich ihrer Reichtümer berauben zu lassen und davon ausgehen, daß sie selber über die Verfügung ihrer Reichtümer bestimmen. Der Ausspruch Wörners bedeutet nichts anderes, als daß die Imperialisten die Verfügung über den Reichtum anderer Völker als Bestandteil ihrer Wirtschaftsordnung ansehen und folglich Aggression nennen, wenn sie am Diebstahl gehindert werden.
Doch diese verkehrte Logik der Imperialisten gilt nur, solange die Imperialisten das Sagen haben. Die Völker der Welt werden über den Imperialismus siegen, das beweist nicht zuletzt das drohende Kriegsgeschrei der angeschlagenen Imperialisten. –bb–

Wie Kissinger und CDU-Wörner hat sich auf einer Wehrkundetagung in München auch der Generalsekretär der NATO, Luns, geäußert. Offensichtlich setzt sich die Politik der Kriegsdrohungen gegen die arabischen Erdölländer nun offen in der NATO durch.

Die Debatte über Strauß' China-Besuch wirkt klärend

Die Hamburger Zeitung "Arbeiterkampf", die vom Kommunistischen Bund Nord verbreitet wird, hat in ihrer Ausgabe vom 28. Januar 1975 einen Artikel mit dem Titel *"Strauß in China – zum Kotzen"* aufgenommen. Dieser Artikel gründet sich auf Anschauungen, von denen man sich als Revolutionär lösen muß, will man nicht unversehens ins Kielwasser reaktionärer Ideologie geraten.

Gleich mit dem ersten Abschnitt wird dort die marxistisch-leninistische Auffassung vom Staat über Bord geworfen. Es heißt da: *"Kein Vertreter des westdeutschen Imperialismus wurde in der VR China mit derart demonstrativer Freundlichkeit und so ausgesuchten Ehrenbezeichnungen aufgenommen, wie ausgerechnet F.J.Strauß, prominenteste Figur des Rechtsradikalismus, der nach eigenem Bekunden in der BRD mit der Maschinenpistole 'Ruhe und Ordnung' zu schaffen beabsichtigt."* Hier wird der VR China vorgeworfen, den Unterschied zwischen einem gewöhnlichen Imperialismus und einem Imperialismus rechtsradikaler Prägung nicht gewürdigt haben. Und es wird angedeutet, worin der Unterschied besteht. Der rechtsradikale Imperialismus a la Strauß schafft "Ruhe und Ordnung" mit der Maschinenpistole, das ist das Besondere an ihm. Man soll sich denken, daß es einen gewöhnlichen Imperialismus gibt, der durch beharrliche Überzeugungsarbeit herrscht.

Dagegen besteht das Wesen des bürgerlichen Staates darin, daß er das private Eigentum an den Produktionsmitteln und damit die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten mit Gewalt schützt. Zum Beispiel mit Maschinenpistolen. Dies als Besonderheit des Rechtsradikalismus hinzustellen, ist bürgerlich, weil es das Wesen der Sache vertuscht und letzten Endes dazu führt, daß nicht die Revolution als Aufgabe gestellt wird, sondern die Verteidigung des Imperialismus gegen seine rechtsradikale Variante. Das ist bürgerliches Gewäsch.

Erstens liegt der Unterschied zwischen beispielsweise Schmidt und Strauß nicht darin, daß der eine Ruhe und Ordnung wollte, im Klartext, den Ausbeutern Ruhe beim Geschäft der Ausbeutung sichern, und der andere nicht. Das wollen beide.

Zweitens liegt der Unterschied nicht darin, daß der eine Ruhe und Ordnung mit der Maschinenpistole verteidigen wolle, der andere mit Nächstenliebe. Beide repräsentieren den bürgerlichen Staat, und das ist die öffentliche GEWALT.

fentliche GEWALT.

Drittens: Selbst wenn wir es mit einer politischen Strömung zu tun hätten, die den arbeitenden Klassen die politischen Rechte vollends bestreitet, mit nackter Willkür herrschen will, was Strauß nicht sagt, dann wäre es auch nicht revolutionär, sich denjenigen Imperialisten politisch zu unterwerfen, denen das unpraktikabel erscheint.

Der Kommunistische Bund Nord erhebt die Unterwerfung der Revolutionäre unter bürgerliche Parteiströmungen zwecks "Verhütung des Schlimmsten" zur Taktik der Kommunisten.

*

In der Durchführung dieses Spezialunternehmens fühlt sich der KB Nord von der Außenpolitik der VR China beeinträchtigt. Und quäkt auf: *"Nicht ganz unlogisch zogen bürgerliche Zeitungen aus diesem herzlichen Empfang und der zur Schau getragenen widerlichen Anbiederung chinesischer Politiker bei Strauß die Schlußfolgerung 'China hofft auf Strauß als nächsten Bonner Regierungschef'."* Dieses "nicht ganz unlogisch" hat es in sich. Dem bürgerlichen Hirn ist der Gedanke an grundlegende Umwälzung verboten. Revolution gibt es nicht in der bürgerlichen Logik. Änderung der Verhältnisse ist bloß im Rahmen verschiedener bürgerlicher Parteiströmungen möglich, denkbar. Der KB Nord sitzt dieser bürgerlichen Logik auf. Weil seine ganze Hoffnung darin besteht, den gewöhnlichen, erträglichen Imperialismus vor seiner rechtsradikalen Entartung zu beschützen, kann er sich nur vorstellen, daß die Hoffnungen der VR China sich ebenfalls in solch engen Alternativen bewegen. Die VR China aber ist eine revolutionäre Macht. Ihre Politiker sind revolutionäre Politiker, deren Taten und Geschichte nachprüfbar sind. Ihre Hoffnung setzen sie, wie alle Revolutionäre auf der ganzen Welt, auf die proletarische Revolution. Denn die proletarische Revolution ist die Hoffnung der Menschheit. Diese Hoffnung auf den Unterschied zwischen Schmidt und Strauß beispielsweise herunterzubringen, der zudem noch gesucht wird bei "Maschinenpistolen oder nicht", das bleibt dem KB Nord vorbehalten.

Daß die bürgerliche Presse nicht versteht, wie und auf welche Weise die VR China auf die Revolution setzt, das ist klar. Daß der KB Nord in den Mutmaßungen der bürgerlichen Presse die "gewisse Logik" entdeckt, liegt nicht an den Tatsachen, sondern an der engen Hirnverwandtschaft dieser Leute mit bürgerlichen Journalisten. Der Außenpolitik der VR China entspringt es nicht.

Daß die Unbefangenheit und Sicherheit, mit der die chinesischen Politiker den Imperialisten und Konterrevolutionär Strauß behandelt haben, als "widerliche Anbiederung" bezeichnet wird, das wiederum entspringt einer schwülen Kleinbürgerlichkeit, die dem KB Nord oft eigentümlich ist und die ihn unangenehm von anderen bürgerlichen Journalisten unterscheidet. (Weswegen es auch meist fruchtbarer ist, die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" zu lesen, als den "Arbeiterkkampf".)

*

Politspießertum prägt auch den nächsten Abschnitt. Dort heißt es: *"Strauß erklärte ferner, er habe Verständnis für seine außenpolitische Grundkonzeption europäischer Verteidigungsfähigkeit und Unabhängigkeit von den Supermächten und eine Konkordanz* (Übereinstimmung) *der Meinungen gefunden."*

Daß irgendwer erklärt, er würde die Politik von Strauß *verstehen*, das geht unseren Spezialanalytikern über die Hutschnur. Und das jemand sogar eine gewisse Übereinstimmung in der Betrachtung haben kann mit Strauß, das geht ihnen erst recht zu weit. Sie sind Idealisten ohne Hemmung und Hoffnung. In Wirklichkeit ist es so: Wenn Strauß z. B. sagt, der bürgerliche Staat muß mit Waffengewalt verteidigt werden, so können das alle Revolutionäre leicht verstehen. Haben sogar Übereinstimmung in dieser wichtigen Frage. Und ziehen daraus den Schluß, daß der bürgerliche Staat das erstens nötig hat und zweitens mit Waffengewalt wird zerschlagen werden müssen. Der KB Nord hingegen will den Imperialismus vor rechtsradikalen Entartungen schützen, findet dafür keinen Ansatzpunkt in der Außenpolitik der VR China und wird deswegen wild. Belegt die chinesischen Politiker mit Adjektiven wie "widerlich" und "schweinisch". Deng Hsiao Ping kommt dabei besonders schlecht weg. Wegen folgender Äußerung wird er im "Arbeiterkampf" gemaßregelt. (Im Unterschied zum "Arbeiterkampf" zitieren wir diese Äußerung so vollständig wie

schied zum "Arbeiterkampf" zitieren

wir diese Äußerung so vollständig wie möglich, da sie ein lehrreiches Beispiel revolutionärer Diplomatie darstellt.)

"Manche Leute scheinen über Ihren Besuch bei uns sehr aufgeregt zu sein. Man hat Ihnen drei Etiketten angehängt: Feind des Friedens, Feind der Sicherheit und Feind der Entspannung ... Ich meine, diese Leute haben das gesagt, weil Sie, Herr Strauß, die Schwächen dieser Menschen aufgedeckt haben. Uns Chinesen hat man auch diese drei Etiketten angehängt. Wir haben noch viel mehr Etiketten. Viele Jahre lang hat man unsere Kommunistische Partei Chinas als Banditen bezeichnet. ... Diese Leute, die Herrn Strauß die Etiketten anhängen, nennen uns Abenteurer und kriegslüstern. Unsere Zusammenkunft in Peking ist daher nach Ansicht dieser Leute ein Treffen der schlechtesten Menschen auf der Welt. Leider jedoch gibt es auf der Welt noch viel zu wenige solcher schlechtesten Menschen." Zuerst erklärt Deng Hsiao Ping die Motive, die die Sozialimperialisten und Revisionisten bei ihrem Trommelfeuer gegen Strauß und bei der liebevollen Behandlung anderer imperialistischen Strömungen haben. Der KB Nord fühlt sich mitbetroffen. Sei's drum. Daß Strauß ein Imperialist ist, der die UdSSR als imperialistische Macht bezeichnet, begrüßt Deng Hsiao Ping. Warum sollte er das nicht begrüßen, wo es doch offensichtlich gut ist, wenn sich die Imperialisten gegenseitig als solche bezeichnen, wenn sie sich gegenseitig entlarven. Schlecht ist das bloß für eine Politik, die nicht bloß davon ausgeht, daß es in bezug auf die inneren Verhältnisse in Westdeutschland gelte, einen angeblich friedlich herrschenden Imperialismus gegen seine Maschinenpistolenvariante zu verteidigen, sondern die gleichzeitig noch davon ausgeht, daß es eine friedliche und auf Entspannung gerichtete imperialistische Strömung gebe in der Bundesrepbulik, verkörpert beispielsweise durch Strauß. Der KB Nord, der in der ersten Aufregung das Wesen des bürgerlichen Staates vergessen hat, vergißt in der zweiten Aufregung das Wesen des Imperialismus, der naturnotwendig auf Expansion und Aggression gerichtet ist. Im nächsten Satz läßt sich Deng Hsiao Ping darüber aus, daß die Kommunisten nicht selten von bürgerlichen Parteien als Banditen bezeichnet werden. Er läßt es sich nicht nehmen, den Reaktionär Strauß darauf hinzuweisen, daß die Tätigkeit solcher "Banditen" zur Errichtung der revolutionären Macht geführt hat, die Strauß jetzt respektieren muß. Dies ist eine Aufmunterung für alle Revolutionäre. Für Strauß wird es keine Aufmunterung gewesen sein.

Wahrscheinlich ist es der letzte Satz, der den KB Nord zum Überschnappen bringt, den er "zum Kotzen" findet. Denn im engen Gehege der Schädelknochen dieser Hamburger Politiker muß er bedeuten: Deng Hsiao Ping stellt sich in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen zweierlei Imperialismus (der eine, den es nicht gibt, herrscht im Innern durch Überzeugung, in bezug auf die äußeren Angelegenheiten ist er friedensfreundlich; der andere, den es wirklich gibt, herrscht im Innern mit Gewalt, und in bezug auf äußere Angelegenheiten ist er kriegslüstern) auf die Seite der Aggression und des Rechtsradikalismus! Im Zusammenhang der Widersprüche auf der wirklichen Welt, also revolutionär betrachtet, haftet diesem Ausspruch nichts Schreckliches an. Es ist tatsächlich so, daß es von der kommunistischen Sorte "schlechtester Menschen und Banditen" noch bedeutend zu wenige gibt. Und es ist auch so, daß die Hauptkriegsgefahr auf der Welt von den Supermächten ausgeht. Als Kraft, die sich dem Sozialimperialismus entgegenstellt und die auf eine gewisse Unabhängigkeit des BRD-Imperialismus hinstrebt, wird Strauß sich der relativen Zustimmung chinesischer Außenpolitik erfreuen können. Denn seine Tätigkeit schwächt in gewissem Umfang die Supermächte.

*

Bedeutet dies, daß die VR China ihre Hoffnung setzt auf die Herrschaft des Imperialismus in Westeuropa, daß sie den Kommunisten empfehlen würde, "mit Strauß" zu gehen. Das ist Unsinn. In dieser Hinsicht haben es die chinesischen Politiker an Deutlichkeit in keinerlei Hinsicht fehlen lassen. Bei verschiedenen Gelegenheiten dieses Strauß-Besuches haben sie vermerkt, daß in bezug auf Mitteleuropa sich die Sache so verhält, daß entweder der Krieg der Supermächte um Mitteleuropa die Revolution im Gefolge haben wird, und daß dieser Krieg sowieso unausweichlich ist, es

Krieg sowieso unausweichlich ist, es

sei denn, im einen oder anderen Lande findet rechtzeitig Revolution statt. Dies hat die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" auch genau vermerkt und notiert. Es bleibt dem KB Nord vorbehalten, die Behandlung von Strauß in China und das, was seitens der VR China dazu gesagt wurde, als Einladung der Chinesen an die Volksmassen aufzufassen, endlich mit der Kritik an Strauß aufzuhören und sich für die Zukunft überhaupt mit dem Imperialismus abzufinden. Was gesagt wurde, war, daß die Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse die Revolution machen müssen, weil sonst der Krieg ganz unvermeidlich ist. Das ist deutlich genug für jeden, der es hören will.

*

Wir wollen nun zum Schluß kommen. Die letzte Schandtat chinesischer Politik, die der KB Nord enthüllt, besteht im folgenden Zitat: *"In diesem Sinn wurde Strauß auch von seinen chinesischen Partnern immer wieder empfohlen, die europäischen Imperialisten sollten sich politisch und militärisch zusammenschließen und eine gleichberechtigte Partnerschaft mit den USA anstreben."* Dies erscheint dem KB Nord so schrecklich, daß er es gar nicht mehr interpretiert. Offenbar erscheint es ihm natürlich und dem Umsichgreifen des Rechtsradikalismus hinderlich, wenn die Staaten Europas von den USA politisch und militärisch abhängig sind und die Kraft dieser Supermacht willenlos speisen und der anderen die Stiefel lecken. Wahrscheinlich schwebt dem KB Nord in der Stunde der Not ein Eingriff auswärtiger Truppen mit zweiter Entnazifizierung vor. Warum könnte er sonst aufheulen, wenn die Chinesen es besser finden, daß die Abhängigkeit der westeuropäischen Staaten von der Supermacht USA einerseits und der Supermacht UdSSR andererseits gelöst, gelockert wird, die Supermächte geschwächt werden. Revolutionäre denken anders.

Unverständlich ist es bloß für Leute, die nicht einsehen wollen oder können, daß die Lösung solcher Probleme bloß möglich ist, wenndie Arbeiterklasse einen selbständigen revolutionären Standpunkt entwickelt und die Revolution macht. Wer davon ausgeht, daß die Arbeiterklasse sowieso im Kielwasser der einen oder anderen imperialistischen Politik schwimmt, sowieso zum willenlosen Material bürgerlicher Politik wird, wer es zudem noch aktiv betreibt, daß die Arbeiterklasse die weniger schlimme Sorte Imperialismus verteidigen soll gegen den Rechtsradikalismus, wer also in Wirklichkeit ein bürgerlicher Volksbetrüger ist, den wird die Außenpolitik der VR China noch öfter in Schwierigkeiten bringen. Denn diese Außenpolitik ist revolutionär. Der Verbreitung liberalen Gedankenguts in der jungen revolutionären Bewegung in Westdeutschland išt sie nicht dienlich. Der Verbreitung des Gedankens über die besondere "Schweinlichkeit" der imperialistischen Politik eines Strauß, wogegen die imperialistische Politik eines Schmidt als das pure Gold erscheint, ist sie auch nicht dienlich. Der Verbreitung der revolutionären Einsicht, daß man mit **keiner Strömung der Imperialisten zusammengehen darf, sondern Revolution machen muß,** wenn man den Krieg verhindern will, war sie dienlich. Man muß diese Politik begrüßen.

–M.A.–

Vertrag EG-AKP

Die assoziierten Länder konnten Zugeständnisse durchsetzen



Am vergangenen Wochenende einigten sich die Vertretungen der Europäischen Gemeinschaft (EG) und von 46 Staaten der Dritten Welt auf ein Handels- und Wirtschaftsabkommen.

Der Vertrag hat den Namen "Konvention von Lome zwischen der EG und den AKP (AKP = Afrika, Karibische und Pazifische Inseln)". 19 der afrikanischen Staaten waren mit der EG durch einen Vertrag assoziiert, der in diesem Jahr ausläuft. Die

der in diesem Jahr ausläuft. Die

Frankfurter Rundschau schreibt:

"In den Verhandlungen ... setzten die AKP-Staaten durch eine erstaunliche Solidarität trotz divergierender nationaler Interessen durch, daß sich das neue Vertragswerk in Geist und Inhalt wesentlich von den alten Assoziierungsverträgen der ehemaligen Sechser-EWG mit afrikanischen Staaten unterscheidet."

In den Verhandlungen wollte die Europäische Gemeinschaft nur Zollfreiheit für die wichtigsten von diesen Ländern erzeugten Rohstoffe gewähren und damit sich erstens diese Rohstoffe sichern und zweitens die assoziierten Länder möglichst abhängig halten dadurch, daß die Länder keine Möglichkeit erhalten sollten, die einseitige Ausrichtung ihrer Wirtschaft auf die Erzeugung einiger weniger Rohstoffe zu überwinden.

Demgegenüber forderten die AKP-Staaten Zollfreiheit für alle Waren und einen Ausgleichsfonds für Verluste aus Preisschwankungen, den die EG zu zahlen hat. Die bisherige Abhängigkeit dieser Länder vom Export nur weniger Produkte, auf die die Wirtschaft durch die Kolonialzeit ausgerichtet worden ist, bewirkt, daß schon geringe Preisschwankungen für einen Rohstoff für das jeweilige Land den Ruin bedeuten.

Die EG-Staaten konnten sich in ihrem Wunsch, diese Abhängigkeitsverhältnisse auch im neuen Vertrag aufrechtzuerhalten, nicht durchsetzen, sondern mußten gegenüber den solidarisch auftretenden AKP-Staaten große Zugeständenisse machen, um sich überhaupt die Versorgung mit Rohstoffen aus diesen Ländern zu sichern.

Zollfreiheit für fast alle Exportwaren dieser Staaten mußte die Europäische Gemeinschaft gewähren. Ein Ausgleichsfonds wurde geschaffen, um die Rohstoffpreise zu garantieren, teils auf Kreditbasis, teils zinslos und für die 24 ärmsten Länder rückzahlungsfrei.

Die AKP-Staaten setzen sich zusammen aus den Staaten, die ehemals von



Frankreich und Großbritannien als Kolonien beherrscht und ausgebeutet wurden. Neu dazugekommen sind jetzt auch die vom portugiesischen Kolonialismus befreiten Staaten Afrikas. Es ist klar, daß die Europäische Gemeinschaft mit diesem Vertrag sich imperialistische Einflußsphären sichern will, aufbauend auf dem wirtschaftlichen Einfluß, der aus der Kolonialzeit geblieben ist. Demgegenüber aber konnten die AKP-Staaten durch gemeinsames Auftreten Zugeständnisse durchsetzen. Auch gegenüber dem Hegemoniestreben der imperialistischen Supermächte bedeutet dieses Abkommen eine Abfuhr.

Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es ein Abkommen zwischen imperialistischen Staaten und Staaten der Dritten Welt ist, die vom Imperialismus nach wie vor ausgebeutet werden.

Aber das Abkommen zeigt, daß die vorherrschende Tendenz in der Welt gegen den Imperialismus wirkt. In diesem Abkommen zeigt sich die Wirkung des Unabhängigkeitsstrebens der Völker, der Kraft und Solidarität der Völker der Dritten Welt, die dem Imperialismus ihr Gesetz des Handelns aufzwingt.

–bb–

Mordanschlag auf Betriebsrat Heinz Scholz, Bremer Vulkan

Falsche Anschuldigungen der Gruppe Rote Fahne(KPD) wecken berechtigte Empörung

Am Mittwoch, den 29.Januar, wurde auf Heinz Scholz, Betriebsrat beim Bremer Vulkan und Mitglied der Gruppe Rote Fahne (KPD), ein feiger Mordanschlag verübt. Im Anschluß an eine Sitzung der gewerkschaftsoppositionellen Gruppe Bremer Vulkan wurde er auf einem menschenleeren Parkplatz vor seinem Wagen von einem maskierten Mann angefallen. Heinz Scholz konnte dem mit einem Messer auf ihn einstechenden Mann noch soviel Widerstand entgegensetzen, daß dieser von ihm abließ und floh. Heinz Scholz wurde bewußtlos und später dann gefunden und ins Krankenhaus gebracht. Inzwischen geht es ihm den Umständen entsprechend besser und er kann hoffentlich bald aus dem Krankenhaus entlassen werden.

Die Ermittlungen der Polizei haben bisher kein Ergebnis gebracht. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß dieser Mordanschlag politische Gründe hat. Der ganze Ablauf des Anschlages läßt darauf schließen. Egal aber, ob hinter diesem Anschlag ein politisch verhetzter Einzelgänger oder eine faschistische Gruppe oder sonstwer steckt, alle aufrechten Menschen werden diesen Anschlag scharf verurteilen.
Auf der Werft war der Anschlag auf Heinz Scholz am Freitag Tagesgespräch Nr.1. Schon im Laufe des Donnerstag kursierten die ersten Gerüchte über den Betrieb, aber keiner wußte etwas genaues. Die Kranführer beauftragten ihren Vertrauensmann Heinz Koldehofe (wie Heinz Scholz vom Gewerkschaftsausschluß bedroht), Heinz Scholz im Krankenhaus zu besuchen.

Am Freitag gab es teilweise heftige Auseinandersetzungen auf der Werft. Anlaß dafür war das am Morgen von der Gruppe Rote Fahne verteilte Flugblatt, in dem einerseits kurz der Sachverhalt und andererseits die vergangenen Auseinandersetzungen von Heinz Scholz mit den Sozialdemokraten dargestellt wurden. Das Flugblatt endete in der Anschuldigung, daß letztlich die Sozialdemokraten die politische Verantwortung für den Mordanschlag hätten. Die meisten Kollegen waren zurecht empört über die von der Gruppe Rote Fahne konstruierten Zusammenhänge. Ein Kollege berichtete auch darüber, was ihm am Morgen von einem Verteiler der Gruppe Rote Fahne an den Kopf geworfen wurde. Der Kollege wollte kein Flugblatt haben, worauf der Verteiler der Gruppe Rote Fahne ihm nachrief: "Du gehörst wohl auch zu denen." Angesichts dieser Tatsachen war es in den Gesprächen teilweise sehr schwer, die Angelegenheit erst einmal wieder ins richtige Licht zu rücken. Und dann kam man allerdings dazu, daß fast alle Kollegen den Anschlag scharf verurteilten und der Einschätzung zustimmten, daß hinter dem Anschlag wahrscheinlich politische Gründe stehen. Diese Einschätzung teilten auch die sozialdemokratischen Kollegen. Der Kollege Koldehofe sammelte am Freitag unter den Betriebsräten Unterschriften, womit sie sich gegen den Mordanschlag aussprachen, aus welchen Gründen auch immer er ausgeführt wurde. Fast alle Betriebsräte unterschrieben, einschließlich der Sozialdemokraten. Leicht war dies nicht, weil die Kollegen sauer waren über die Anpinkeleien der Gruppe Rote Fahne. Die Unterschriften wurden dem Kollegen Heinz Scholz im Krankenhaus überreicht. Er begrüßte diese Aktion. Ganz im Gegenteil zu einem Vertreter der Ortsleitung der Gruppe Rote Fahne, der die Unterschriften als eine Provokation gegen den Kollegen Scholz bezeichnete, weil die Sozialdemokraten seine Feinde wären. Dem Kollegen Koldehofe wurde vorgeworfen, er hätte mit der Unterschriftensammlung unter den Betriebsräten den Sozialdemokraten ein Alibi verschafft.

Die Gruppe Rote Fahne hatte in dem Flugblatt weiter zu einer Protestdemonstration am Sonnabend und zur Gründung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des Anschlages aufgerufen. Unserer Ansicht nach konnte man so nicht verfahren. Einen Untersuchungsausschuß hielten wir nur dann für sinnvoll, wenn er von der Ebene des Betriebes aus vorgeschlagen und von der Belegschaft eingesetzt würde, weil sie den Ermittlun-
gesetzt würde, weil sie den Ermittlun-
gen der Polizei mißtraut. Weiter müßte klar sein, was überhaupt untersucht werden soll. Der Vorschlag der Gruppe Rote Fahne bringt also so überhaupt nichts, allenfalls, daß die Genossen der Gruppe Rote Fahne in den nächsten Wochen mit Sheriffsternen herumlaufen, oder daß sie eine rote Detektei eröffnen. Als zwei unserer Genossen am Sonnabendmorgen zu der Gründungssitzung erschienen, um unsere Ansichten darzulegen, trafen sie im Büro der Gruppe Rote Fahne ausschließlich Genossen der Gruppe Rote Fahne an. Nicht einmal Kollegen der gewerkschaftsoppositionellen Gruppe waren erschienen. Eine vernünftige Diskussion war nicht möglich. Vielmehr erging ih.e Ortsleitung sich in wüsten Beschimpfungen gegen den KBW und unsere Betriebszelle. Der Vertreter der Ortsleitung der Gruppe Rote Fahne verstieg sich bis zu der abenteuerlichen Behauptung, auf dem Vulkan würden die Klassenfronten zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten verlaufen.
Auch die Protestdemonstration hat unsere Betriebszelle nicht unterstützt, weil es uns im Gegensatz zur Gruppe Rote Fahne darauf ankommt, angesichts des Mordanschlages politische Aufklärung zu betreiben und darauf aufbauend, mit den Kollegen gemeinsame Schritte und Aktionen einzuleiten, die sich dagegen wenden, daß gewählte Interessenvertreter der Arbeiterklasse mundtot gemacht werden. Weil die Gruppe Rote Fahne eben nicht von der Aufgabe der Mobilisierung der Kollegen selbst ausgeht, muß sie notwendig Schiffbruch erleiden. Und so war es dann auch. Obwohl sie möglichst viele ihrer Genossen aus Norddeutschland ganz kurzfristig nach Bremen beordert hatte, bot die Demonstration ein klägliches Bild. Ungefähr 200 Genossen der Gruppe Rote Fahne und ein 30 Mann starkes Häuflein der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) versammelten sich und demonstrierten isoliert dann durch Vegesack. Unorganisierte Kollegen vom Bremer Vulkan waren nicht erschienen, abgesehen von einzelnen Vertretern des Betriebsrates, die sich die Angelegenheit mal besehen wollten.
Der Betriebsratsvorsitzende Bettelhäuser meinte völlig zu Recht:
Hier hätten alle Vulkanesen demonstrieren müssen, aber durch das Flugblatt der Gruppe Rote Fahne und unter ihren Forderungen: Gegen die reaktionäre Schmidt/Genscher-Regierung! etc., war das nicht möglich.
Wir werden in den kommenden Tagen weiter mit unseren Kollegen über den Mordanschlag an Heinz Scholz und wie man ihn beurteilen muß dis-
und wie man ihn beurteilen muß dis-
kutieren und mit unseren Möglichkeiten darauf hinwirken, daß aus dem Betrieb selber Schritte eingeleitet werden (beispielsweise eine Presseerklärung des Betriebsrates oder des Vertrauensleutekörpers). Dieser feige Mordanschlag wird uns weiterhin ein zusätzlicher Ansporn sein, die Einheit der Belegschaft gegen die Kapitalisten unter richtigen Forderungen herzustellen und auf der Grundlage dieser Forderungen einen neuen Betriebsrat zu wählen, hinter dem die Belegschaft steht. In diesen neuen Betriebsrat gehört wieder der Genosse Koldehofe und Genosse Heinz Scholz. Er sollte sich in Zukunft allerdings überlegen, ob die Linie der Gruppe Rote Fahne überhaupt noch etwas mit der Realität zu tun hat und ob man mit dieser Linie den Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten weiterbringen kann.

hz, i.A. der Betriebszelle "Bremer Vulkan"



Die Tarifauseinandersetzung, die die IG Metall führt, hat sich verschärft. In Stuttgart demonstrierten IG Metaller im Verhandlungsraum, daß sie mit den Unternehmerangeboten von 6 % nicht einverstanden sind.
Auch in den anderen IG Metallbezirken blieben die Metaller nicht ruhig. In Nordrhein-Westfalen streikten am Montag und am Dienstag insgesamt 10 000 Metallarbeiter. Die Metallkapitalisten haben das Schlichtungsangebot in Nordrhein-Westfalen abgelehnt. Am Mittwoch, dem 5.2., endet die Friedenspflicht.
In Bremen streikte die Belegschaft der Firma Geerdts Maschinenbau. 300 traten in einen halbstündigen Warnstreik gegen das 6 % Angebot. In Schleswig-Holstein streikte in der letzten Woche in Flensburg die Belegschaft der Schiffbaugesellschaft eine halbe Stunde. Am 4.2. hat die Große Tarifkommission der IG Metall Bezirk Unterweser die Verhandlungen für gescheitert erklärt. Sie fordert für die anderen Bezirke, die gemeinsam im Nordverband verhandeln (Schleswig-Holstein, Hamburg, Nordwestliches Niedersachsen), ebenfalls die Erklärung des Scheiterns.
Die Kapitalisten setzen jetzt gegen den Kampfwillen großer Teile der IG Metall-Mitglieder gezielt ihre Propagandawaffen ein. So will das Wickert-Institut, ein Meinungsforschungsinstitut, herausgefunden haben, daß 87 % gegen Streik sind und nur 5 % für Streik.
Die Frage war: "Soll man sich mit 6 % zufriedengeben und nicht streiken?" – Sie haben offensichtlich zum Beispiel die 10 000 streikenden Kollegen in Nordrhein-Westfalen nicht gefragt.

Fortsetzung ...mehr als Lohnabbau

Auch die Versöhnungs- und Rückzugsmanöver der Gewerkschaftsführung sind an eine Grenze gestoßen, die sie schlecht überschreiten kann.
Die Gewerkschaftsführung muß, getrieben durch die Taktik der Kapitalisten, jetzt selber eine taktische Wendung durchführen. Sie wollte und will nicht kämpfen, aber auf das Angebot der Kapitalisten und der Regierung kann sie auch nicht ohne weiteres eingehen. Hat sie bisher jeden Warnstreik verhindert, so braucht sie jetzt Warnstreiks, um aus der verfahrenen Situation in den Verhandlungen herauszukommen.
Am Montag haben in Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal in dieser Tarifauseinandersetzung 5 000 Metallarbeiter kurzfristig gestreikt. IG-Metallbevollmächtigter für Baden-Württemberg, Steinkühler, hat zu den Verhandlungen in Stuttgart 100 Metallgewerkschafter mitgebracht, um seine Verhandlungsposition zu stärken. Der IG-Metall-Hauptvorstand hat ebenfalls am Montag eine Sitzung durchgeführt und eine Erklärung herausgegeben, daß er die Taktik der Metallkapitalisten nicht länger hinnehmen wolle. In Bremen und im ganzen Norden hat die IG-Metall Flugblätter veröffentlicht, in denen sie schreibt, daß die Metallkapitalisten der Gewerkschaft den Fehdehandschuh hingeworfen habe, und daß die Gewerkschaft den Fehdehandschuh aufnehmen werde. All das sind natürlich Worte, und die IG-Metallführung hofft, daß sie diesen Worten keine Taten wird folgen lassen müssen, daß sie die Metallkapitalisten doch noch für einen 7 %-Abschluß gewinnen wird, für den sie in den Verhandlungen mit Engelszungen eingetreten ist. Dennoch, die Tarifauseinandersetzung ist wieder in Bewegung gekommen und es wäre ganz falsch, wenn die Gewerkschaftsmitglieder diese Situation nicht nutzen würden, um selber zu Wort zu kommen. Wenn die Gewerkschaftsführung für einen Warnstreik von einer halben Stunde ist, um von den Kapitalisten wieder ernst genommen zu werden, warum sollen die Arbeiter dann nicht solange streiken, wie sie es für nötig halten, um den Kapitalisten klar zu machen, daß sie sich den Kapitalisten und ihrer Taktik nicht unterwerfen? Wenn die Gewerkschaftsführung für einen Warnstreik von 2 oder 3 Betrieben ist, warum sollen dann nicht alle Arbeiter einer Stadt oder eines Bezirks streiken? Und warum sollen sie diesen Streik nicht nutzen, um erneut zu besprechen, auf was es ihnen in dieser Tarifauseinandersetzung ankommt, und daß ihnen mit 7 % auch nicht gedient ist? Wenn Steinkühler es für notwendig hält, daß hundert Gewerkschafter zu den Verhandlungen mitkommen, warum sollen nicht tausend und mehr zu den nächsten Verhandlungen gehen und zeigen, daß es um ihre Angelegenheiten geht, um ihren Lohn und ihre Knochen und daß sie nicht gewillt sind, den Druck der Kapitalisten hinzunehmen? Darauf kommt es jetzt an, daß die Arbeiter und Angestellten selber das Wort ergreifen und sich auf Aktionen einigen, damit die Kapitalisten nicht durchkommen mit ihrer Taktik; damit die Arbeiter am Ende nicht eine große Lohneinbuße und eine gewaltige Schwächung ihrer Organisation, der Gewerkschaften, hinnehmen müssen.
Dies gilt für den öffentlichen Dienst nicht weniger als für die Metallindustrie.
Wenn die Arbeiter und Angestellten den Kapitalisten jetzt Paroli bieten, dann ist das die beste Antwort auf die Krise. Sonst werden die Auswirkungen der Krise vor allem eine Schwächung der Arbeiterklasse gegenüber der Kapitalistenklasse sein, die Zerstörung der wachsenden Solidarität und die Schwächung der gewerkschaftlichen Organisation. Das wollen die Kapitalisten und das sollen sie nicht erreichen.
Die Solidarität der Arbeiter und die gewerkschaftliche Organisation sind nämlich die einzige und entscheidende Schranke für die Ausbeutung durch die Kapitalisten und den Druck und das Elend, die der Kapitalismus für die Arbeiterklasse bedeutet.

–J.S.–

Streik gegen provokatorisches Angebot

Essen. Aus Protest gegen die Provokation von Gesamtmetall streikten am Montag, 3.2., mehr als 1 300 Metaller in Essen.
Der Streik war auf einer Betriebsrätekonferenz der IG-Metall Essen beschlossen worden. Bei AEG legten 1 100 von 1 200 Arbeitern und Angestellten die Arbeit für eine halbe Stunde nieder. Teilweise wurde über zwei Stunden gestreikt. Ein großer Teil der Belegschaft forderte den unbefristeten Streik. In den Vereinigten Schraubenwerken legten 280 Kollegen die Arbeit nieder. Ein Streik in den Krupp-Betrieben wurde von den Vertrauensleuten des Werkes abgebogen. Die Essener Betriebsräte fordern, bei einer Urabstimmung dürfe nicht der Schlichtungsspruch, vielmehr müsse die ursprüngliche Forderung der IG-Metall zur Grundlage gemacht werden.

Fortsetzung ... geben wir keine Ruhe mehr

haben bis jetzt rund 1,2 Millionen auf die Straße geworfen und in den Fabriken die Arbeitshetze mit allen Mitteln gesteigert. Mit Rationalisierungsmaßnahmen wird den einzelnen Arbeitern immer mehr Arbeitsleistung abverlangt und durch neue Lohnbestimmungen versuchen sie, den Lohn zu drücken.
Diese Blutsauger, die der Arbeiterklasse im Nacken sitzen, drohen tagtäglich, daß sie noch viel mehr Arbeiter auf die Straße werfen werden, wenn die Arbeiter nicht stillhalten. So wollen sie die verstärkte Profitschinderei in den Betrieben durchsetzen und die Löhne abbauen.
Gegen die Steigerung der Produktion auf ihrem Rücken, wird die Arbeiterklasse sich zusammenschließen müssen unter der Forderung: Einhaltung des Acht-Stunden-Normalarbeitstages – Für den Sieben-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich.
Gegen die verstärkte Akkordverschärfung muß die Forderung durchgesetzt werden: Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlicher Lohnsysteme.
Um zu verhindern, daß die Kapitalisten die Arbeitslosen als Druckmittel einsetzen gegen die, die in der Produktion tätig sind, werden die Arbeiter fordern müssen: Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80 % des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit. Bestreitung der Kosten der Arbeitslosenversicherung ausschließlich durch die Kapitalisten, vollständige Selbstverwaltung der Versicherten.
Die Arbeiterklasse muß diese Forderungen aufstellen und dafür kämpfen, denn ohne die Forderungen wird die Arbeiterklasse keine Einheit unter sich herstellen können und in der Konkurrenz zueinander zersplittert bleiben. Ohne ihre Einheit wird sie gegen die Maßnahmen der Kapitalisten nicht erfolgreich kämpfen können, wird sie den Grund allen Übels, das kapitalistische Lohnsystem, nicht abschaffen können.
Unter diesen Forderungen muß sich die Arbeiterklasse in den Gewerkschaften zusammenschließen. Gegenwärtig gibt es diese Einheit in den Gewerkschaften noch nicht. Die bürgerliche Gewerkschaftsführung versucht, diese Einheit zu hintertreiben. Das wurde z. B. in Hamburg deutlich.
Von einem Springer-Kollegen ist auf der letzten Delegiertenkonferenz der IG Druck die Forderung nach dem Sieben-Stunden-Tag eingebracht worden und fast ohne Debatte gegen den Vorstand beschlossen worden. Der Vorstand, der sozialdemokratisch orientiert ist, hat diese Forderung im Flugblatt zur Demonstration, auf Transparenten und in Ansprachen und Reden einfach unterschlagen. Ein DKP-Jugendfunktionär, der als Ordner eingesetzt war, sagte: "Das rufen wir erst dann über Megaphon, wenn es der Gewerkschaftstag beschlossen hat!" Den Beschluß der Delegiertenversammlung zum Sieben-Stunden-Tag kannte er angeblich nicht.
Die Kommunisten müssen in den Gewerkschaften für die Einheit auf dem Boden des Klassenkampfes eintreten. Dazu müssen sie breit die Forderungen vertreten und propagieren, unter denen die Arbeiterklasse erfolgreich kämpfen kann.

–g.b.–

Jahreswirtschaftsbericht

Mit 750 000 Arbeitslosen rechnet die Bundesregierung im Jahresdurchschnitt 1975, was einer Arbeitslosenquote von etwa 3 % entspricht. Diese Zahl enthält der neue Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung. Eine weit höhere Arbeitslosenquote erwartet das Ifo-Konjunkturforschungsinstitut für das jetzige Jahr. Es geht von 900 000 Arbeitslosen bzw. 4 % Arbeitslosigkeit aus, und auch das "nur wenn die Zahl der Gastarbeiter im Verlauf des Jahres um insgesamt 400 000 auf rund 2 Millionen zurückgeht." (Handelsblatt, 31.1.75)

Wie hoch die Zahl der Arbeitslosen im Moment ist, berichtet die Bundesanstalt für Arbeit schon gar nicht mehr, lediglich aus den Zeitungen weiß man, daß sie wohl bei ungefähr 1,2 Millionen und damit bei 5 % liegt. Freilich liegt die wirkliche Zahl derer, die Arbeit wollen und keine haben, weit höher als sie offiziell angegeben wird. Dazu kommen die über 700 000 Kurzarbeiter, die Schulabgänger, die keine Lehre finden. Das Handelsblatt schrieb am 31.1.: "Grundsätzlich rechnet man, daß die Bundesrepublik in den nächsten Jahren einen deutlich höheren Arbeitslosensockel haben wird als vor der jetzigen Rezession."

500 Entlassungen geplant

Bei VFW-Fokker Lemwerder (Bremen)

Bremen. Im VFW-Fokker-Werk Lemwerder bei Bremen steht für dieses Jahr die Entlassung von mindestens 500 Kollegen in Aussicht, die in der Wartung des Starfighters F 104 tätig sind. Auf der letzten Betriebsversammlung wurde bekannt gegeben, daß in diesem Jahr nur noch 18 Starfighter ins Werk geliefert werden, genau die Hälfte gegenüber den Vorjahren. Das bedeutet: Für 500 Kollegen ist im Sommer Schluß. Nach Abzug des Wartungsauftrags wäre das Werk dann nur noch zu 40 % ausgelastet. Die Werksleitung erwägt deshalb auch die Stillegung des gesamten Werkes.

Bereits im letzten Jahr tauchten Gerüchte und Zeitungsmeldungen über die Entlassungen auf. Viele Kollegen mochten bis vor kurzem noch nicht an die Entlassungen glauben.
Ein Teil setzte seine Hoffnungen auf die Werksleitung, die "alles" tun will, um doch noch Aufträge hereinzubekommen, andere setzten auf bürgerliche Politiker, die in Bonn "vorsprechen" wollten, wieder andere auf den Betriebsrat, der es ebenfalls mit Klinkenputzen in Bonn versuchen wollte. Es ist aber gerade die Bundesregierung, die entschieden hat, die Starfighter-Wartung von VFW-Fokker und aus Lemwerder abzuziehen. Der ganze Punkt ist, daß hinter dem Abzug der Wartungsaufträge System steckt. Unter dem Motto "Abspecken" und "Überkapazitäten abbauen" wird durch die gezielte Vergabe von Aufträgen verstärkt die Spezialisierung der Flugzeugkonzerne MBB, VFW-Fokker und Dornier und die Rationalisierung innerhalb der Werke in Gang gebracht.

Ziel ist es, eine konkurrenzfähige Rüstungsindustrie aufzubauen, konkurrenzfähig genug, die Vorherrschaft unter den westeuropäischen Rüstungsindustrien zu erlangen, um der US-Konkurrenz Aufträge und Profite streitig zu machen. Welche "Rettungsaktionen" die Werksleitung oder einige Politiker auch starten – ganz gewiß nicht wird sich der westdeutsche Staat vom Aufbau seiner Rüstungsindustrie dadurch abhalten lassen, daß zahlreiche Arbeiter durch Entlassungen mit ihren Familien ins Elend geraten.

Die falschen Hoffnungen unter den Kollegen

Andere Kollegen meinten: Wenn wir entlassen werden, dann suchen wir uns eben etwas neues. Aber selbst offiziell wird eher noch mit einem Ansteigen der Arbeitslosenzahl gerechnet. Über 10 000 sind es in Bremen, die Arbeit suchen. Sind die Kollegen entlassen, dann liegen sie erst einmal auf der Straße.
Andere Kollegen dachten, sie könnten auf Flugzeugmontage bei der Bundeswehr gehen, wenn sie entlassen werden. Gerade mit dem Abzug der Bundeswehrmaschinen verfolgt die Bundesregierung u. a. das Ziel, die Wartung mittelfristig insgesamt in die Bundeswehr zu verlagern, um die Instandhaltungskosten des Kriegsmaterials zu senken. Auf Montage dürfen die Kollegen nicht hoffen. Soldaten arbeiten billiger als Arbeiter.
Etwas anderes produzieren, haben Kollegen vorgeschlagen. Allerdings, so stünde die Frage im Sozialismus, wo die Werktätigen die Herren der Fabriken und der ganzen Gesellschaft sind. Wären z. B. genug Traktoren produziert, könnte die Belegschaft eine andere Aufgabe in Angriff nehmen, die für die Befriedigung der Bedürfnisse aller Werktätigen unerläßlich wäre. Noch sind die Arbeiter jedoch die Lohnsklaven der Kapitalistenklasse. Kann mit der Produktion von Flugzeugen oder mangels Aufträge kein Profit mehr gemacht werden, sind **für die Kapitalisten** zuviele Arbeiter da: Die Arbeiter landen auf der Straße.
In der Betriebszeitung sind wir auf die verschiedenen Auffassungen der Kollegen über ihre Lage und auf die falschen Hoffnungen ausführlich eingegangen und haben sie Punkt für Punkt widerlegt. Dies ist notwendig, denn solange die Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge unklare und unterschiedliche Auffassungen über ihre Lage haben, können sie sich nur schwer zusammenschließen, um sich gegen die Entlassungen zu wehren.
Zum Teil noch vor Arbeitsbeginn haben viele Kollegen ausführlich die Betriebszeitung gelesen. Anders als sonst kam diesmal erst nach einigen Stunden die Diskussion auf. Die Kollegen mußten die Situation erneut durchdenken. Denn alles zusammengenommen, mußte jeder sehen: Die Massenentlassungen kommen unausweichlich auf uns zu. Verlassen können wir uns nicht auf die Werksleitung, nicht auf die Politiker, nicht auf irgendwelches Glück, sondern verlassen können wir uns nur auf unsere eigene Kraft.
Viele Kollegen meinten: Jetzt brauchen wir Klarheit. Und wie einige vorschlugen, muß jetzt auch vorgegangen werden. Unter der Forderung: "Keinerlei Entlassungen" muß die Werksleitung zur Stellungnahme über Ausmaß, Zeitpunkt und Art der geplanten Entlassungen gezwungen werden. Das beste Mittel ist, schlugen einige vor, die Klamotten hinzuwerfen und vor die Büros der Werksleitung zu ziehen. Gelingt dies, hat die Belegschaft die Initiative in der Hand und es können weitere Schritte, vor allem über die Gewerkschaft, eingeleitet werden.

Betriebszelle
VFW Lemwerder

Abfindungen bei Ford

Abfindungen - immer "ganz freiwillig"/ Gespräch mit Ford-Kollege

"Ich war seit über zehn Jahren bei Ford, zuletzt als Angestellter in der W-Halle (Motorenwerk). Ich bin aber noch keine 50 Jahre, so daß ich schon Kündigungsschutz oder sowas hätte. Ich glaube, unser Betriebsrat hat mal mit dem Vorstand sowas Ähnliches wie Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer über 50 ausgehandelt.
Jedenfalls war es so, daß vorgestern (das heißt vor dem 31.1., dem letzten Termin für Abfindungen für Angestellte) mein Abteilungsleiter zu mir kam und sagte, daß nach dem 31. Januar bei uns in der Halle noch 80 Angestellte raus müßten.
(Der Kölner "Express" berichtete am 29.1., daß die Personalleitung den Betriebsrat über die schon angemeldete Massenentlassung von 500 Angestellten informiert habe.)
Ja, und dann hat er mir nach dem Punktekatalog vorgerechnet, daß ich ganz bestimmt dabeisein werde. Ich bin nämlich ledig und eine besondere Ausbildung habe ich auch nicht.
(Der "Punktekatalog" ist eine Betriebsvereinbarung, in der "Auswahlkriterien" bei Entlassungen angegeben werden, zum Beispiel Betriebszugehörigkeit, Alter, Familienstand, Berufserfahrung, Fachkenntnisse und Ausbildung.)

Als der Abteilungsleiter mir das sagte, bin ich natürlich erst mal vom Hocker gefallen. Ich hab dann die ganze Nacht darüber nachgedacht, und am nächsten Morgen bin ich direkt zum Personalbüro hoch und hab mich angemeldet für die Abfindung. Was sollte ich denn machen, wo ich doch sowieso rausgeflogen wäre. Ja und jetzt ist mein letzter Tag bei Ford. Ich kriege ja immerhin acht Monatsgehälter.

Aber eine Stelle, die finde ich hier in Köln in meinem Alter nie und nimmer. Da muß ich mich halt abfinden mit dem Arbeitslosengeld, und das wird noch nicht mal 1 000 Mark."

–O.,

Rheinstahl:

Zum Abschied Schmückers

Kassel. Letzte Woche "besuchte der Hauptaktionär der August-Thyssen-Hütte AG, Frederico Graf Zichy-Thyssen aus Buenos Aires das Werk Mittelfeld der Rheinstahl AG Transporttechnik in Kassel" (Hessische Allgemeine 31.1.75).

Gleichzeitig fand auch der Abschiedsbesuch des alten Vorstandsvorsitzenden von Rheinstahl, Toni Schmücker, statt.

Tage zuvor wurden überall in den Hallen die Begrenzungsstücke zwischen Maschinen und Durchgängen neu gezogen. Hierfür war nun plötzlich Geld vorhanden, während andererseits schon eingespart wird: Gerüchten zufolge soll gerade im Bereich Instandhaltung eingespart werden, so wurden z. B. nur noch dringende Maschinenreparaturen vorgenommen. Ferner hat der Vorstand nur ein Drittel der benötigten Gelder zur Renovierung der Wasch- und Garderoberäume bewilligt, die sich in den meisten Hallen in einem verheerenden Zustand befinden. In einem Aushang an den Schwarzen Brettern beteuerte Herr Schmücker nun, daß ihm der Abschied von Rheinstahl nicht leicht falle. Und für die Zukunft seien "die Weichen in Richtung auf neue Ziele in Zusammenarbeit mit der Thyssen-Gruppe gestellt". Um was für Ziele es sich handeln mag, für die Rheinstahl-Arbeiter werden es keine guten sein. Auf der letzten Betriebsversammlung im Oktober 74 benannte Herr Schmücker diese Ziele: bessere Konkurrenzbedingungen und somit größeres Wachstum (von 5 % auf 30 %). Man sieht, es sind nicht die Ziele der Arbeiter, sondern die der Kapitalisten auf der Jagd nach höheren Profiten auf unserer Knochen Kosten. "Bis es dahin kommen konnte", so Schmücker weiter, "hatten wir zunächst einmal unser eigenes Haus in Ordnung zu bringen." Darunter versteht Herr Schmücker die Sanierung des Rheinstahl-Kapitals auf Kosten der Belegschaft, wie z. B. im Kasseler Werk die Schließung der Gießerei und das Abstoßen des LKW-Baus zu Mercedes-Benz. "Dabei ist mir aus allen Bereichen des Unternehmens tatkräftige Unterstützung zuteil geworden." Ich weiß nicht, was Herr Schmücker unter allen Bereichen versteht. Jedenfalls waren die Henschel-Arbeiter mit der Gießereischließung überhaupt nicht einverstanden, was sich seinerzeit auch in einem Warnstreik der Belegschaft ausdrückte. Die VW-Kollegen tun gut daran, wenn sie angesichts dieser Schmückerschen Fähigkeiten auf der Hut sind.

–b., Rheinstahl–

Demonstration gegen Stillegung trotz Drohung der Kapitalisten

In Hasloch, Rheinland-Pfalz, demonstrierten am 17. Januar Hunderte der Kunststoffverpackungsfabrik Schmalbach Lubeca AG, einer Tochtergesellschaft der amerikanischen Europeanballage Corp.. Der amerikanische Konzern will das Werk schließen und die 440 Arbeiter und Angestellte auf die Straße setzen.
Die Geschäftsleitung hatte jedem Teilnehmer an der Demonstration mit fristloser Entlassung gedroht. Mit den Arbeitern solidarisierten sich die Betriebsräte des Daimler-Werks Wörth und des Blaupunkt-Werks Landau.

Erneuter Bankrott

Saarbrücken. Nach dem Bankrott der Saar-Bau-Union wird ein weiteres Werk in dieser Region stillgelegt.
Die "Deutsche Bendix-Ausrüstungs-GmbH" Neunkirchen/Saarbrücken wird stillgelegt und 600 Arbeiter und Angestellte werden auf die Straße gesetzt. Bendix produziert Autozubehörteile. Noch sind die Arbeiter nicht entlassen. Sie sollen noch drei bis fünf Monate weiter produzieren, damit die Lieferverpflichtungen erfüllt werden können. Die Kollegen haben also noch Hebel in der Hand, um sich nicht einfach abspeisen zu lassen.
In Neunkirchen verpestete der hohe Phenol-Ausstoß der Firma (40 mal soviel wie zulässig) die Luft, so daß die Schule öfters schließen mußte. Dagegen hatte die Bevölkerung über längere Zeit protestiert.
Dieser Betrieb war mit hohen Investitionsprämien ins Saarland geholt worden.

IG Druck: 1,25 DM mehr

Der Ortsverein Neu-Isenburg, Langen, Sprendlingen der IG Druck und Papier hat zur Lohnrunde die Forderung 1,25 DM mehr pro Stunde aufgestellt.

Kollegen gegen Ausschluß

Freiburg. Nachdem bekannt wurde, daß der Genosse Manfred Meretz zum Stadtrat kandidiert, beantragte der Ortsvorstand Freiburg der IG Druck und Papier den Ausschluß des Schriftsetzers Meretz beim Hauptvorstand. Über den Ausschlußantrag gab es in der Abteilung von M. Meretz sehr große Empörung. Ein offener Brief wurde verfaßt und alle gewerkschaftlich organisierten Filmmontierer, bis auf einen, der zuhause krank lag, unterschrieben den Brief:

Offener Brief an:
Hauptvorstand der IG Druck und Papier, Stuttgart
Ortsvorstand der IG Druck und Papier, Freiburg
Badische Zeitung, Freiburg
Unsere Zeit, Düsseldorf
Kommunistische Volkszeitung, Mannheim

Wie wir, die Kollegen der Filmmontage bei Herder, erstaunlicherweise zuerst aus der Badischen Zeitung vom 21.1.75 erfahren konnten, hat der Ortsvorstand der IG Druck und Papier, Freiburg, beschlossen, den Antrag auf Gewerkschaftsausschluß des Kollegen Manfred Meretz an den Hauptvorstand weiterzuleiten. Dies auf Grund seiner Kandidatur auf der Liste des KBW zu den Stadtratswahlen in Freiburg.
Vor zwei Jahren haben wir, die Kollegen der Filmmontage bei Herder, den Kollegen Manfred Meretz einstimmig zum Vertrauensmann gewählt. Den Vorwurf des Ortsvorstandes, Kollege Meretz sei gewerkschaftsfeindlich, können wir nur zurückweisen und nicht bestätigen. Der Kollege M. Meretz hat sich als Vertrauensmann immer konsequent für unsere Interessen eingesetzt. Für uns war und ist nicht entscheidend, ob er Mitglied im Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) ist, sondern für uns gilt seine Arbeit als gewerkschaftlicher Vertrauensmann.
Beschlüsse dieser Art, über unsere Köpfe hinweg, können wir nicht akzeptieren. Wir wollen auf einen konsequenten Vertrauensmann nicht verzichten.
Die Kollegen der Filmmontage bei Herder

Freiburg, 27.1.75

Es folgen 15 Unterschriften

Für die Chemiekapitalisten hat sich das Jahr 1974 gelohnt

Je mehr die Arbeiter das Kapital vermehren, um so sicherer werden sie am Ende herausgeworfen

591 000 Arbeiter und Angestellte der chemischen Industrie haben im vergangenen Jahr einen Umsatz von 85 Milliarden Mark produziert. Sie haben damit die Chemie zum umsatzstärksten Industriezweig der Bundesrepublik gemacht und die westdeutsche Chemieindustrie zur zweitgrößten in der gesamten Welt, nach den USA mit 192 Milliarden DM Umsatz in der chemischen Industrie. Gegenüber dem Vorjahr beträgt die Umsatzsteigerung in der Chemieindustrie 20 Milliarden DM oder 30 Prozent.

Der Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie, Hans-Joachim Langmann, hat zwar erklärt, daß diese hohe Umsatzsteigerung fast ausschließlich zurückgehe auf die Verteuerung der Rohstoffe, vor allem des Erdöls. Jedoch ist zum einen die Produktion auch mengenmäßig um 3 % gewachsen. Die Arbeiter in der Chemieindustrie haben also gegenüber dem Vorjahr mehr Waren produziert. Zum anderen haben die Großkonzerne beträchtliche Preissteigerungen durchsetzen können, weil sie die Märkte beherrschen. Der Vorstandsvorsitzende Seelfelder von der BASF erklärte Ende November: "Die Ertragszukunft der Chemie zeige sich positiver als in der Vergangenheit. Man werde sich nicht mehr über die Vollauslastung zu hoher Kapazitäten und der daraus folgenden Mengenkonjunktur durch Preiskämpfe die Renditen kaputt machen. Die einzelnen Unternehmen werden sich spezialisieren, um auf bestimmten Sektoren unanfechtbar zu sein. Außerdem sei das Geschäft so kapitalintensiv, daß mit Eindringlingen, die über jeden Preis sich im Markt etablieren wollten, nicht gerechnet zu werden braucht." (Frankfurter Rundschau, 28.11.74)

Für die Chemiekapitalisten ist das Ergebnis des Jahres 1974 also sehr gut. Sie haben weiteres Kapital akkumulieren können: Investitionen von 5 Milliarden DM haben sie 1974 vorgenommen. Ebenfalls angewachsen sind die Rücklagen. Bei der BASF waren es 1973 55 Millionen DM, im Jahr 1974 "müßten es mehr als 55 Millionen" sein, obwohl die Dividenden von 15 auf vermutlich 17 % gesteigert werden sollen. Im Jahr 1975 sollen die Investitionen noch erhöht werden, das heißt die Akkumulation von Kapital noch schneller vorankommen. Allein die BASF will 1975 1,78 Milliarden DM investieren, davon 800 Millionen in Ludwigshafen und fast eine Milliarde DM in den Tochtergesellschaften im In- und Ausland. Bei den beiden anderen Großkonzernen sieht es ähnlich aus. Der Hoechst-Konzern will sogar 2,3 Milliarden DM investieren (WAZ, 9.1.1975).

Nur die mittleren und kleineren Betriebe haben hier Schwierigkeiten. 20 von ihnen gingen 1974 Pleite oder wurden aufgekauft. Den Großkonzernen gehen die Investitonen nach wie vor zu langsam. Der Verbandspräsident Langmann wird nicht müde, "die schleichende Genehmigungspraxis der Behörden" zu kritisieren, die durch die Umweltschutzgesetzgebung verursacht werde.

Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit

Weniger gut sieht die Lage für die 591 000 Arbeiter und Angestellten in der Chemieindustrie aus, die das Kapital und den schnellen Kapitalzuwachs produziert haben. Von ihnen waren im Dezember 1974 18 000 arbeitslos und 28 000 mußten kurzarbeiten. Damit ist fast jeder achte Lohnabhängige in der Chemieindustrie von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen. Für die anderen wächst der Grad der Ausbeutung. In vielen Betrieben nimmt das Arbeitstempo zu. Auch für die Arbeiter und Angestellten in der chemischen Industrie bewahrheitet sich die Erkenntnis von Karl Marx:
"Mit der durch sie selbst produzierten Akkumulation des Kapitals produziert die Arbeiterbevölkerung also in wachsendem Umfang die Mittel ihrer eignen relativen Überzähligmachung." (Kapital, Bd.1, S.660)
Jahrelang war es in vielen Betrieben so, daß die Kapitalisten nicht genug Überstunden bekommen konnten. Je mehr die Arbeiter und Angestellten aber das Kapital in den Händen ihrer **Ausbeuter vermehren, umso sicherer** werden am Ende Arbeiter "freigesetzt" und aufs Pflaster geworfen.
Das muß man gut im Kopf haben in der kommenden Tarifrunde, wenn die Kapitalisten davon reden werden, die Arbeiter müßten in schweren Zeiten stillhalten und dürften die Profite nicht gefährden und damit die Arbeitsplätze. Daß es den Arbeitern überhaupt nichts nutzt, wenn sie sich auf solche Erwägungen einlassen, das belegt die Entwicklung in der Chemieindustrie schlagend, wo dauernd Gewinne und Investitionen gestiegen sind und auch gegenwärtig noch weiter steigen. Die Arbeiter können sich nur an ihren eigenen Interessen orientieren und müssen ihre Ziele in der Lohnrunde nach Maßgabe ihrer Kraft bemessen.
In der Chemieindustrie ist die Konzentration und Zentralisation des Kapitals sehr hoch. Auf drei Konzerne entfallen fast drei Viertel des Umsatzes. Gegen solche monopolistische Kapitalisten kommen die Arbeiter nur an, wenn sie ebenfalls in der Gewerkschaft ein sehr geschlossenes Monopol bilden, ein Monopol zum Verkauf ihrer Arbeitskraft. Notwendig ist es, sich auf eine Forderung zu einigen, für die man gegen die Kapitalisten zusammen vorgehen kann.

Diese Forderung muß einheitlich sein und einen Betrag festlegen, unter dem kein Kollege aus der Tarifrunde herauskommen darf. Je mehr die Krise sich verschärft, umso dringender notwendig wird diese Einigkeit. W.M.

Betriebsratswahlen:
Programm der Kranführer

Bei Vulkan wurden die Kandidaten festgelegt

Bremen. Auf der Branchenversammlung der Schiffbau-Kranführer auf dem Bremer Vulkan wurden die Kandidaten für die Betriebsratswahl auf 13 Forderunge festgelegt.

Die Kranführer wollen mit der Aufstellung von Forderungen erreichen, daß sich die gesamte Belegschaft vereinigt, um diese Forderungen durchzusetzen und daß sie einen Betriebsrat bekommen, der nicht eine Katze im Sack ist, sondern der sich von vornherein auf die Durchsetzung bestimmter Ziele verpflichtet hat.
Unter anderen wurden folgende Forderungen beschlossen:

1. Als ersten Schritt zur Abschaffung des Akkordsystems: für jeden Akkordarbeiter und für jeden Zeitlöhner eine Zulage von mindestens 35 % auf den Ecklohn (Akkordsicherung).
2. Beseitigung von gesundheitsschädlichen Lärmquellen (Stemmarbeiten).
3. Einen 13. Monatslohn als Weihnachtsgeld!
4. Keine Rationalisierungsmaßnahmen auf Kosten der Kollegen.
5. Einrichtung von zwei Kantinen auf dem Werksgelände.
6. Sprachunterricht für ausländische Kollegen, mindestens zwei Stunden während der Arbeitszeit, Bezahlung durch die Kapitalisten.
7. Werksärzte unter Kontrolle der Belegschaft.

Als Kandidaten für die Betriebsratswahlen wurden bei einer Stimmenthaltung die vom Gewerkschaftsausschluß bedrohten Kollegen Scholz und Koldehofe gewählt.

–H., Vulkan–
KVZ-Ortsbeilage Bremen 4/75



Klöckner-Hütte in Bremen

Eingriff in die Wahlen
Wie die Goebel-Kapitalisten in die Betriebsratswahlen eingreifen
Darmstadt. Am Freitag, den 24.1.75, erhielten 14 Arbeiter und 7 Ange- auftreten, wie sie das auf Betriebsversammlungen getan haben. Zum ande-

Eingriff in die Wahlen

Wie die Goebel-Kapitalisten in die Betriebsratswahlen eingreifen

Darmstadt. Am Freitag, den 24.1.75, erhielten 14 Arbeiter und 7 Angestellte ihre Kündigung.
Begründung: *"Die derzeitige Auftragslage und die augenblickliche Kostensituation zwingen uns zu rascherer Rationalisierung."* Persönlich wurde den Kollegen vorgeworfen, sie erledigten ihre Arbeit schlecht, seien zu langsam usw. – kurz, sie seien die schlechtesten Arbeiter und Angestellten, die man sich vorstellen kann, und zum anderen Idioten.
Jahrelang waren sie gut für die Ausbeutung, nichts war zu hören von solchen Vorwürfen. Auf einmal waren sie dann, wie gesagt: ...!
Zu der wirtschaftlichen Begründung ist zu sagen, daß bei den Angestellten gegenwärtig Überstunden geschafft werden.

Was steckt nun wirklich hinter den Entlassungen?

Einmal ist es so, daß die Krise bei Goebel nicht Halt gemacht hat. Und da rationalisieren die Goebel-Kapitalisten voll durch. Zuerst werden natürlich Kollegen auf die Straße gesetzt, die aufgrund ihrer Tätigkeit leicht zu ersetzen sind oder die nicht mehr unbedingt gebraucht werden. Aber die Entlassungen erhalten ihre Besonderheit durch folgendes: Allen Kollegen wurde zunächst mitgeteilt, daß sie ab sofort nicht mehr zu erscheinen brauchen, aber den Lohn weiter erhalten bis zum Ablauf der Kündigungsfrist. Einem Kollegen, dem Vertrauensleutesprecher, wurde ab Montag, dem 27.1., Hausverbot erteilt. Als dann andere Kollegen am Montag noch einige Dinge im Betrieb erledigen wollten, durften sie das Werk nur noch unter "Begleitung" eines Meisters betreten, und erhielten das Verbot, bis zur Beendigung ihrer Kündigungsfrist im Werk zu arbeiten. Besonders schändlich ist dabei, daß die Kollegen nur mit einem Wachhund an der Seite das Werk betreten durften. Wie Schwerverbrecher wurden so Kollegen behandelt, die mehrere Jahre im Betrieb gearbeitet haben. Der Hintergrund der Handlungsweise der Geschäftsleitung, deren Vorsitzender Dr.Werner der 2.Vorsitzende des BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) ist, wird nur deutlich, wenn man sie im Zusammenhang mit den bevorstehenden Betriebsratswahlen sieht. Denn unter den 21 Entlassenen sind zwei Kollegen, die dafür bekannt sind, daß sie gegen die Kapitalisten auftreten, wie sie das auf Betriebsversammlungen getan haben. Zum anderen sind sie Funktionäre der IG-Metall – der eine Vertrauensleutesprecher, der andere Mitglied der Vertreterversammlung. Um ihre Kandidatur zu verhindern, wurden sie entlassen. Um weiter ihr Eingreifen in die Betriebsratswahlen zu verhindern und Einfluß zu nehmen auf die Aufstellung der Kandidaten, wurde ihnen Hausverbot erteilt.
Umdas zutarnen, hat die Geschäftsleitung die anderen Kollegen auf die Straße geschmissen und ihnen Hausverbot erteilt. Die Goebel-Kapitalisten schlugen also mit 21 Entlassungen 2 Fliegen mit einer Klappe: Kosteneinsparung und Entfernung von ihnen gefährlichen Arbeitern und Angestellten. Der Vertrauensleutesprecher erreichte vor dem Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung gegen das Hausverbot, gegen die die Geschäftsleitung sofort Beschwerde einlegte. Solange die Beschwerde nicht behandelt ist, besteht das Hausverbot weiter.

Für konsequente Interessenvertreter im Betriebsrat

Die Goebel-Kapitalisten sind also bei der Vorbereitung der Betriebsratswahlen in die Offensive gegangen. Sie haben sofort ihre gesamte Härte ins Spiel gebracht. Die Kollegen wissen jetzt also genau, was sie von "ihrer" Geschäftsleitung zu erwarten haben. Sie werden die bevorstehenden Betriebsratswahlen mit eben solcher Schärfe angehen müssen und Kollegen aufstellen, die sich ganz klar gegen die Kapitalisten abgrenzen und sich voll auf die Seite der Kollegen stellen.
Das heißt, daß klar sein muß, daß diese Kollegen all die Rechte, die der Betriebsrat hat, voll ausschöpfen im Kampf gegen jede Maßnahme der Kapitalisten – sei es bei Entlassungen, Kurzarbeit oder Umsetzungen. Zum anderen muß er die gesamte Belegschaft über solche Maßnahmen sofort unterrichten.
Denn für solche "Kollegen" wie den Betriebsratsvorsitzenden Lotz, der sich nicht einmal die Mühe machte, die Vorwürfe der Geschäftsleitung gegen die entlassenen Kollegen zu prüfen und wörtlich sagt: "Man muß ja auch den Dr.Werner verstehen!", wird kein Platz sein. Das Wichtigste für die Auswahl der Kandidaten ist der Standpunkt gegenüber den Kapitalisten.

–Aufbauzelle Goebel–

Belegschaft fordert Rücktritt

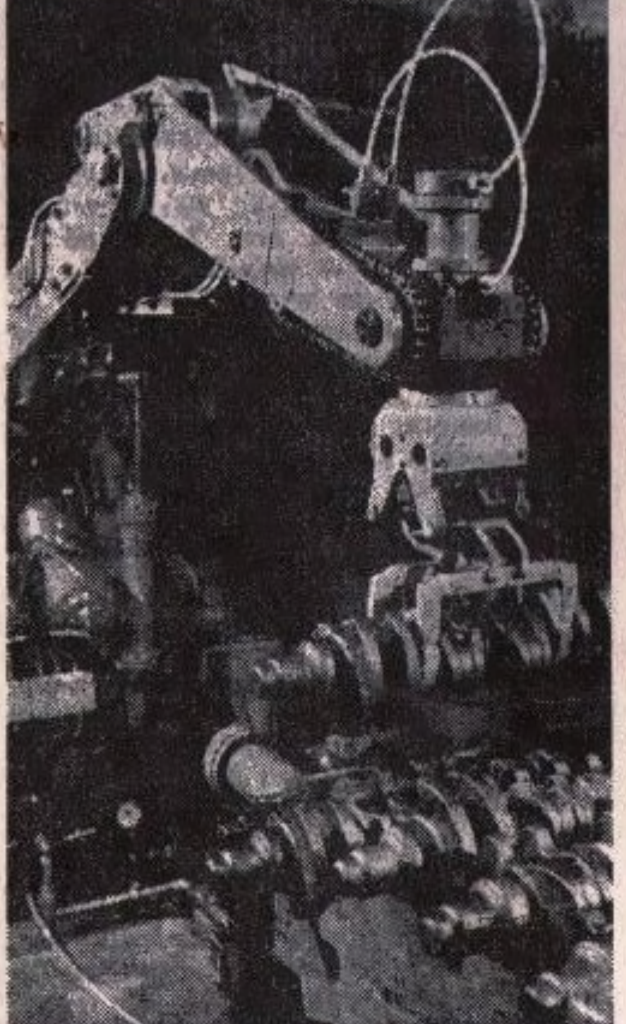
Am Deutschen Krebsforschungszentrum wurde der Personalrat zum Rücktritt aufgefordert

Heidelberg. Am 30.1.1975 wurde auf einer außerordentlichen Personalversammlung der Personalrat mit 190 zu 120 Stimmen bei 6 Enthaltungen aufgefordert, zurückzutreten. Damit gab die Belegschaft ihrem Willen Ausdruck, sich einen neuen Personalrat zu wählen, der nicht gegen ihre Interessen verstößt, sondern sie vertritt, denn dieser Personalrat hatte deutlich gezeigt, daß er der Leitung des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) näher steht als der Belegschaft.
Zustandegekommen war diese Personalversammlung dadurch, daß die Belegschaft auf einer Versammlung Anfang Dezember 74 gefordert hatte, Ende Januar über den Rücktritt des Personalrats zu diskutieren und zu beschließen, weil der Personalrat immer offener zusammen mit der DKFZ-Leitung gegen die Belegschaft vorging. Der Personalratsvorsitzende, treuester Handlanger der DKFZ-Leitung im Personalrat, hatte die Versammlung durch ein Flugblatt vorbereitet, indem er das Personalratsmitglied Samsel, Stadtratskandidat des KBW in Heidelberg, in die Nähe des Faschismus und von Bombenlegern rückte. In einem Beitrag ganz zu Anfang der Versammlung wärmte der Personalratsvorsitzende die ganzen Möglichkeiten der Kommunistenhetze dann noch einmal auf und meinte, mit den KBW-Programmforderungen wie Rechenschaftspflicht und ständige Abwählbarkeit von Vertretergremien würde man die Personalratsarbeit paralysieren, man müsse als Personalrat auch das Wohl der Dienststelle im Auge haben und könne nur etwas für die Belegschaft erreichen, wenn man mit der Leitung vertrauensvoll zusammenarbeiten würde. Gerade diese Politik wollte die Belegschaft aber nicht mehr hinnehmen, sie hatte damit ihre Erfahrungen gemacht und gesehen, daß sie so nur unter die Räder kommt.
Die ÖTV-Gewerkschaftsgruppe hatte einen Beitrag vorbereitet, in dem sie an vielen Beispielen darstellte, wo dieser Personalrat der Belegschaft geschadet hat und was er hätte tun müssen. Aus den Beiträgen vieler Kollegen wurde dann deutlich, daß es der Belegschaft nicht egal ist, was bei der Personalratsarbeit herauskommt. Um zu bestätigen, daß die DKFZ-Leitung recht hat, wenn sie innerhalb weniger Wochen den Kantinenpreis um 30 % heraufsetzt, "weil eben alles teurer geworden ist", oder nur hinhaltend gegen die Streichung übertariflicher Zulagen angeht, oder tatenlos der Rückgruppierung eines Kollegen zusieht, dazu hat sich die Belegschaft keinen Personalrat gewählt. Mit ausgedehnten taktischen Manövern versuchte dann der Personalratsvorsitzende zusammen mit einigen Abteilungsleitern die Rücktrittsforderungen vom Tisch zu bekommen. Mit der Abstimmung machte dann die Belegschaft allen taktischen Manövern ein Ende und sprach sich in einer geheimen Abstimmung mit deutlicher Mehrheit für den Rücktritt aus.

Der Personalrat arbeitete mit der Leitung "vertrauensvoll zusammen"

Dieser Personalrat war erst stark 1 1/2 Jahre im Amt. Von dem früheren Personalrat wußte die Belegschaft kaum etwas, gewerkschaftliche Arbeit gab es nicht. Erst im Zuge des Wahlkampfes gab es die ersten Ansätze. Die ÖTV-Kandidaten erarbeiteten ein Programm und sagten, daß sie sich nicht als "ehrliche Makler" zwischen DKFZ-Leitung und Belegschaft verstünden, sondern als konsequente Interessensvertreter der Belegschaft und auch eventuelle Konflikte mit den Arbeitgebern nicht scheuen würden. Die Gegenliste hatte kein Programm, meinte aber am meisten für die Belegschaft erreichen zu können, wenn man mit der DKFZ-Leitung zusammenarbeitet. Die Gewerkschaftsliste errang trotz beginnender Diffamierungsversuche gegen einzelne ÖTV-Kandidaten durch die DKFZ-Leitung zwei von neun Sitzen. Durch die Initiativen der ÖTV-Personalräte ist dann zuerst vieles besser geworden: Informationsbretter wurden angebracht und Sitzungsprotokolle ausgehängt. Auf einer Personalversammlung informierte der Personalrat die Belegschaft über ihre tariflichen Rechte. Viele Kollegen stellten daraufhin Höhergruppierungsanträge. Der Personalrat stimmte zu, die meisten Anträge wurden von der DKFZ-Leitung abgelehnt. Der Personalrat unternahm praktisch nichts dagegen.
Schon bei den ersten Auseinandersetzungen mit derDKFZ-Leitung verzichtete der Personalrat schnell auf seine ohnehin minimalen Rechte auf Grundlage des Landespersonalvertretungsgesetzes, ließ die Belegschaft allein und schlug sich auf die Seite der DKFZ-Leitung. Als der "Kommentar", die Betriebszeitung des KBW am DKFZ, die Belegschaft über Experimente an schwangeren Frauen informierte, denen ohne ihr Wissen radioaktives Material eingespritzt wurde, empörten sich große Teile der Belegschaft über diese Experimente. Sie wollte Aufklärung darüber haben. Der DKFZ-Leitung hat es nicht gepaßt, daß die Belegschaft ihr in die Geschäfte schaut. Die Belegschaft mußte durch eine Unterschriftensammlung gegen den Willen der DKFZ-Leitung und des Personalrats diese Versammlung erzwingen. Große Aktivitäten entwickelte der Personalrat nur in dem Versuch, ein Personalratsmitglied, den er als KBW-Mitglied "entlarvt" hatte, in Zusammenarbeit mit der DKFZ-Leitung aus dem Personalrat per Gericht rauszuwerfen, weil er angeblich die Schweigepflicht gebrochen hatte und die "vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der DKFZ-Leitung" störte. Einen Beschluß einer Personalversammlung, einer geplanten Kantinenpreiserhöhung nicht zuzustimmen und Maßnahmen mit der Belegschaft zusammen zu ergreifen, münzte dieser Personalrat um in eine Zustimmung zu einer Erhöhung von 30 Pfennig. Hinzu kam die undemokratische Verhandlungsführung des Personalratsvorsitzenden auf Personalversammlungen, der ständig versuchte, der DKFZ-Leitung und ihm zuwiderlaufende Anträge aus der Belegschaft abzubügeln. Die Proteste dagegen wurden auf den Versammlungen immer breiter.
Durch die jetzige Aufforderung, zurückzutreten, hat sich die Belegschaft die Möglichkeit eröffnet, sich Personalräte zu wählen auf der Grundlage eines Programms, das den Interessen der Belegschaft entspricht.

unter die Räder kommt.
Die ÖTV-Gewerkschaftsgruppe hatte einen Beitrag vorbereitet, in dem sie an vielen Beispielen darstellte, wo dieser Personalrat der Belegschaft geschadet hat und was er hätte tun müssen. Aus den Beiträgen vieler Kol-
ÖTV-Personalräte ist dann zuerst vieles besser geworden: Informationsbretter wurden angebracht und Sitzungsprotokolle ausgehängt. Auf einer Personalversammlung informierte der Personalrat die Belegschaft über ihre tariflichen Rechte. Viele Kolle-
Versammlungen immer breiter.
Durch die jetzige Aufforderung, zurückzutreten, hat sich die Belegschaft die Möglichkeit eröffnet, sich Personalräte zu wählen auf der Grundlage eines Programms, das den Interessen der Belegschaft entspricht.



Dieser Automat – bei VW entwickelt – greift 15 kg schwere Kurbelwellen, hebt und dreht sie und legt sie dann in ein Transportgestell. Das ist ein Fortschritt in der Produktion. Die Kapitalisten aber werden wieder einige Arbeiter rausgeworfen haben.

"Solange wie Du auf dem Stuhl sitzt"

Die Firma Landis & Gyr-Billman (Zähler, Feinwirktechnik) in Frankfurt-Riederwald entläßt im Februar 1975 von etwa 1 200 Beschäftigten 200. Darunter auch mehrere ältere Arbeiter und Angestellte. In der gesamten Bundesrepublik will diese Schweizer Firma (einschließlich Frankfurt) 450 Kollegen entlassen, während zum Beispiel in Süditalien munter weiterproduziert wird.
Der Betriebsrat hat nichts unternommen, um den Kollegen den Arbeitsplatz zu erhalten
Einer hat sich sogar damit gebrüstet, daß ihm als Betriebsrat ja nichts passieren könne, weil er ja nicht entlassen werden könne.
Antwort eines Kollegen: "Aber nur noch solange, wie Du noch auf diesem Stuhl sitzt." B.

Überstunden bei Kurzarbeit

Metzeler-Kollegen: Keine Überstunden mehr, wenn Kurzarbeit ist!

Bei Metzeler gibt es Kurzarbeit und gleichzeitig Überstunden.
München. Im November, Dezember und Januar gab es bei Metzeler Kurzarbeit. Für den Februar ist sie bereits verlängert worden. Rund 500 Kollegen sind davon betroffen, hauptsächlich ausländische Kollegen aus dem Rohbetrieb und dem PKW-Reifen-Sektor. Die von der Kurzarbeit betroffenen Arbeiter müssen Lohneinbußen von 100 bis 150 DM pro Monat hinnehmen.
Die Kurzarbeit bei Metzeler ist eine Folge der kapitalistischen Krise, hier der Krise in der Automobilindustrie. Aber teilweise geht es dabei sehr merkwürdig zu, denn es werden gleichzeitig Überstunden geschoben.

Und das nicht nur in Abteilungen wie der Schlosserei, die direkt gar nichts zu tun haben mit der Kurzarbeit. Es werden Überstunden in den Abteilungen geschoben, in denen gleichzeitig kurzgearbeitet wird. So gibt es am Kalander (das ist eine Walzenstraße zur Gummibearbeitung) Zweischichtbetrieb. Während für die erste Schicht Kurzarbeit ist, werden bei der zweiten Schicht jeden Tag Überstunden gemacht. Nach zwei Wochen geht es umgekehrt rum: Überstunden für die erste, Kurzarbeit für die zweite Schicht. So jedenfalls am Kalander 3 und 4 bei Metzeler München.
Anfangs meinten die Kollegen am Kalander noch: "Kurzarbeit ist für uns nicht so schlimm. Durch die Überstunden holen wir den Verdienstausfall schon wieder rein." Doch dies war ein Irrtum. Warum?
Arbeiter, die kurzarbeiten, erhalten vom Arbeitsamt Kurzarbeitsgeld. Dies beträgt 60 % vom Nettolohn. Einen gewissen Restbetrag muß der Kapitalist bezahlen. Und wie berechnet sich dieser Restbetrag?
Eine Antwort darauf gibt uns der Manteltarifvertrag für die chemische Industrie. Hier heißt es unter § 7 zur Kurzarbeit: "Arbeitnehmer, die Kurzarbeitergelder beziehen, erhalten einen Zuschuß zum Kurzarbeitergeld. Die Höhe des Zuschusses errechnet sich aus dem Unterschiedsbetrag zwischen dem infolge des Arbeitsausfalls verminderten Nettoarbeitsgeldes zuzüglich dem Kurzarbeitergeld und 90 % des Nettoarbeitsentgelts, das der Arbeitnehmer ohne Kurzarbeit im Abrechnungszeitraum bekommen hätte." Dieses Juristendeutsch muß man schon dreimal durchlesen, bevor man es einigermaßen versteht. Aber am Beispiel der Kollegen am Kalander von Metzeler wird es sehr schnell klar, was damit gemeint ist.
Am Kalander verdient ein Kollege im Monat durchschnittlich 1 000 DM. Wenn er zwei Wochen kurzarbeitet, bekommt er dafür 60 % Kurzarbeitergeld – das sind 300 DM. Zwei Wochen arbeitet er normal – das sind 500 DM; zusammen also 800 DM. Der Kapitalist ist nun laut Manteltarifvertrag verpflichtet, den Differenzbetrag zwischen diesen 800 DM und 90 % vom normalen Arbeitslohn auszubezahlen, also 100 DM.

Wenn jetzt aber die Kollegen am Kalander zum Beispiel nur 10 Überstunden a 10 DM machen, dann erhöht sich ihr Lohn für 2 Wochen Normalarbeit von 500 auf 600 DM. Plus 300 DM Kurzarbeitergeld für die restlichen zwei Wochen macht 900 DM. Und das sind genau 90 % vom normalen Lohn, ohne daß der Kapitalist nur einen Pfennig dazugeschustert hätte. Die Kollegen am Kalander haben durch ihre Überstunden bei gleichzeitiger Kurzarbeit nicht wie erhofft mehr Lohn erhalten. Aber sie haben es den Bayer-Kapitalisten, den neuen Herren von Metzeler, erspart, ihren Zuschuß zum Kurzarbeitergeld beizutragen.
Die Kollegen einer anderen Kalanderstraße haben daraus die Konsequenzen gezogen. "Wir machen keine Überstunden mehr, wenn zur gleichen Zeit Kurzarbeit ist!" Und sie sind sich sicher, daß hier die anderen Kollegen mitmachen werden.

h. Betriebszelle
Metzeler-München



Ewerführer im Hamburger Hafen

Lohnkampf abgewürgt

Lohnkampf der Hafenarbeiter durch Annahme des 7 % Schlichtungsergebnisses durch ÖTV-Bundestarifkommission abgewürgt

Am 3.2.75 hat die Bundestarifkommission der ÖTV-Abteilung Seehäfen dem Schiedsspruch der Schlichtungsstelle zugestimmt: *"Der Grundstundenlohn wird mit Wirkung vom 1.1.75 auf 8,83 DM erhöht."* Weiter: Ein 252 DM-Zuschuß zum Urlaubsgeld Mit der Annahme dieses Angebots einer Lohnerhöhung von 58 Pfennig, was 7 % entspricht, sind unsere Gewerkschaftsvertreter voll auf die Vorstellung der Kapitalisten eingegangen. Diese haben von Anfang an 6 % angeboten, Die ÖTV-Abteilung Seehäfen war mit einer Forderung von 14 % in die Verhandlung gegangen. Diese Forderung war schon zu niedrig, wie z. B. in einem Beschluß der Betriebsversammlung der Gesamthafenbetriebsgesellschaft in Hamburg festgehalten wurde. Aber daß von den geforderten 14 % jetzt nur noch 7 % übrigbleiben, das hatte kaum jemand gedacht. Es war zwar den meisten Kollegen klar, daß wir unsere Forderungen nur durchsetzen werden können, wenn wir dafür kämpfen. So mancher sagte auch: "Also, wenn gestreikt wird, ich mach' mit." Aber es wurde noch nichts organisiert. Aber sich kampflos geschlagen geben, das wollten die wenigsten. Genau dies hat jetzt die Tarifkommission gemacht.

–J.,Hamburg–

DGB gegen Rechts-Sekretär

DGB verliert Prozeß gegen Rechtssekretär (KBW-Mitglied)

Mannheim. Das Mannheimer Arbeitsgericht hat am 24.Januar 1975 gegen den DGB-Bundesvorstand eine Geldstrafe von 1 000 DM verhängt, mit der der DGB gezwungen werden soll, den Rechtssekretär Stephan Baier, der jetzt bei der Mannheimer Kommunalwahl für den KBW kandidiert, weiter zu beschäftigen.

Der DGB hatte, wie wir berichtet haben, dem Rechtssekretär vor ; Monaten fristlos gekündigt. Vorgeworfen wurde ihm Mitgliedschaft im KBW. Das Arbeitsgericht hatte diese Kündigung für ungültig erklärt. Daraufhin hat der DGB versucht, das Urteil durch eine nun fristgerechte Kündigung zu unterlaufen. Das Arbeitsgericht mußte dies ablehnen, weil das Berufungsverfahren gegen das erste Urteil noch nicht abgeschlossen ist. Stephan Baier hatte beantragt, die Geldstrafe auf 10 DM zu beschränken, um zu verhindern, daß Gewerkschaftsbeiträge zum Auffüllen der Staatskasse benutzt werden.

Außerdem soll Stephan Baier jetzt aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden, obwohl sich schon zahlreiche Betriebsräte, Jugendvertreter, Vertrauensleute und einfache Gewerkschaftsmitglieder ausdrücklich dafür eingesetzt hatten, den Juristen in der Rechtstelle weiterarbeiten zu lassen. Die Gewerkschaftsführung steht schlecht da, weil die nützliche Arbeit des Juristen vor den Gerichten zum Nutzen der von ihm vertretenen Arbeiter und Angestellten durchaus bekannt ist, der Ausschluß also sichtlich einzig und allein gegen seine politischen Überzeugungen zielt.

Im Prozeß hatte der Rechtsanwalt des DGB-Hauptvorstandes denn auch die Gewerkschaften als "Sozialdemokratische Interessenvereine" bezeichnet. Stephan Baier hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, nichts sei schädlicher, als gerade jetzt, wo die Arbeiter die Gewerkschaftseinheit dringender denn je brauchen, mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen Spaltung zu betreiben.

GEW: Auch gegen DKP

Der Hauptvorstand der GEW hat am vergangenen Wochenende den Beschluß gefaßt, daß auch SEW und DKP zu den "Rechts- und linksextremen Parteien und Gruppen im Sinne der Unvereinbarkeitsbeschlüsse von DGB und GEW gehören".
Allerdings soll gegen DKP- und SEW–Mitglieder nicht automatisch der Ausschluß durchgesetzt werden, sondern nur dann, wenn sie gegen die SPD-Fraktion in der GEW aufmucken und eigene Ansichten vertreten: "Wo immer Gruppen und Parteien wie SEW und DKP etc. einschließlich ihrer Nebenorganisationen den Versuch machen, die GEW in den Dienst ihrer parteipolitischen Ziele zu stellen, sind sie den oben angeführten Gruppen (NPD, KPD/ML, KPD und KBW) gleichzusetzen." Weiter gehören nach Auskunft Fristers zu den Gruppen, von denen sich der GEW–Hauptausschuß distanziert "auch 'linkssozialistische Zirkel' und sogar Sozialdemokraten, 'die Volksfrontanhänger' sind, also eine Bündnispolitik mit den Kommunisten betreiben" (FAZ, 4.2.75). Damit hat der Hauptausschuß die Schleusen für ein umfassendes Schnüffel- und Spitzelwesen in der GEW noch weiter geöffnet und marschiert auf die Spaltung der GEW zu.

–W.M.–

ÖTV-Tarifrunde
Die Empörung wächst

Dortmund. Unter den Beschäftigten der Stadtverwaltung Dortmund mehrt sich der Unmut und die Empörung über die Verhandlungstaktik der öffentlichen Arbeitgeber.
Die Kollegen sind nicht bereit, sich dem Lohndiktat von Bundesregierung, Ländern und Gemeinden zu beugen. Davon lassen sie sich auch nicht durch die Hetze gegen die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst abbringen. Um den führenden ÖTV-Gremien die Haltung der Mitglieder klarzumachen, werden zur Zeit in den Abteilungen Unterschriften für eine Resolution gesammelt, die der ÖTV-Kreisvorstand an den Hauptvorstand und die Große Tarifkommission weiterleiten soll. Die Resolution wurde vom Arbeitskreis Tarifpolitik innerhalb der ÖTV Dortmund entworfen und stößt auf großes Interesse und Zustimmung bei den Kollegen. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:
"Wir verurteilen den Versuch der Arbeitgeber, durch maßlose Diffamie- rung der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten, Verzögerung der Verhandlungen und durch das Ausgraben bereits ausgehandelter Eingruppierungstarifverträge aus dem vergangenen Jahr einen Tarifabschluß durchzusetzen, der Lohnabbau bedeuten würde. Wenn die Arbeitgeber am 14. Februar 1975 kein entscheidend besseres Angebot im Sinne unserer Forderung bringen, erwarten wir von den zuständigen ÖTV-Gremien, daß die Verhandlungen für gescheitert erklärt werden."

Sollten die öffentlichen Arbeitgeber am 14. Februar ihre bisher eingeschlagene Taktik fortsetzen, wird es notwendig sein, nicht bei Protestresolutionen zu bleiben, sondern praktische Schritte zu unternehmen. Ein gutes Beispiel dafür, wie wir die Angriffe auf den Reallohn abweisen können, haben uns in den letzten Tagen die Metallarbeiter gegeben.

Aufbauzelle Stadthaus, Dortmund

Heidelberg. Am 28. Januar haben an verschiedenen Kliniken der Universitätskliniken Heidelberg ÖTV-Kollegen gegen das Arbeitgeberangebot protestiert und dies in Form von Telegrammen der Großen Tarifkommission mitgeteilt.
So haben in der **Chirurgie** ÖTV-Mitglieder folgendes Telegramm in die Verhandlungsrunde geschickt:
"An der Chirurgie Heidelberg sind die meisten Kollegen empört über das Arbeitgeberangebot. Wir fordern Euch auf, keinem Abschluß unter 200 DM zuzustimmen und vor einem Tarifabschluß eine Urabstimmung durchzuführen."
Auch an der **Krehl-Klinik** haben Kollegen beschlossen, ein Protesttelegramm mit den gleichen Forderungen der Großen Tarifkommission zuzusenden.
Auch Kollegen der **Neurologie, der Haut- und Poliklinik** haben ihre Unterschrift unter ein ähnliches Telegramm gesetzt und dieses in die Verhandlung geschickt.

Bei einem Treffen der ÖTV-Mitglieder der den Universitätskliniken angeschlossenen Krankenpflegeschule haben die ÖTV-Krankenpflegeschüler eine Protestresolution verabschiedet gegen das Arbeitgeberangebot und gleichzeitig die ÖTV-Kreisverwaltung zu Protestaktionen aufgefordert. Die Resolution lautet folgendermaßen:
"Gegen die Angebote der Arbeitgeber muß die Gewerkschaft als geschlossene und einheitliche Kraft auftreten. Hierzu ist es unerläßlich, Proteste unter allen Mitgliedern zu organiseren.
Wir schlagen deshalb der ÖTV-Kreisverwaltung vor, sofort eine öffentliche Protestversammlung während der Arbeitszeit auf dem Bismarckplatz zur Tarifrunde im Öffentlichen Dienst einzuberufen. Es hat sich gerade in der letzten Tarifrunde gezeigt, daß öffentliche Proteste gute Mittel sind, um Lohnabbau zu verhindern. Den öffentlichen Arbeitgebern muß deutlich gesagt werden, daß ein Lohnabbau nicht hingenommen werden kann. Jeder Tarifabschluß, der real weniger als 200 DM für jeden bedeutet, ist Lohnabbau. Wir fordern Urabstimmung vor jedem Tarifabschluß."

Heidelberg.
ÖTV-Betriebsgruppenversammlung am Alfred-Weber-Institut am 24. Januar: Die Kollegen protestieren in einer Resolution gegen das 5-Prozent-Angebot. Sie halten einen Mindestbetrag von 200 DM mehr für alle nötig, um eine Reallohnsenkung zu verhindern. An der Urlaubsgeldforderung soll festgehalten werden. Die ÖTV-Kreisverwaltung wird aufgefordert, eine öffentliche Kundgebung während der Arbeitszeit zu organisieren und einen öffentlichen Informationsstand. Spätestens in der ersten Februarwoche soll eine Mitgliederversammlung an der Universität stattfinden.

Wolfsburg
Gesamtmitgliederversammlung der ÖTV Kreis Wolfsburg/Gifhorn verabschiedete am 3.2.75:
1. Eilbrief an die Große Tarifkommission der ÖTV mit dem Inhalt: Die Große Tarifkommission darf nicht unter 6 % und 50 DM, 300 DM Urlaubsgeld und 50 DM Urlaubsgeld pro Kind aus der Tarifrunde gehen. Gleichzeitig bedeutet das letzte Angebot des öffentlichen Arbeitgebers eine Provokation, auf deren Basis nicht verhandelt werden kann. Ein Antrag, der beinhaltete, die Mindestforderung von 180 DM nachzuschieben, wurde mit Mehrheit von der Gesamtmitgliederversammlung abgelehnt.
2. Der Kreisvorstand gibt ein Flugblatt an die Mitglieder der Kreisverwaltung Wolfsburg/Gifhorn heraus, in dem klar Stellung bezogen wird gegen das Angebot des öffentlichen Arbeitgebers, und der Eilbrief an die Große Tarifkommission abgedruckt wird, sowie die Diskussion der Gesamtmitgliederversammlung wiedergegeben wird.
3. Der Kreisvorstand gibt eine Presseerklärung gegen die Hetzkampagnen heraus und läßt ebenfalls den Brief an die Große Tarifkommission mit abdrucken. Außerdem sollen Flugblätter in der Stadt von ÖTV-Mitgliedern verteilt werden.
4. Der Kreisvorstand ruft nach jeder Verhandlungsrunde eine Gesamtmitgliederversammlung ein, wo die Kollegen diskutieren können, was weiter zu tun ist.

Göttingen.
Die Anwesenden der Mitgliederversammlung der ÖTV am 23. Januar in den Uni-Nervenkliniken verabschiedeten die erweiterte Resolution des Vertrauensleutekörpers, adressiert an die Große Tarifkomission, den Hauptvorstand der ÖTV und zur Veröffentlichung an verschiedene Zeitungen. Darin wird die Forderung von 6 Prozent und 50 DM kritisiert und gefordert, daß die Forderung von 200 DM mindestens nachgeschoben wird.

Die Resolution fährt fort:
"2. Wir fordern die Große Tarifkommission auf, dem angeblich fairen Angebot der Regierung mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. 5 % für alle im Öffentlichen Dienst-Beschäftigten bedeutet zumindest für untere und mittlere Einkommen einen massiven Lohnabbau und damit Absinken des Lebensniveaus, so daß dieses Angebot in keiner Weise als Verhandlungsbasis toleriert werden kann.
Wir fordern die Große Tarifkommission auf, die Vertrauensleutekörper über den jeweiligen Stand der Tarifverhandlungen schnellstens zu informieren.

3. Wir fordern den Hauptvorstand der ÖTV auf, die Schlichtung zu kündigen, da alle bisherigen Erfahrungen mit Schlichtungen gezeigt haben, daß sie zu Verschleppungen führen und die Kampfbereitschaft der Lohnabhängigen schwächen.

4. Vor Tarifabschluß muß eine Urabstimmung durchgeführt werden, denn an erster Stelle müssen die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst selbst darüber entscheiden, was sie brauchen."
Diese Resolution wurde einstimmig von den zehn anwesenden Mitgliedern angenommen.

Heidelberg.
Am 23. Januar fand in der Querschnittgelähmten-Abteilung der Orthopädischen Klinik Heidelberg-Schlierbach eine ÖTV-Mitgliederversammlung statt. Die 15 anwesenden Kollegen beschlossen, ein Telegramm an die Große Tarifkommission, die Kreisverwaltung und an das ÖTV-Magazin zu schicken, in dem das 5-Prozent-Angebot zurückgewiesen wird und die von den Kollegen aufgestellte Forderung von 250 DM nach wie vor für richtig gehalten wird. Auf der Versammlung wurde außerdem eine sofortige Mitgliederversammlung des gesamten Betriebes gefordert, die vom ÖTV-Sekretär bisher verhindert worden ist.

Zelle Orthopädie

Gießen.
ÖTV-Mitgliederversammlung an der Uniklinik am 31. Januar. Es waren 50 von 300 organisierten Kollegen gekommen. Aus Gießen schreibt die Sympathisantengruppe des KBW:
Der anwesende Vertreter des Kreisvorstandes wurde gefragt, warum der Kreisvorstand nicht der zweimaligen Aufforderung der ÖTV-Betriebsgruppe gefolgt ist und eine öffentliche Veranstaltung durchgeführt hat, um der Hetze gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und ihre Forderungen entgegenzutreten.

Mehrheitlich sei der Kreisvorstand dagegen gewesen, weil es Richtlinien vom Hauptvorstand gebe, daß keine Ebene der Gewerkschaft selbständig an die Öffentlichkeit treten soll. Das sei Eingreifen in ein schwebendes Verfahren. Einhellig waren die Versammelten der Meinung, daß diese Richtlinien den reinen Selbstmord bedeuten. Während die Gegenseite ungehindert in allen Medien ihre Hetze verbreitet, sollen wir Gewerkschaftsmitglieder still zusehen, wie man uns das Fell über die Ohren zieht! Einstimmig wurde beschlossen, den Kreisvorstand aufzufordern, seinen Beschluß rückgängig zu machen und eine breite Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen, u.a. eine öffentliche Veranstaltung zur Tarifrunde.

Weiter wurde eine Erklärung verabschiedet (bei zwei Enthaltungen), daß es keinen Abstrich von der Forderung der Großen Tarifkommission geben kann, insbesondere von dem Sockelbetrag und Urlaubsgeld. Diese Erklärung wurde der örtlichen Presse übergeben.

IG-Metall

"Mit der Axt dazwischenfahren"

Köln. Bei Felten & Guilleaume in Köln-Mülheim haben die Kollegen im vorigen Jahr ihre Vertrauensleute mit der Forderung nach mindestens 15 % mehr Lohn losgeschickt. Die hauptamtlichen Gewerkschaftsführer haben diesen Auftrag auf 11 % gedrückt und sind damit in die Verhandlungen gegangen. Am Freitag gab's nun ein Flugblatt der IG-Metall-Führung. Da heißt es: "Wir beugen uns keinem Diktat. Sie (die Kapitalisten) wollten uns mit aller Gewalt ihr Ultimatum von 6 % aufzwingen." Dann kommt die "neue" Forderung: "Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7 %." Also aus 15 % wurden 11 %, aus 11 % wurden 7 %. Das wissen die Kollegen und haben eine Wut im Bauch. "Die wollen uns doch im Sack an die Unternehmer verkaufen", heißt es, und der Meinung sind die meisten. Als am Montag dieser Woche die Nachricht im "Express" stand, daß die Kapitalisten ihr Angebot von 6 auf 5 Prozent zurücknehmen wollen, hieß es an den Maschinen und in den Pausen: "Ist doch klar, daß die Unternehmer jetzt noch mehr 'rausholen wollen. Man sollte mit 'ner Axt dazwischenfahren." Ob daraus was wird, werden die nächsten Tage zeigen.

Aufbauzelle Felten & Guilleaume Köln

ÖTV-Tarifrunde der Seeleute

Hamburg. Nach ähnlich lautenden Meldungen in der gesamten Hamburger Presse haben am Dienstag, dem 28. Januar, etwa 200 Seeleute im Hamburger Hafen für die Forderung nach mehr Lohn demonstriert. "Laut DAG und ÖTV verlangen sie, daß die Gewerkschaften bei der am Freitag beginnenden Schlichtung hart bleiben." (Hamburger Abendblatt vom 29. Januar)
Die Schlichtungsgespräche, die am letzten Freitag, dem 31. Januar, im Congreß-Centrum stattgefunden haben, sind ohne Ergebnis abgebrochen und vertagt worden auf den 7. Februar.

Post-Gewerkschaftler protestieren

Hamburg.
Amtsgruppenvorstand der Deutschen Post-Gewerkschaft vom Fernmeldeamt 1 hat am letzten Donnerstag nach längerer Diskussion einstimmig beschlossen:
1. Das Tarifangebot wird schärfstens zurückgewiesen.
2. Die Forderung 1 Prozent und 250 DM wird nach wie vor für richtig gehalten.
3. Forderung nach Urlaubsgeld ist unabdingbarer Bestandteil der Forderung.
Die Gewerkschaft darf nicht zurückstecken, weil sonst das Postministerium ermutigt wird, die Arbeitssituation zu verschlechtern. Es müssen unmittelbar Kampfmaßnahmen eingeleitet werden. Gefordert wird Urabstimmung vor dem Abschluß. Unterschriftenlisten mit diesen Forderungen wurden im Amt herumgegeben.

Überlingen/Bodensee.
In einem Brief an die "Deutsche Post" lehnten neun Kollegen des Fernmeldebaubezirks Überlingen das 5-Prozent-Angebot ab. Sie schreiben:
"Wir Kollegen beim Fernmeldebaubezirk Überlingen haben eine 200-DM-Mindestforderung aufgestellt, daß kein Kollege unter 200 DM bleibt. Bei der 50 DM und 6 Prozent Forderung ist dies jedoch für viele Kollegen nicht der Fall. Vielmehr ist es gerade so, daß bei den Verhandlungen die Regierungsseite gar nicht auf den Sockel eingeht, sondern nur über die Prozente verhandelt.
Die hohen Beamten beim Staat und bei der Post sind dann die Nutznießer. Wo viel ist, kommt noch mehr dazu, sagt man bei uns im Volksmund. Damit sind wir aber überhaupt nicht einverstanden. Kein Kollege darf unter 200 DM Lohnerhöhung bleiben."

Konstanz.
Die Mitgliederversammlung der ÖTV Konstanz verabschiedete am 24. Januar mit 45 zu 15 Gegenstimmen eine Resolution, die das 5-Prozent-Angebot als Abbau der Reallöhne ablehnt. Gefordert wird die Durchsetzung der Forderung der Tarifkommission, keine Abstriche beim Urlaubsgeld, keine weitere Verzögerung der Verhandlungen, sofortiger Abbruch der Verhandlungen, wenn am 28. Januar das Angebot der staatlichen Dienstherren nicht die Forderung nach einem Festgeldbetrag und dem Urlaubsgeld berücksichtigt. Keine Verlängerung des Schlichtungsabkommens im nächsten Jahr.

Mannheim.
Die ÖTV-Mitglieder der Sozialpsychiatrischen Klinik Mannheim sind empört über das 5-Prozent-Angebot. Sie halten an ihrer Forderung vom 14. November 1975 von 250 DM mehr für alle, 300 DM Urlaubsgeld rückwirkend ab 1974, zusätzlich 50 DM für jedes Kind, fest. Sie fordern energische Maßnahmen zur Erhaltung ihres Lebensstandards.

Resolution zur Jugendarbeitslosigkeit

Am Samstag, den 25. Januar 1975, fand in Köln die Jugenddelegiertenkonferenz der IG Chemie statt. Die Delegierten beschäftigten sich u.a. auch mit der Frage der Jugendarbeitslosigkeit. Hierzu verabschiedeten sie folgende Resolution, die mit 19 zu einer Stimme angenommen wurde. Eingebracht worden war die Resolution von der Jugendvertretung der Firmen Nattermann und Martinswerk.

"Die Lage der werktätigen und lernenden Jugend verschlechtert sich von Tag zu Tag. Allein in Köln steigt die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ständig.
Dieser Zustand wird sich verschlechtern, je mehr die kapitalistische Wirtschaftsordnung in die Krise gerät. Das bedeutet für viele Jugendliche, daß sie die Arbeitslosigkeit schon kennenlernen, noch bevor sie überhaupt in den Produktionsprozeß eingetreten sind.
Ebenfalls wird in dieser Situation für viele Jugendliche die Entscheidung darüber fallen, als was sie ihr weiteres Leben fristen werden. Ob als ungelernter Arbeiter oder als Handwerker. Dies auch deshalb, weil ihnen keine Ausbildung geboten wird, die es ermöglicht, sich zu qualifizieren.
Gleichzeitig ist es so, daß arbeitslose Schulabgänger nicht als Arbeitslose anerkannt werden und deshalb kein Arbeitslosengeld erhalten. Damit liegen sie ihren Eltern weiter auf der Tasche. Weiter wird von den zuständigen Stellen nichts unternommen, damit die arbeitslosen Jugendlichen eine Ausbildung bekommen, die sie in einem bestimmten Beruf genauso qualifizieren, wie dies mit Lehrlingen geschieht. Die sogenannten "Förderlehrgänge" sind keine geeigneten Mittel dazu, weil sie mit keinerlei Abschluß enden, der zu qualifizierter Arbeit berechtigt.
Wir sind der Auffassung, daß man sofort Maßnahmen ergreifen muß, um die folgende Krise für die Werktätigen und lernende Jugend zu bekämpfen.
Als geeignete Forderung betrachten wir:

1. **Anerkennung der arbeitslosen Schulabgänger als Arbeitslose**
2. **Arbeitslosengeld in der Höhe von 60 % des Facharbeiter-Ecklohns des IG-Chemie-Manteltarifvertrages**
3. **Teilnahme an einer Facharbeiterklasse (eigene Wahl) in der Berufsschule für alle arbeitslosen Jugendlichen. Unterricht in dem Umfang, der sie befähigt, die Facharbeiterprüfung abzulegen.**

Auszug aus einer Resolution der Schülervertretung Bremen

Die Gesamtschülervertretung unterstützt daher die Forderung, daß die arbeitslosen Jugendlichen das Recht haben, in der Berufsschule am Unterricht von Fachklassen ihrer Wahl teilzunehmen, die praktische Ausbildung dieser Jugendlichen soll in der Schule erfolgen und mit der Facharbeiterprüfung abschließen. Damit die arbeitslosen Jugendlichen nicht ihren Eltern auf der Tasche liegen, halten wir die Forderung, daß die jugendlichen Arbeitslosen als Arbeitslose anerkannt werden und eine Arbeitslosenunterstützung erhalten, für besonders wichtig.
Die Gesamtschülervertretung unterstützt weiterhin die Forderungen und gewerkschaftlichen Aktivitäten der Gewerkschaft zur Jugendarbeitslosigkeit.
Bremen, den 30.1.1975
Gesamtschülervertretung Bremen

Bitten an die Regierung nützen nichts

1200 bei der DGB - Demonstration in Mainz gegen die Verschlechterung der Berufsausbildung

Unter der Parole "Solidarität gegen Unternehmererpressung – für ein besseres Berufsbildungsgesetz" fand am Samstag, dem 1. Februar in Mainz eine Demonstration des DGB mit ca. 1 200 Teilnehmern, vorwiegend Jugendlichen und Kollegen aus Betrieben in Rheinland-Pfalz statt.
Daß trotz der miserablen Mobilisierung durch den DGB noch so viele Jugendliche und Kollegen gekommen sind zeigt, daß viele bereits erkannt haben, daß es notwendig ist, die Jugendarbeitslosigkeit und deren Folgen zu bekämpfen. Die Gewerkschaftsführer wollten offensichtlich mit dieser Demonstration auch nicht zuviel Aufsehen erregen. So fand die abschließende Kundgebung nicht wie geplant auf dem Theaterplatz in Mainz statt, wo sich viele Menschen aufhalten, sondern vor der Rheingoldhalle, wo sich im allgemeinen niemand aufhält.
An den Parolen der Demonstration und bei den Beiträgen auf der Kundgebung zeigte sich, daß noch wenig Klarheit darüber besteht, unter welchen Forderungen der Kampf gegen die Verelendung der arbeitslosen Jugendlichen und gegen die Verschlechterung ihrer Ausbildung aufgenommen werden muß. Solidaritätsappelle und Bitten an die Regierung, doch etwas zu unternehmen und die Ausbildung nicht zu verschlechtern, sind nicht geeignet, die Lage der Arbeiterjugend zu verbessern. Anstatt Forderungen zu stellen an die Regierung, die darauf abzielen, den Kapitalisten die alleinige Verfügungsgewalt über die Ausbildung zu entziehen und die konkret die Ausbildung jetzt schon verbessern und die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit abwehren können, wurden Rufparolen ausgegeben wie: "Schleyer heißt er – Lehrlinge bescheißt er" oder "Stoppt den Lehrstellenboykott".
Die Demonstration war nicht in der Lage, die Arbeiterjugendlichen und die älteren Kollegen, die Arbeitslosen und diejenigen, die im Betrieb sind, zusammenzuschließen
Was die Arbeiterjugend braucht, ist das Recht auf eine Ausbildung, die die verschiedenen Zweige der Produktion umfaßt und für alle gleich ist. Um dies voll zu verwirklichen ist es notwendig, den Kapitalisten die alleinige Verfügungsgewalt über die Ausbildung zu entziehen.
Um dieses Ziel zu erreichen ist es richtig, jetzt schon Forderungen aufzustellen, die in der Lage sind, die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit abzuwehren und jetzt die Ausbildung zu verbessern.
Dies ist z.B. die Forderung nach 60 % des Facharbeiterlohnes für alle arbeitslosen Jugendlichen und die Anerkennung aller Jugendlichen, die keine Arbeit finden, als Arbeitslose.

Diese Forderungen wurden zum Teil auch auf der Demonstration mitgetragen. Gezeigt hat die Demonstration, daß es notwendig ist, die Diskussion in den Gewerkschaften um die richtigen Forderungen besser anzupacken. Daß auf der Demonstration kaum klare Parolen da waren und auch die richtigen sich nicht durchsetzen konnten, liegt auch an der fehlenden Debatte in den Gewerkschaften, daran, das noch keine Klarheit geschaffen wurde, welche Forderungen jetzt aufgestellt werden müssen.
–M.S., Darmstadt–

1200 Lehrlinge und Kollegen beteiligten sich an der Demonstration in Mainz

Streit der bürgerlichen Parteien um die Berufsbildungsreform

Die Berufsbildungsreform bedeutet für die Lehrlinge, daß sie noch schlechter ausgebildet werden/ Die Kleinbetriebe haben andere Interesssen als die Großbetriebe

Bei dem jetzigen Streit der bürgerlichen Parteien um die Berufsbildungsreform steht zur Debatte, wie die Lehre neu organisiert und ausgerichtet werden soll. Die Lehre ist ein Produkt aus der Zeit des Zunftwesens. Einer Zeit also, die schon um mehr als 150 Jahre zurückliegt. Sie war ein Mittel der Meister- und Handwerksbetriebe, ihr Wissen und ihre Fertigkeiten an Ausgewählte gegen Bezahlung weiterzugeben. Dahinter stand die Absicht, das Zunftwesen, die zunftmäßige Produktion zu erhalten.
Mit der Ausdehnung des Marktes, für den produziert werden mußte, wurde die zunftmäßige Kleinproduktion überholt. An ihre Stelle trat die kapitalistische Massenproduktion, die große Industrie. Sie zog Millionen von ungelernten Arbeitskräften in die gesellschaftliche Produktion, weil das Produkt nicht mehr wie zu Zunftzeiten von einer Person, sondern arbeitsteilig hergestellt wurde. Arbeitsgänge zu zerlegen aber bedeutet, sie zu vereinfachen, und damit entfiel auch die Notwendigkeit zu einer umfassenden Berufsausbildung für die Masse der Werktätigen.

Damit änderte sich auch der Charakter der Lehre. Sie war nicht mehr darauf ausgerichtet, die Herstellung eines bestimmten Produktes zu erlernen, wie zu Zunftzeiten (Tischler, Wagenbauer, Küfer usw.), sondern bestimmte spezielle Fähigkeiten zu vermitteln, um den Gang der industriellen Produktion aufrechtzuerhalten (Maschinenschlosser, Starkstromelektriker usw.).
Heute nun ist die Arbeitsteilung so weit fortgeschritten, daß die jetzige Form der Lehre vom Standpunkt des industriellen Kapitals aus längst überholt ist. Eine solch "umfassende Ausbildung" für "so viele Menschen" ist aus seiner Sicht völlig unrentabel.
Derjenige, der seine Lehre abgeschlossen hat, merkt das spätestens dann, wenn er feststellt, daß er mit dem meisten seines Ausbildungswissens in der Praxis nichts anfangen kann bzw. es überhaupt nicht benötigt. Denselben Aspekt haben die Kapitalisten im Auge, allerdings unter anderen Vorzeichen.
Für sie hat nur eine solche Ausbildung Sinn, die genau dem entspricht, was sie für die Produktion brauchen. Alles darüberhinaus kostet nur Geld und bringt nichts ein. Diese Ausbildungsvorstellungen haben sie auch im "Stufenplan" verwirklicht. Ausbildung nach dem Stufenplan heißt, daß immer nur ein bestimmter Prozentsatz der Lehrlinge das nächste Lehrjahr oder die nächste Ausbildungsstufe erreicht. Die anderen werden unverzüglich in die Produktion eingereiht. Das Ergebnis ist, daß die Masse der Lehrlinge nur eine Teilqualifikation erhält und nur einige wenige relativ umfassend ausgebildet werden. Die Vorteile für die Kapitalisten liegen auf der Hand. Sie bilden nur entsprechend ihrem Bedarf an Qualifikation aus, zahlen wegen der verringerten Qualifikation niedrigere Löhne und binden die Lehrlinge an den Betrieb, denn die Ausbildung wird betriebsspezifisch vorgenommen. Für die Lehrlinge heißt dies schlechte Ausbildung und später weniger Lohn.
Das ist die Position des industriellen Großkapitals, und deshalb ist es für die Abschaffung der Lehre in ihrer jetzigen Form.
Anders dagegen die kleinen Handwerksbetriebe und ein Teil der mittleren Industrie. Da bei ihnen die Arbeitsteilung nicht so weit fortgeschritten ist, benötigen sie eine relativ umfassend qualifizierte Arbeitskraft. Weiter ist es so, daß Lehrlinge für diese Kleinbetriebe äußerst profitabel sind, weil sie dort ausschließlich in der Produktion arbeiten und so einen immensen Profit abwerfen. Deshalb sind sie für die Beibehaltung der Lehre, und ihr Standpunkt ist, alles beim alten zu lassen.

Der Streit der bürgerlichen Parteien um die Berufsbildungsreform

Die Vorstellungen der Regierung, niedergeschrieben vom SPD-Bildungsminister Rohde, sind wesentlich folgende gewesen:
Ausbau von überbetrieblichen Ausbildungsstätten.
Finanzierung dieser Einrichtungen zum Teil durch die Kapitalisten, zum Teil durch Steuergelder. Da nur 16 % aller Kapitalisten Lehrlinge ausbilden, sollten die restlichen 84 % deren Ausbildungsaktivitäten und die überbetrieblichen Einrichtungen mit finanzieren.
Die Teilfinanzierung durch die Kapitalisten sollte so geregelt werden, daß sie gemeinsam in einen Fonds 1 Milliarde DM einlegen sollten.
Die Aufsicht über die Ausbildung sollte den Kammern entzogen und einer "Bundesanstalt für Bildung" übertragen werden.
Darin sollten die Gewerkschaften ein Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht haben.
Die betrieblichen Lehrwerkstätten sollten mit 15 bis 30 Millionen DM unterstützt werden.
Diese Vorstellungen wurden von den Verbänden der Kapitalisten abgelehnt. Warum?
Die Kapitalistenverbände sprechen für alle Kapitalisten. Kleine, mittlere und große. Die Vorstellungen von Rohde aber richten sich gegen die kleinen und mittleren Kapitalisten und begünstigen das große Kapital. Durch überbetriebliche Lehrwerkstätten müssen die kleinen und mittleren Betriebe um ihre zukünftigen Lehrlinge fürchten. Dies aus drei Gründen. Einmal müssen sie davon ausgehen, daß die Ausbildung in den Lehrwerkstätten qualitativ besser ist und daß diese Einrichtungen deshalb großen Zulauf haben werden. Zweitens schrauben solche Einrichtungen die Anforderungen an die Ausbildungsbetriebe in die Höhe. Ein Problem, das diese kleinen Unternehmen schon heute nicht bewältigt kriegen. Drittens sind überbetriebliche Lehrwerkstätten ganz allgemein eine unerwünschte Konkurrenz.
Durch die Finanzierungsregelung wird diese Entwickung noch verschärft. Deshalb haben sie kein Interesse, ihren eigenen Nachteil zu finanzieren.
Alle diese Probleme haben die Großbetriebe mit eigenen Lehrwerkstätten nicht, und deshalb ist ihre Haltung in dieser Frage auch anders.
Aber bevor die Kapitalisten selbst in die Debatte eingriffen, schickten sie zunächst ihren Wirtschaftsminister Friderichs vor. Dieser schrieb einen Brief an Rohde, aus dem folgendes angeführt sei: "Dabei muß ich einleitend noch einmal unterstreichen, daß die Reform der beruflichen Bildung nicht losgelöst von der gegenwärtigen und künftigen Wirtschaftslage gesehen werden kann ... Angesichts der labilen Situation der Weltwirtschaft und der Notwendigkeit, das binnenwirtschaftliche Investitionsklima und die Fähigkeit zu strukturellen Umstellungen zu verbessern, muß deshalb im gegenwärtig überschaubaren Zeitraum jede weitere Belastung und Verunsicherung der Wirtschaft vermieden werden ... Ich bin grundsätzlich mit Ihnen der Meinung, daß der weitere Ausbau überbetrieblicher Lehrwerkstätten in allen Wirtschaftsbereichen von erheblicher Bedeutung ... ist. Wenn nunmehr jedoch die Notwendigkeit einer Umlage der Wirtschaft u.a. damit begründet wird, daß besonders die überbetriebliche Ausbildung stärker gefördert werden muß, halte ich es für unerläßlich, daß zuvor eine sorgfältige Bedarfsanalyse und -planung vorgelegt wird."
Um "Klarheit über den Gesamtbedarf" zu bekommen, muß man natürlich die Leute fragen, die Bedarf haben, die Kapitalisten. Er empfiehlt also offen, den Kapitalisten alleine die Entscheidung zu überlassen, wieviele Lehrlinge überbetrieblich ausgebildet werden sollen. Deshalb spricht er sich in dem gleichen Brief auch gegen die Mitbestimmung der Gewerkschaften aus.
Wie man sieht, vertritt Friderichs die Forderungen der Kapitalistenverbände.
Minister Rohde zog dann seine Vorschläge zurück, indem er auf die Finanzierung durch die Kapitalisten verzichten wollte, wenn diese sich bereit erklärten, genügend Lehrstellen bereitzustellen. An den überbetrieblichen Ausbildungsstätten hielt er fest. Das brachte dann die Kapitalisten so in Harnisch, daß sie selber in die Debatte eingriffen. Sie schrieben einen Brief an Bundeskanzler Schmidt, in dem sie ihre Vorstellungen der "Reform" entwickelten. Gleichzeitig war dieser Brief an den Kanzler und nicht an den zuständigen Minister gerichtet – ein deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl.

Die Kapitalisten müssen sich untereinander einigen, wer bezahlt

Wie sehen nun die Vorstellungen der Kapitalisten aus?
Reduzierung der neuen Ausbildungsordnung, "die viel zu hohe ... Anforderungen stelle".
"Unverzüglich" sollen ferner nicht überbetriebliche, sondern betriebliche Lehrwerkstätten durch steuerrechtliche Hilfen gefördert werden.
Keine Mitbestimmung der Gewerkschaften bei der Ausbildung.
Aufhebung der Anrechnungsverordnung für das Berufsgrundbildungsjahr (nach dieser Verordnung konnte die Lehrzeit bis zu einem Jahr verkürzt werden).
Zusammengefaßt kann man die Linie der Kapitalistenverbände so ausdrücken: Die Ausbildung bleibt ihre Privatsache, die Steuerzahler sollen sie finanzieren.
Allerdings ist die Front der Kapitalisten in dieser Frage nicht einheitlich. So schreibt der "Kölner Stadtanzeiger": "So hat sich ... am Dienstag eine Gruppe von Politikern, unter ihnen der CDU-Programmatiker Richard von Weizsäcker und Vertreter zumeist großer Industriebetriebe, zu Wort gemeldet und sich voll hinter Rohdes Finanzierungspläne gestellt. Ganz uneigennützig geschah dies sicher nicht. Immerhin gehört die Mehrzahl der unterzeichneten Persönlichkeiten der Wirtschaft Großunternehmen an, bei denen das Problem der beruflichen Bildung in eigenen Lehrwerkstätten zum Teil vorbildlich gelöst ist."
Diese Haltung des großen Kapitals in der Frage der Finanzierung ist leicht verständlich, wenn man sich diese Finanzierung einmal genauer ansieht. Während der Fonds (1 Milliarde DM) über alle Ausbildungsbetriebe gestreut werden soll, was eine Entlastung der Kapitalisten in Höhe von 27,50 DM bis 43,65 DM pro Lehrling und Monat ergibt, sind zur Förderung betrieblicher Ausbildungsstätten (Lehrwerkstätten) 15 bis 30 Millionen aus Steuergeldern vorgesehen. Die kleinen und mittleren Betriebe ohne Lehrwerkstatt werden praktisch kaum finanziert, die wenigen großen Betriebe mit Lehrwerkstatt erhalten den Löwenanteil.
In der Frage der Finanzierung werden sich die Herren Kapitalisten also einigen müssen. Ihr Streit geht aber nur darum, wie das Geld der Steuerzahler geteilt werden soll.
Was die Frage der überbetrieblichen Lehrwerkstätten angeht, so zeichnet sich hier eine Lösung für das Kapital ab. Otto Wolf von Amerongen zeichnete sie in einem Interview mit dem Kölner "Express": "Zu den überbetrieblichen Ausbildungsstätten ist zu bemerken, daß sie vor allem im handwerklichen und gewerblichen technischen Bereich die Ausbildung 'vor Ort' ergänzen und rein subsidiären Charakter haben". In diese Richtung wird also der Zug fahren. Dies belegt auch die letzte Äußerung der Bundesregierung, nach der die Vorschläge, die jetzt ein Ministerausschuß erarbeitet, nicht mehr identisch mit den Vorstellungen von Bildungsminister Rohde sind.

J.W., Kommunistischer Arbeiterjugendbund Köln

Der 4. Nationale Volkskongress der VR China hat die neue Verfassung der Diktatur des Proletariats beschlossen

Ein bedeutendes Ereignis für die Völker der Welt und die internationale Arbeiterklasse

Peking. Vom 13. bis 17. Januar fand in Peking die erste Tagung des 4. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China statt. Dies war ein wichtiges Ereignis. Der Nationale Volkskongreß ist das oberste staatliche Machtorgan Chinas. Über 70 Prozent der 2 885 demokratisch gewählten Abgeordneten waren Arbeiter, Bauern und Soldaten. Sie legten fest, welche grundlegenden politischen Richtlinien und wirtschaftlichen Zielsetzungen das chinesische Volk in den kommenden Jahrzehnten leiten müssen. Genosse Dschang Tschun-tjiao erstattete im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas den "Bericht über die Änderung der Verfassung". Ministerpräsident Tschu En-lai erstattete im Auftrag des Staatsrates den "Bericht über die Tätigkeit der Regierung". Der Kongreß verabschiedete eine Verfassung, in der sämtliche vom Proletariat in der Kulturrevolution errungenen politischen Siege als gültiges Gesetz festgehalten werden. Der Verlauf und die Ergebnisse dieser Tagung zeugen von der Stabilisierung der Diktatur des Proletariats in China und vom Mißerfolg der Imperialisten und Sozialimperialisten, die Entwicklung des Sozialismus in China zu unterdrücken.



Die erste Tagung des 4. Nationalen Volkskongresses wurde im Großen Volkspalast in Peking durchgeführt. Das Bild zeigt das Präsidium der Versammlung.

Der prachtvolle Tienanmen-Platz, an dessen einer Seite das riesige Gebäude der Volkskongreßhalle steht, war festlich erleuchtet, und am Pekinger Himmel war Feuerwerk, als das Ende der Tagung verkündet wurde. Der 3. Nationale Volkskongreß hatte vor zehn Jahren getagt. Wegen der Kulturrevolution wurde der 4.Kongreß immer wieder verschoben.

"Die Völker müssen sich auf einen Weltkrieg vorbereiten"

Der Kongreß stellte fest, daß sich die gegenwärtige internationale Lage zugunsten der Völker entwickelt. Insbesondere wegen der Widersprüche zwischen den zwei Supermächten, den USA und der Sowjetunion, wird die Unordnung in der Welt immer größer. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion rivalisieren überall in der Welt, wobei ihr Hauptkampf sich auf Europa konzentriert. Tschu En-lai sagte es klar: "Ihre heftige Rivalität muß eines Tages zum Weltkrieg führen. Die Völker aller Länder müssen sich darauf vorbereiten. Auf der Welt wird überall von Entspannung und Frieden geredet. Gerade das beweist, daß es in dieser Welt keine Entspannung gibt, geschweige denn einen dauerhaften Frieden. Gegenwärtig wachsen die Faktoren sowohl für die Revolution als auch für den Krieg an." Aber die Perspektiven für die Völker sind glänzend, denn entweder wird es so sein, daß "der Krieg die Revolution hervorruft, oder die Revolution den Krieg verhindert".
Die Dritte Welt ist die Hauptkraft im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemoniestreben. China ist ein Entwicklungsland und gehört zur Dritten Welt. Der Kongreß betonte die Notwendigkeit des noch festeren Zusammenschlusses Chinas mit den Staaten und Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. China wird weiterhin "die Dritte Welt in ihren Kämpfen für die Erringung und Wahrung der nationalen Unabhängigkeit, für den Schutz der staatlichen Souveränität und für die Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft entschlossen unterstützen." (Pressekommunique der Tagung)
Bezüglich der Politik Chinas gegenüber der Zweiten Welt (d.h. die entwickelten Länder, die sich zwischen der Dritten Welt und den Supermächten befinden) wird im Regierungsbericht eindeutig Stellung genommen. Die chinesische Außenpolitik nutzt die Widersprüche aus, die zwischen den Supermächten und der Zweiten Welt bestehen. Hierbei ist sich die chinesische Regierung des Unterschieds zwischen Staaten und ihren politischen Vertretern auf der einen Seite und Völkern auf der anderen Seite sehr bewußt. Tschu En-lai sagte: "Wir unterstützen die Staaten und Völker der Zweiten Welt in ihrem Kampf gegen Kontrolle, Bedrohung und Schikane durch die Supermächte. Wir unterstützen es, daß sich die westeuropäischen Staaten in diesem Kampf vereinigen. Wir sind bereit, gemeinsam mit der Regierung von Japan für die Förderung der freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu arbeiten . . ."
In der Tat wurden die Supermächte zum großen Teil durch die Außenpolitik Chinas in den letzten Jahren mehr und mehr isoliert. China spielt bei den Einigungsbestrebungen der Länder der Dritten Welt politisch die führende Rolle. Gleichzeitig unterstützt die chinesische Außenpolitik den vereinten Kampf der Zweiten Welt gegen die Bedrohung von seiten der Supermächte, trägt so zur Abwehr der Aggressionsbestrebungen der Supermächte bei und zur Verbesserung der Lage für den proletarischen Klassenkampf in den kapitalistischen und imperialistischen Ländern.

Großer wirtschaftlicher Aufschwung

Die gesamte imperialistische und sozialimperialistische Welt steckt in der Wirtschaftskrise. Im sozialistischen China ist die wirtschaftliche Lage stabil, weil hier das Volk herrscht und die Revolution das Kommando führt. Der Ministerpräsident sagte, daß die Kulturrevolution seit dem 3. Volkskongreß das größte und bedeutendste Ereignis im politischen Leben der chinesischen Volksmassen sei. Die durch die Kulturrevolution herbeigeführten Siege stärkten die Macht des Proletariats und förderten deshalb den wirtschaftlichen Aufbau.
Es wurde berichtet, daß der 4. Fünfjahrsplan Chinas in diesem Jahr erfolgreich abgeschlossen wurde. In der Landwirtschaft gab es in den letzten dreizehn aufeinanderfolgenden Jahren reiche Ernten. Es wurde geschätzt, daß im Jahre 1974 der Gesamtwert der landwirtschaftlichen Produktion um 51 Prozent höher lag als 1964 – eine klare Bestätigung der Überlegenheit des Volkskommunesystems. Die Bevölkerung Chinas wuchs seit 1949, dem Jahr der Befreiung, um 60 Prozent, die Getreideproduktion stieg jedoch um 140 Prozent und die Baumwollproduktion sogar um 470 Prozent.
Nach Schätzung lag der Gesamtwert der Industrieproduktion im vergangenen Jahr um 190 Prozent höher als zehn Jahre vorher. Genaue Angaben gibt es über die Produktionssteigerung in wichtigen Industriebereichen im gleichen Zeitraum: Rohkohle um 91 Prozent, Stahl 120 Prozent, Erdöl 650 Prozent, Elektrizität 200 Prozent, Kunstdünger 330 Prozent, Traktoren 520 Prozent, Baumwollgarn 85 Prozent und Kunstfasern 330 Prozent. Große Projekte wurden fertiggestellt, Wasserstoffbomben wurden getestet und künstliche Erdsatelliten gestartet. Im Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern, in denen es Inflation und wirtschaftliche Erschütterungen gibt, steht die Wirtschaft in der Volksrepublik China auf festen Füßen, sind die Einnahmen und Ausgaben des Staates ausgeglichen, gibt es weder Inflations- noch Auslandsschulden, sind die Preise stabil und verbessert sich der Lebensstandard der Massen kontinuierlich.

Tschu En-lai: "Die Reaktionäre im In- und Ausland behaupteten damals, die Große Proletarische Kulturrevolution werde unsere Volkswirtschaft ruinieren; die Tatsachen haben ihnen nun schlagkräftig geantwortet."

Eine proletarische Verfassung

Die am 17. Januar verabschiedete Verfassung war im Entwurf vom chinesischen Volk intensiv diskutiert worden.
Die bisherige Verfassung war seit zwanzig Jahren in Kraft. Die Lage in China und in der Welt hat sich jedoch so verändert, daß Teile dieser alten Verfassung überholt sind. Die neuen Erfahrungen mußten zusammengefaßt, die neuen Siege gefestigt werden. Die Hauptaufgabe bei der Abänderung der Verfassung war, dem Streben des Proletariats und der Massen nach Weiterführung der Revolution unter der proletarischen Diktatur Ausdruck zu verleihen.
Besonders in der Großen Proletarischen Kulturrevolution, im Kampf gegen die Agenten der Reaktion, dem früheren Staatspräsidenten Liu Schao-tschi und dem früheren Verteidigungsminister Lin Biao, wurde die proletarische Klassenherrschaft gestärkt. Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas, Mao Tse-tung, faßte die in diesem Kampf gemachten Erfahrungen zusammen: "Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus hindurch existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, existiert der Kampf zwischen den beiden Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, existiert die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus." Dies muß den Massen bewußt sein, und sie müssen unablässig wachsam sein, sonst wird der sozialistische Staat entarten, die Revisionisten werden die Oberhand bekommen, "und es wird zu einer Restauration kommen".
Dschang Tschun-tjiao, Mitglied des Ständigen Ausschusses der Kommunistischen Partei Chinas, sagte hierzu in seinem Bericht über die Abänderung der Verfassung: "Die historischen wie die gegenwärtigen Klassenkämpfe haben bewiesen, daß diese grundlegende Linie die Lebensader unserer Partei und auch die Lebensader unseres Landes ist." Das ist die Haupterfahrung des chinesischen Volkes. Sie bestimmte den Leitgedanken bei der Abänderung der Verfassung.

Einige wichtige Abänderungen

Die Verfassung betont in jedem Punkt die führende Rolle der Arbeiterklasse, der Kommunistischen Partei und der Theorie des Marxismus-Leninismus. Der Verfassungstext ist die Schlußfolgerung des chinesischen Volkes aus seinen revolutionären Erfahrungen.
In Artikel 1 heißt es, daß die Volksrepublik China ein "sozialistischer Staat der Diktatur des Proletariats" ist. In der alten Verfassung war China ein "volksdemokratischer Staat".
Artikel 2: "Die Kommunistische Partei ist der führende Kern des ganzen chinesischen Volkes. Die Arbeiterklasse führt den Staat durch ihre Vorhut, die Kommunistische Partei Chinas", und "Der Marxismus, der Leninismus, die Mao-Tse-tung-Ideen sind die theoretische Grundlage, von der unsere Nation ihr Denken leiten läßt."
Die jetzige Verfassung wird eine Stärkung der einheitlichen Führung des Staatsapparates durch die Partei nach sich ziehen. Es wurde festgelegt: "Der Nationale Volkskongreß ist das oberste staatliche Machtorgan unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas", und ferner: "Der Vorsitzende des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei befehligt die bewaffneten Kräfte des ganzen Landes." Das Kommando über die Armee führte bis zum Sturz Liu Schao-tschis der Staatspräsident. In der neuen Verfassung gibt es nicht mehr die Position des Staatspräsidenten. Jetzt ist gesichert, daß die Partei die Gewehre lenkt. Die Klassenfeinde haben immer versucht, von der Position der Staatspräsidentenschaft aus gegen die Parteiführung zu kämpfen. So taten es Liu Schao-tschi und seine Anhänger. Das war auch Lin Biaos Absicht, der mit Tschen Bo-da und anderen auf der 2. Plenarsitzung des Zentralen Komitees des 9. Parteitages im August/September 1970 gegen die Führung putschte und Staatspräsident werden wollte. Solchen Versuchen der Reaktion wurde jetzt ein Riegel vorgeschoben.
Neu ist die Bestimmung in der Verfassung, daß die Abgeordneten der Arbeiter, Bauern und Soldaten den Hauptteil der Volkskongresse aller Ebenen bilden müssen.
In jedem Punkt bestätigt die Verfassung das entscheidende Vertrauen in die Massen und deren Initiative. Seit einigen Monaten werden der Volksmiliz neue wichtige Aufgaben zugewiesen, wird sie überhaupt organisatorisch neu aufgebaut und politisch gestärkt. Die Verfassung stellt die Volksmiliz jetzt gleichrangig neben die Volksbefreiungsarmee. Beide sind die Stützpfeiler der Diktatur des Proletariats.
Neben den in Artikel 13 genannten Rechten auf freie Äußerung von Ansichten, offene Aussprache, große Debatten und Dazibaos (Wandzeitungen) wurde in Artikel 28 auf Vorschlag Mao Tse-tungs den Staatsbürgern Streikfreiheit garantiert. Diese Rechte dienen den revolutionären Massen im Kampf gegen Bürokratisierung und Revisionismus in leitenden Organen. Dazu dient auch die Bestimmung in Artikel 11: "Die Funktionäre aller Ebenen müssen an der kollektiven Arbeit teilnehmen." und der Inhalt des Artikels 3, in dem den Wählern das Recht garantiert wird, die Abgeordneten der Volkskongresse zu kontrollieren, abzuberufen und zu ersetzen.
Dschang Tschun-tjiao wies darauf hin, daß in China immer noch "sowohl Übereinstimmung als auch Widerspruch zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften, zwischen dem Überbau und der ökonomischen Basis bestehen." Weiter: "Im staatlichen Sektor der Wirtschaft zum Beispiel sind in manchen Betrieben die Eigentumsverhältnisse der Form nach sozialistisch, die reale Führung dort liegt aber nicht in den Händen der Marxisten und der breiten Massen der Arbeiter. Viele Stellungen werden, wenn sie das Proletariat nicht erobert, von der Bourgeoisie erobert werden." Deshalb legt die Verfassung fest, daß die Staatsorgane und -funktionäre den Marxismus-Leninismus studieren müssen, daß das Proletariat im Überbau eine allseitige Diktatur über die Bourgeoisie ausüben muß und die Staatsorgane und -funktionäre sich eng mit den Massen verbinden müssen.
Die neue Verfassung ist eine Waffe für das chinesische Volk. Mit der Verfassung in der Hand können die Massen gegen revisionistische Abweichungen vorgehen, sie bekämpfen, kritisieren und beseitigen. Sie stabilisiert den proletarischen Staat.
Die Ergebnisse des 4. Nationalen Volkskongresses in China sind für das Proletariat und alle fortschrittlichen Menschen in der Welt eine große Ermutigung.

U. Kräuter, Peking

Widerstandgegen Nichteinstellung

Frankfurt/Main
Die Jugendmitgliederversammlung der Ortsjugend der IG Metall hat auf ihrer Versammlung vom 10.1. einen Beschluß gegen die Nichteinstellung der Lehrer gefaßt. Darin heißt es: "Unser Ziel ist eine einheitliche und gleiche Ausbildung für alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr, die vom Staat getragen wird. Diesem Ziel entzieht die hessische Landesregierung schon jetzt die materiellen Grundlagen, indem sie fast 800 ausgebildete Lehrerstudenten und Lehrer nicht einstellt. Dies bedeutet eine weitere Verschlechterung der Bedingungen an den hessischen Schulen. Wir fordern deshalb: Sofortige Einstellung aller ausgebildeten Lehrerstudenten und Lehrer! Wir fordern die Metall-Bezirksleitung Hessen auf, sofort im Sinne dieser Forderung tätig zu werden.

Offenbach
Für die sofortige Einstellung aller ausgebildeten Lehrer und Lehrerstudenten hat die **GEW Offenbach Stadt** zum Widerstand aufgerufen. Beschlossen wurden folgende Maßnahmen: Versammlungen an den Schulen mit Eltern, Schülern und Lehrern, Informationsstände in der Stadt und eine Demonstration am 15.Februar.

Wiesbaden
Die Schülervertretung der Oranienschule beschloß eine Protestresolution gegen die Nichteinstellung von Lehrern in den hessischen Schuldienst. Sie fordert darin die Einstellung aller Lehrer nach dem ersten und zweiten Staatsexamen.

Kassel.
Die Mitgliederversammlung des GEW-Kreisverbandes Kassel verabschiedete am 21.1. eine Resolution, die die gewerkschaftliche Organisierung der arbeitslosen bzw. nichteingestellten Referendare befürwortet. Für sie sei es selbstverständlich, daß arbeitslose Lehrer genauso ordentliche Gewerkschaftsmitglieder seien wie im Dienst befindliche Lehrer.

Der GEW-Kreisvorstand Kassel Stadt beschloß, die Bevölkerung über die Lage an den Schulen und die Nichteinstellungen durch Informationsstände in der Stadt und durch Elternbriefe zu informieren.
In einem offenen Brief an das Kultusministerium wendet sich die **Personalversammlung der Lehramtsreferendare des Studienseminars 20** scharf gegen die geplante Nichteinstellung von Referendarsanwärtern in den hessischen Schuldienst.

Sprendlingen.
Die Personalversammlung der Goethe-Schule faßte am 14.1. eine Resolution, in der es u.a. heißt: "Angesichts der überfüllten Klassen, des Unterrichtsausfalls in fast allen Schulen des Landkreises Offenbach ... bedeutet die Nichteinstellung von ca. 400 Lehrern mit dem 1. Staatsexamen eine Verfestigung des schlechten Zustandes, wenn nicht sogar eine Verschlechterung der jetzigen Situation.

Mörfelden
Die DGB-Jugend Mörfelden faßte am 24.1. eine Entschließung gegen die Nichteinstellung von 561 Lehramtsanwärtern in den hessischen Schuldienst. Die DGB-Jugend weist besonders darauf hin, daß das Argument, daß kein Geld da sei, nicht stimmen könne, "wenn man bedenkt, daß auf der anderen Seite die Unternehmen mehrere Milliarden Mark an Investitionshilfe erhalten."



Mehr als 400 Schüler und auch Lehrer demonstrierten in Itzehoe gegen die von der Schulbehörde angeordnete Versetzung von O.Schmidt von der Kreisberufsschule Itzehoe. Bereits im August 1974 hatte die Schulbehörde versucht, Druck auf Schmidt auszuüben, und ihm nahelegt, nicht als Verbindungslehrer zu kandidieren. Schmidt, der immer die Schüler unterstützt hatte, wenn es um die Durchsetzung ihrer Rechte ging, hatte sich aber nicht bereit erklärt, vor der Behörde zu kuschen. Er kandidierte wieder und wurde auch fast einstimmig gewählt. Die Schüler lassen sich die Versetzung des Lehrers nicht gefallen. Sie organisierten Protestkundgebungen auf dem Schulhof und eine Demonstration durch die Innenstadt.

"Kleine Anfrage" im Rathaus

Die 71 Oberhausener Jungarbeiter erhalten wieder Unterricht

In der letzten Ausgabe der KVZ wurde über die Entlassung von 71 Jungarbeitern aus der Hans-Sachs-Berufsschule in Oberhausen wegen Lehrermangel berichtet.
Zum 7. Februar sollen die Jungarbeiter wieder 'Unterricht' bekommen. Die Stadtverwaltung sah sich nun endlich gezwungen, zwei Lehrer anzufordern.
Zunächst hatte es geheißen, die Jungarbeiter hätten vorläufig keine Chance mehr auf Berufsschulunterricht. Dagegen brachten wir ein Flugblatt heraus und verteilten es an der Berufsschule, an den Lehrwerkstätten von Thyssen-Niederrhein und in der Innenstadt. Darin zeigten wir auf, wie sich die Rechtlosigkeit der Arbeiterjugend in der Berufsbildung auswirkt und stellten den Staat und die Schulbehörde an den Pranger.
In der gleichen Woche, am 25.1., gab es eine Schulfete an der kaufmännischen Berufsschule, und dies nutzten wir für eine Unterschriftensammlung. Wir hängten vor dem Saal eine große Wandzeitung auf mit der Information über die Situation an der Hans-Sachs-Berufsschule und mit der Forderung: "Sofortige Wiedereinschulung der 71!" Dazu hielt ein Genosse während der Pause eine kurze Ansprache durchs Mikrofon. Die Empörung unter den Anwesenden war groß und so hatten wir schon kurze Zeit später 80 Unterschriften zusammen und konnten insgesamt 15 KVZ verkaufen.
Sympathisierende Schüler eines Oberhausener Gymnasiums hatten an ihrer Schule ein eigenes Flugblatt erstellt und ebenfalls Unterschriften gesammelt.

Die Stadtverwaltung mußte nun reagieren, nachdem wir die Bevölkerung informiert hatten. Über einen Monat lang hätte sich kein Politiker der Oberhausener Parteien (die DKP eingeschlossen) gerührt.
Für alle Parteien ist die Lehrerausbildungspolitik in Bonn und Düsseldorf ein heißes Eisen, das sie nicht gern anpacken. Wahrscheinlich hatten sie im Falle Hans-Sachs-Schule die Hoffnung, niemand würde danach fragen oder Rechenschaft fordern. Oberstadtdirektor Schwarz (SPD) wurde wohl etwas mulmig, nachdem er von den vielen Flugblättern hörte, und wo er auch noch per Einschreiben die Unterschriften auf den Tisch bekam. Er mag an sein Pöstchen gedacht haben und an die Kommunalwahl und an die schlechte Lage der SPD.
Aber der CDU in Oberhausen ging es nicht besser! Auch sie reagierte schnell, als sie feststellen mußte, daß die Kommunisten die Bevölkerung informiert hatten. Jetzt gab es eine "kleine Anfrage" im Rathaus.

Daß die 71 Jungarbeiter bald wieder unterrichtet werden, ist ein Teilerfolg. Ein voller Erfolg wird es erst sein, wenn die Berufsschüler gemeinsam die Forderungen der Arbeiterjugend erheben, wie sie in den letzten Ausgaben der Kommunistischen Volkszeitung dargelegt wurden, und für Rechte kämpfen, die sie heute noch nicht haben.

Kommunistische Gruppe
Oberhausen–

Für einen einheitlichen Studentenverband

Für den 18.März wurde die Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften einberufen. Zum gleichen Zeitpunkt soll auch die Mitgliederversammlung des Studentenverbandes der Ingenieurschulen stattfinden. Die Studentenschaften beider Verbände wollen auf diesen Mitgliederversammlungen die Auflösung der beiden bisherigen Verbände beschließen und im Anschluß daran, einen einheitlichen Studentenverband, der die Studentenschaften aller Hochschulen umfaßt, gründen. Dieser Schritt zur Stärkung der politischen Vertretung der Studenten gegenüber dem bürgerlichen Staat ist der Regierung ein Dorn im Auge und sie will die uneingeschränkte politische Vertretung der Studenten durch einen einheitlichen Verband nicht dulden. Auch innerhalb der Studentenschaft ist dieser Zweck des Verbandes nicht unbestritten. Neben den CDU-Studenten, die offen die Regierung in ihrem Vorgehen der politischen Entmündigung der Studentenschaft bestärken, gibt es auch sich sozialistisch nennende Kräfte in der Studentenschaft, die der Regierung ihr Geschäft erleichtern. Sie fallen den für das Recht auf uneingeschränkte Vertretung ihrer Interessen kämpfenden Studenten in den Rücken, indem sie den Zweck des neuen Verbandes auf ihre falschen Vorstellungen von sozialreformerischer Politik einzuschränken versuchen. Im folgenden bringen wir Beispiele für die Auseinandersetzung um diese Frage innerhalb der Studentenschaft über den politischen Zweck des Verbandes und die Beauftragung der Delegierten für seinen Gründungskongreß und über das richtige Vorgehen gegen die Angriffe der Staatsmacht.

Mainz. Auf der letzten Universitäts-Vollversammlung am Montag, dem 27.1.75, entfaltete sich eine heftige Debatte um die Aufgaben des neuen, aus der Zusammenlegung des Verbandes Deutscher Studentenschaften und des Studentenverbandes der Ingenieurschulen zu bildenden Dachverbandes und um das Vorgehen von Spartakus und SHB in diesem Zusammenhang. Spartakus sprach ganz offen aus, daß der neue Dachverband nach seiner Vorstellung nur auf der Grundlage der satzungsmäßigen Festlegung seiner sozialreformerischen Politik gegründet werden könne. Gegen diesen spalterischen Vorschlag im Kampf gegen den bürgerlichen Staat wandten sich viele Redner und stellten heraus, daß der neue Dachverband ein uneingeschränktes politisches Mandat ausüben muß. Um zu verhindern, daß Spartakus und SHB unter Berufung auf den weit auslegbaren Urabstimmungstext die Delegierten für den Gründungskongreß des neuen Verbandes auf ihre sozialreformerische Politik festzulegen versuchen, brachte der Kommunistische Studentenbund dann folgenden Antrag ein:
"Die Delegierten für den Gründungskongreß des neuen Dachverbandes aus Mainz werden beauftragt, für die politische Grundlage des Verbandes die Forderung nach **uneingeschränktem** politischem Mandat zu vertreten. Nur so kann sichergestellt werden, daß die Rechte der Studenten gegenüber der Regierung uneingeschränkt vertreten und die Entfaltung des politischen Willens der Studenten nicht satzungsmäßig eingeengt werden."
Dieser Antrag wurde bis auf die Mitglieder von Spartakus und SHB von den etwa 250 Anwesenden verabschiedet.

Bremen. Am 23.1. hatte eine Vollversammlung der Bremer Studenten eine Resolution des Kommunistischen Studentenbundes zur Durchführung einer Urabstimmung für einen einheitlichen Studentenverband mehrheitlich angenommen. Darin heißt es, daß der neue "Verband" die Aufgabe hat, den Kampf für die Forderungen und Rechte der Studentenschaft zu organisieren und für die Studentenschaft in allen gesellschaftlichen Fragen und öffentlichen Angelegenheiten Stellung zu nehmen."
Am 31.1. fand eine weitere außerordentliche Vollversammlung statt, die notwendig geworden war, weil der DKP-Spartakus/SHB-AStA nicht bereit gewesen war, sich an diesen Beschluß zu halten. Die außerordentliche Vollversammlung bestätigte diesen Beschluß noch einmal mehrheitlich.

Marburg. Wie wenig ernst es die DKP-Studenten "Marxistischer Studentenbund Spartakus" (MSB) und sein Anhängsel "Sozialistischer Hochschulbund" (SHB) mit dem Erhalt der verfaßten Studentenschaft, mit dem uneingeschränkten politischen Mandat meinen, zeigte sich, als per "einstweiliger Verfügung" dem AStA die Durchführung der Urabstimmung für einen einheitlichen studentischen Dachverband verboten wurde. Sie wichen vor diesem eindeutigen Entmündigungsversuch des bürgerlichen Staates zurück, indem sie dem bürgerlichen Staat den Gefallen taten und ein sogenanntes "Komitee zur Durchführung der Urabstimmung" gründeten. Sie würden so der "Reaktion nicht ins Messer laufen", die "Urabstimmung stünde jetzt im Vordergrund". So "argumentierten" die angeblichen Verfechter der verfaßten Studentenschaft. Damit gaben die DKP-Studenten das Vertretungsorgan der Studenten, den AStA, kampflos aus den Händen. Diese kompromißlerische, die Interessen der Studenten in Wahrheit verratende Politik macht es dem bürgerlichen Staat leicht, seine Entmündigungsversuche durchzusetzen.
Die kommunistischen Studenten haben jetzt die Aufgabe, die Konsequenzen dieser Politik zu entlarven und eine klare Stoßrichtung anzugeben für die Einheit im Kampf gegen den bürgerlichen Staat.

Bremen. Nach dem vorläufigen Wahlergebnis ist die "Rote Liste", auf der die Kandidaten des Kommunistischen Studentenbundes (KSB) kandidierten, aus den Wahlen zum Studentenparlament mit 239 Stimmen (39,9 %) und damit sieben Sitzen im Studentenparlament als Sieger hervorgegangen. Bei den Wahlen 1974 hatte die Rote Liste 154 Stimmen und 24,2 % erhalten. DKP-Spartakus und SHB, die bei den Wahlen 1974 496 Stimmen (75 %) bekamen, verloren und erhielten bei diesen Wahlen nur 208 Stimmen zusammen, das sind 34,2 %.
Zusammen mit diesen Parlamentswahlen wurde eine Urabstimmung für das uneingeschränkte politische Mandat der Studentenvertretungen, den Zusammenschluß der beiden bisherigen Dachverbände VDS(Verband deutscher Studentenschaften) und SVI (Ingenieurstudentenverband) und gegen die Mittelsperrung für die Arbeit der verfaßten Studentenschaft durch den Bremer Senat durchgeführt. 63 % der Studenten beteiligten sich an dieser Urabstimmung, 92,6 % stimmten für die Forderungen, mit Nein stimmten 5,7 % der beteiligten Studenten.

Gegen "laufende Überwachung

Gesamtpersonalrat nimmt Stellung gegen Bespitzelei im öffentlichen Dienst

Der Gesamtpersonalrat der Freien Universität hat gegenüber dem Erlaß des Innensenators, der die "Überprüfung" von Bewerbern für den Öffentlichen Dienst auf ihre "politische Treuepflicht" vorsieht, seine Zustimmung verweigert. Dieses ist ein Beispiel des Widerstands, den die Kollegen den Versuchen des Senats entgegensetzen, jede selbständige Interessenvertretung der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst zu unterdrücken.

"Stellungnahme des Gesamtpersonalrats der Freien Universität zum Rundschreiben des Senators für Inneres II Nr. 112/1974 betr. Prüfung der dienstrechtlich geforderten Treuepflicht von Bewerbern vom 14.10.1974.
Der Gesamtpersonalrat der Freien Universität Berlin lehnt die Ausführung des Rundschreibens II Nr. 112/1974 des Senators für Inneres ab und protestiert gegen Verfahren und Inhalt.
Ohne sich um die Meinung und um die vielfachen Proteste der Betroffenen zu kümmern und in Widerspruch zu breiten Teilen der demokratischen Öffentlichkeit, beabsichtigt der Innensenator, das politische Verhalten eines Bewerbers zur Einstellungsvoraussetzung zu machen.
Es soll nach den Beamten ein weiterer, großer Teil von Bewerbern für den öffentlichen Dienst einer besonderen Überprüfung unterzogen werden. Die Vorgänge vor, bei und nach dieser Überprüfung sind öffentlicher Kontrolle, wie auch der Kontrolle und Stellungnahme durch die Betroffenen selbst und ihre Vertreter entzogen. Die vorgesehene Suche nach "Erkenntnissen" durch die Abteilung IV des Senators für Inneres, den Verfassungsschutz, bedeutet nichts anderes als laufende Überwachung und Bespitzelung aller Bewerber für den öffentlichen Dienst und seiner Angehörigen sowie derer, die irgendwann einmal für eine solche Stelle in Frage kommen könnten. Der Verfassungsschutz und seine Auftraggeber werden dabei allein entscheiden, was sie für erkenntniswert halten und wo die Grenzen des politisch Erlaubten liegen.
Wir verstehen dagegen die Verpflichtung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, jederzeit für die demokratischen Grundrechte einzutreten, so, daß wir diese gegen jeden Angriff, auch wenn er von seiten der Regierenden selbst ausgeübt wird, verteidigen müssen.
Es droht der öffentliche Dienst künftig gänzlich auf die Interessen der jeweils Regierenden ausgerichtet zu werden. Die im Grundgesetz zugestandene freie politische Betätigung wird dann nur noch vom öffentlichen Arbeitgeber, der gleichzeitig Regierender ist, bestimmt werden.

Letztlich wird dann nicht mehr Eignung und Leistung der Kollegen entscheiden, sondern ihre Anpassungsfähigkeit an das politisch Opportune. Jede Regung gegen Unrecht, jede grundsätzliche Opposition, jedes entschiedene Eintreten für gerechtfertigte Forderungen kann zum Einstellungshindernis werden, soweit vom öffentlichen Arbeitgeber als gegen die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" gerichtet definiert. Politisch Mißliebigen würde wieder einmal jeder Arbeitsplatz verwehrt werden können. Für Bewerber und Angehörige des öffentlichen Dienstes würde ein Klima der Angst und Einschüchterung geschaffen, das freie politische Betätigung und offenes Eintreten für politische Überzeugungen zu ersticken droht.
Mit dem Argument der Rechtsstaatlichkeit haben Faschisten und ihre Wegbereiter bis heute auch die letzten demokratischen Rechte beseitigt und sie durch Terror und Unterdrückung ersetzt.
Der Gesamtpersonalrat kann sich im Interesse der von ihm vertretenen Kollegen an der Freien Universität mit einer solchen Regelung keinesfalls einverstanden erklären.
Im übrigen verweisen wir darauf, daß die im oben genannten Rundschreiben geforderten Anfragen und die Änderung der Personalfragebögen nach §§ 54 und 85, Abs. 2, Punkt 5 des Berliner Personalvertretungsgesetzes Mitbestimmungsangelegenheiten sind. Auf dieser Grundlage verweigert der Gesamtpersonalrat seine gesetzlich erforderliche Zustimmung zur Anwendung des Rundschreibens II Nr. 112/1974 des Senators für Inneres, das somit für die Freie Universität nicht in Kraft treten kann."

Kinderausbeutung

Am 14.1.75 hat die Klasse 9a aus der Schule für Lernbehinderte am Zwickauer Damm in Westberlin einen Brief an das Sozialamt in Neuß geschrieben. Darin hieß es:

"In der Kommunistischen Volkszeitung vom 19. Dezember 1974 haben wir gelesen, daß Kinder aus Ihrer Stadt von 7 bis 17 Jahren Steckdosen zusammenbasteln müssen. Diese Kinder sollen körperlich und geistig behindert sein. Außerdem sollen sie nur 4,50 DM am Tag verdienen. Wenn das stimmt, finden wir das nicht richtig. Wir meinen, daß auch diese Kinder das Recht haben, normalen Unterricht zu bekommen. Schicken Sie uns bitte eine Antwort, ob das stimmt."

Für das Sozialamt Neuß hat der Leiter, Herr Hoymann, mit dem folgenden Brief geantwortet. ~~Draufhin~~ hat sich die Klasse 9a an die Redaktion gewandt (siehe Faksimile).

Wir versichern deshalb ausdrücklich, daß die in dem KVZ-Artikel vom 19.12.74 unter dem Titel "Kinderausbeutung" veröffentlichten Informationen den Tatsachen entsprechen. Der Verfasser des Berichts hat die Kinder und Jugendlichen selbst bei der Arbeit gesehen und mit ihnen gesprochen. "Heute habe ich 600 Steckdosen geschafft, morgen werde ich versuchen, 640 Stück zu schaffen", sagte einer von ihnen. Den Gewinn teilt sich die Stadt mit der Firma Helna.

–Red.–

Stadt Neuss
Der Oberstadtdirektor
Sozialamt

An die Schulleitung und Klasse 9a der Schule am Zwickauer Damm
1 Berlin 47

Euer Schreiben vom 14.1.1975

Liebe Jungen und Mädchen!

Es ist eigentlich schade, daß Neuss so weit von Berlin entfernt ist. Ich würde Euch gern zu einem Besuch in unseren Werkstätten einladen, und Ihr könntet Euch selbst ein Bild von dem machen, was Geistigbehinderte in unserer "Beschützenden Werkstatt" tun. Aber Papier ist geduldig, und so muß ich Euch bitten, meinen Angaben Glauben zu schenken, genauso, wie Ihr der Nachricht aus der kommunistischen Zeitung vertraut habt.

Die Stadt Neuss unterhält Sonderkindergärten für Geistigbehinderte, Körperbehinderte und Sprachbehinderte. Während die Geistigbehinderten eine Neusser Einrichtung besuchen, fahren die körperbehinderten Kinder zu einer Schule nach Düsseldorf. Wie Ihr auf der Karte feststellen werdet, liegt Neuss gegenüber von Düsseldorf auf der anderen Rheinseite. Die geistig behinderten Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 21 Jahren sind ganztags in der "Anlernwerkstatt" auf der Further Straße in Neuss. Diese heranwachsenden Jungen und Mädchen haben neben dem allgemeinen Unterrichtsprogramm wie Turnen, Schwimmen und Reiten auch die Erziehung zur praktischen Tüchtigkeit, weil ihre begrenzten beruflichen Möglichkeiten sich ausschließlich im praktischen Tun bewegen. Sie werden also dort befähigt, einfache Arbeitsgänge zu erfassen, ohne daß dahinter auch eine gewinnbringende Arbeitsleistung steht. Eure Lehrerin wird Euch sicher erklären, was darunter zu verstehen ist. In der "Beschützenden Werkstatt" oder, wie die Einrichtung heute heißt, "Werkstatt für Behinderte", arbeiten erwachsene Behinderte, die für ihre Arbeitsleistung wöchentlich eine Prämie erhalten. Mit einer Ausnahme sind alle, die hier arbeiten, über 20 Jahre alt. Ihr schreibt mir, daß geistig und körperlich behinderte Kinder zwischen 7 und 17 Jahren Steckdosen zusammenbasteln und dafür 4,50 DM am Tag verdienen. Ihr solltet einmal im Rahmen Eures Gemeinschaftskunde-Unterrichts eine Einrichtung besuchen, in der geistig behinderte Kinder untergebracht sind. Ihr werdet dann sicher verstehen, daß diese Kinder kaum in der Lage wären, Steckdosen zusammenzubasteln. Ich darf also zusammenfassen:

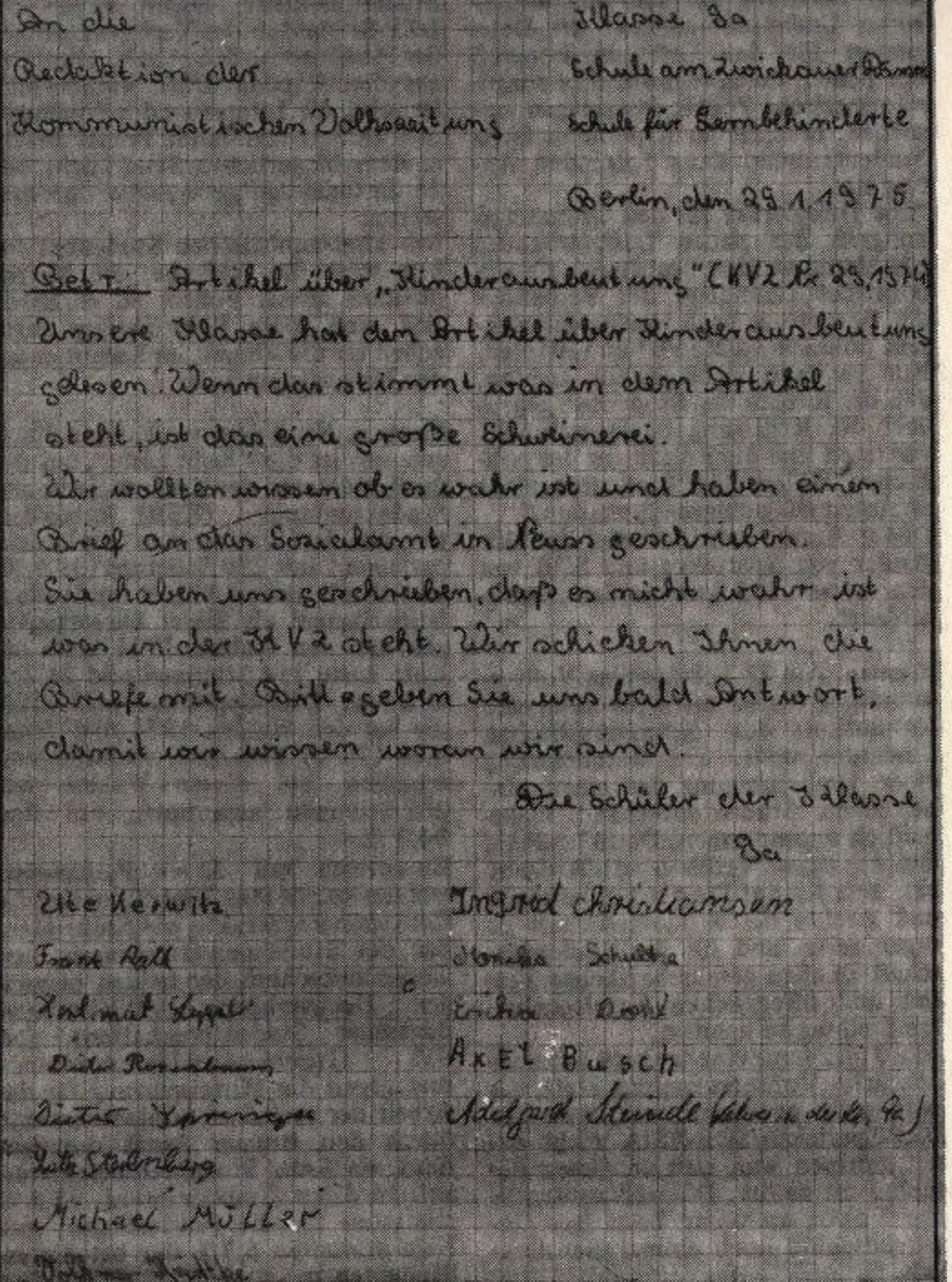
1. Die körperbehinderten Schulkinder aus Neuss besuchen die Schule für Körperbehinderte in Düsseldorf.
2. Erziehung zur praktischen Tätigkeit in der "Anlernwerkstatt" oder "Werkstufe", wie sie in der Schule heißt, konzentriert sich nicht darauf, Steckdosen zusammenzubasteln, es sei denn, es wäre ein Lernerfolg damit verbunden.
3. Wenn erwachsene Behinderte – also ab 20 Jahren – wegen ihrer geringen Arbeitsleistungen nur 4,50 DM erhalten, dann muß aber auch in Betracht gezogen werden, daß weitere Kosten übernommen werden für Fahrkarte, Mittagessen, einen dreiwöchigen Erholungsurlaub und in den allermeisten Fällen finanzielle Hilfe vom Sozialamt für den Lebensunterhalt und für Pflege in Höhe von mindestens monatlich 420 DM.
4. Zu keiner Zeit haben die erwachsenen Behinderten, von den 7–17 jährigen kann also gar keine Rede sein, Steckdosen gebastelt oder etwas ähnliches verarbeitet, was damit zu vergleichen gewesen wäre.

Ich kann mich also nicht des Eindrucks erwehren, daß hier bewußt etwas geschrieben worden ist, um vielleicht die Leute schlecht zu machen, die sich um die Behinderten kümmern. Neuss hat 150 000 Einwohner, und es sind über 70 Fachkräfte in den Einrichtungen tätig, die sich um die Behinderten bemühen.

Ich denke, daß Ihr nun genügend Stoff habt, um über die Arbeit mit Behinderten zu sprechen. Ganz bestimmt müßtet Ihr auch darüber sprechen, daß man nicht unbedingt allem Glauben schenken muß, was auf Zeitungspapier gedruckt steht. Ich möchte Euch bitten, mir den Zeitungsartikel zu übersenden, damit ich auch der Zeitung und den Lesern gegenüber die falschen Angaben korrigieren kann.

Schreibt mir doch Eure Meinung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrage
Hoymann
Leiter der Einrichtungen für Behinderte



An die
Redaktion der
Kommunistischen Volkszeitung

Klasse 9a
Schule am Zwickauer Damm
Schule für Lernbehinderte

Berlin, den 29.1.1975

Betr.: Artikel über „Kinderausbeutung" (KVZ [illegible])

Unsere Klasse hat den Artikel über Kinderausbeutung gelesen. Wenn das stimmt was in dem Artikel steht, ist das eine große Schweinerei.
Wir wollten wissen ob es wahr ist und haben einen Brief an das Sozialamt in Neuss geschrieben.
Sie haben uns geschrieben, daß es nicht wahr ist was in der KVZ steht. Wir schicken Ihnen die Briefe mit. Bitte geben Sie uns bald Antwort, damit wir wissen woran wir sind.

Die Schüler der Klasse 9a

[illegible] Axel Busch
Michael Müller
[illegible]

4000 demonstrieren in Hannover gegen Fahrpreiserhöhungen

Die beschlossenen Erhöhungen stoßen auf immer größeren Widerstand

Hannover. 4 000 Menschen demonstrierten am 28.1. in Hannover gegen die geplanten Fahrpreiserhöhungen. Anlaß war die Sitzung des Großraumparlaments am folgenden Tag, das über die Erhöhungen beschließen sollte. Inzwischen ist der Beschluß gefallen: zum 1.4. sollen die Fahrpreise innerhalb des Großraums zunächst einheitlich um 10-80 % angehoben werden.

Zum 1.6. soll darüberhinaus ein Stufentarif eingeführt werden, der die Fahrten vom Umland in die Stadt Hannover und umgekehrt bis zu 150 % verteuert. Eine Sammelkarte für Erwachsene wird hier z. B. von 75 Pf auf 1,50 DM erhöht, für Schüler und Studenten von 30 Pf auf 75 Pf; die Seniorenmonatskarte für die Rentner wird von 10 DM auf 25 DM erhöht. 20 Millionen DM Mehreinnahmen will der Staat so aus der Tasche der Arbeiter und anderen Lohnabhängigen ziehen, die auf Bahn und Bus angewiesen sind.

Nach der Sammlung von einigen Tausend Unterschriften, Stellungnahmen aus Betrieben, Gewerkschaftsgremien, Bürgerinitiativen, Schüler- und Studentenversammlungen bewies die große Demonstration am 28.1. schon vor dem Beschluß des Großraumparlaments: diese Erhöhungen werden nicht durchgesetzt, ohne auf entschiedenen Widerstand zu stoßen. Der Demonstrationszug wurde von den Menschen in der Stadt mit großer Aufmerksamkeit und Zustimmung verfolgt; während des Zuges durch die Innenstadt vergrößerte er sich weiter. Die Demonstration war damit ein großer Erfolg; sie hat den Widerstand unter den hannoverschen Arbeitern und anderen Lohnabhängigen gestärkt. Sie hat dem weiteren Zusammenschluß gegen die Fahrpreiserhöhungen in den Betrieben, Stadtteilen, Schulen und Universitäten genützt.

Um die Bewegung gegen die Fahrpreiserhöhungen aufzuhalten und zu isolieren, unternehmen deshalb jetzt die Herren vom Großraumparlament große Anstrengungen. Am Tag nach der Demonstration erschien in der hannoverschen Allegemeinen Zeitung ein Interview mit dem Verkehrsdezernenten des Großraumparlaments, der ein großes Klagelied über das Defizit im Nahverkehr anstimmte und mit dem Austritt der Bundesbahn aus dem Großraumverkehrsverbund und einer größeren Steuerlast drohte. In den Zeitungen erschienen Anzeigen des Großraumverbandes unter der Überschrift: "Der Großraum-Verkehr ist in ernster Gefahr"..."Die Bürger des Großraums Hannover werden sich ihren Gemeinschaftsverkehr nicht zerstören lassen."

Verschwiegen wird, daß dieser Staat insgesamt teuer ist, Milliarden Steuergelder der Arbeiterklasse und des Volkes verschlingt und den Kapitalisten z. B. gegenwärtig Milliardenzuschüsse gewährt. Gegen diese Steuerausplünderung des Volkes muß aufgetreten werden, wenn die Herren vom Großraumparlament das Gerede vom Defizit anstimmen. Die Demonstration am 28.1. hat dem Gerede schon eine richtige Antwort erteilt, indem Sprechchöre gerufen wurden wie: "Defizite hin und her – wir zahlen keinen Pfennig mehr!" oder "Der Staat frißt Geld genug – das Defizit ist der Betrug!"

Zur Demonstration am 28.1. hatten zwei verschiedene Aktionseinheiten und einzelne Komitees sowie die ÖTV-Jugend aufgerufen.

Jetzt, nach dem großen Erfolg der Demonstration, muß die Arbeit in den Komitees verstärkt werden, um insbesondere in den Betrieben und Stadtteilen Klarheit in den Köpfen zu schaffen und die Arbeiter und anderen Lohnabhängigen fest zusammenzuschließen. Inzwischen gibt es Komitees in 3 Betrieben, 2 Stadtteilen, 4 Schulen, 4 Hochschulen und in Burgdorf im Großraum Hannover. In Komitees müssen sich noch mehr Menschen vereinigen, damit bis zum 1.4., dem Zeitpunkt der Einführung der Erhöhungen, die Front gegen die Fahrpreiserhöhungen steht.

G.H.,
Ortsgruppe Hannover

Soldaten demonstrierten mit

An der Demonstration beteiligte sich auch ein Block von über 20 Soldaten, von denen einige in Uniform erschienen waren.

Die Soldaten sind bei einem Sold zwischen 5,50 bis 7,– DM von den Erhöhungen stark betroffen, ihre Einsperrung und Absonderung in den Kasernen würde sich nur noch verschlimmern.

Deshalb hat sich in den Kasernen rund um Hannover eine Bewegung gegen die Tariferhöhungen gebildet. Die Soldaten trugen ein Transparent: "Soldaten gegen Fahrpreiserhöhung" und diskutierten nach der Demonstration im Unabhängigen Jugendzentrum Glocksse über die Fortführung des Kampfes. Komitees gegen die Tariferhöhungen sollen auch in den Kasernen selbst gegründet werden.

–s., Soldaten- und Reservistenkomitee Hannover–

Urteile im "Rektoratsprozeß"

Mit Gefängnisstrafen sollen die politischen Überzeugungen bestraft werden

Heidelberg. Zu 6, 5 und 3 Monaten Gefängnis wurden die Genossen Hildebrandt, Lebert und Fücks in dem Heidelberger "Rektorats"-Prozeß verurteilt. Damit bestätigte das Gericht die Strafen des Schnellgerichtsverfahrens vom Februar 1973, dessen Urteil wegen allzu schwerer Formfehler aufgehoben werden mußte.

Sehr schwer hat sich die Justiz getan, wiederum zu diesem Urteil zu kommen. Den drei Genossen war zur Last gelegt worden, im Februar 1973 an einer Versammlung von über 600 Studenten teilgenommen und dort gesprochen zu haben, die vom Rektor der Universität verboten war, und bei der Besetzung des Rektorats zwei Tage später durch über 200 Studenten anwesend und "Rädelsführer" gewesen zu sein.

Das Schnellgerichtsverfahren, das unter Ausschluß der Verteidigung, der Angeklagten und der Öffentlichkeit durchgezogen wurde, mußte wegen der Formfehler für unwirksam erklärt werden.

Der zweite Anlauf scheiterte am mangelnden Stehvermögen des Richters. Er zog das Verfahren von Januar bis Mai 1974 hin und gab dann wegen gesundheitlicher Schwäche auf. Mit insgesamt 33 Tagen Haft durch Ordnungsstrafen, hatte er diesmal versucht, die Angeklagten zum Schweigen zu bringen.

Das dritte Verfahren war der Höhepunkt. Aufgrund der neuen Bestimmungen der Strafprozeßordnung wurden die bisherigen Verteidiger ausgeschlossen. Auch als ein Rechtsanwalt erklärte, nur einen Angeklagten weiter vertreten zu wollen, blieb er ausgeschlossen.

Ein Antrag der Angeklagten auf einen Pflichtverteidiger wurde ebenso abgelehnt wie ein Antrag auf Aussetzung des Verfahrens, um die Verteidigung neu organisieren zu können.

Das Ziel war klar: nach wie vor braucht die Justiz wehrlose willfährige Angeklagte, um das Urteil durchzudrücken und jede Kritik daran zu ersticken. Das zeigte sich noch deutlicher daran, daß mit hohen Ordnungsstrafen die Angeklagten selber in der Wahrnehmung ihrer Verteidigung gehindert werden sollten. Desgleichen wurden alle ihre Fragen an die Zeugen, die zur Klärung der politischen Umstände, also nicht einfach nur zu ihrer Belastung beitrugen, vom Richter nicht zugelassen, so daß sie schließlich aus Protest auf weitere Fragen verzichteten.

Bei der Urteilsbegründung bedauerte der Richter, aufgrund der Vorschriften nicht über das erste Urteil hinausgehen zu können. Im alten Urteil hatte der Richter einige konkrete Tatbestände schlicht erfunden, um die hohen Strafen zu legitimieren; so sollten zwei der Angeklagten angeblich eine Tür ausgehängt haben, um in den Hörsaal zu gelangen. Kein Zeuge hatte dies gesehen, und zudem stand ein anderer Eingang, der Haupteingang, zu diesem Hörsaal sperrangelweit offen.

Diesmal hatte das Verfahren nicht mehr ergeben, als was die Genossen selber frei und offen ausgesagt haben. Der Richter mußte offen bekennen, daß die Angeklagten wegen ihrer Gesinnung verfolgt und bestraft würden. Zu Beginn seiner Urteilsbegründung sagte er, dies sei kein politischer Prozeß, die Angeklagten würden nicht wegen ihrer politischen Auffassungen, sondern wegen Hausfriedensbruch, Freiheitsberaubung und Nötigung bestraft. Das war aber nur ein Knochen für die schweifwedelnde bürgerliche Presse, die ihn auch dankbar auffing. Im übrigen sagte der Richter kein Wort über die konkreten Tatbestände, über die konkrete Begründung der Strafzusammensetzung. Er sprach die ganze Zeit nur von dem Starrsinn der Angeklagten, und davon, daß sie keine Reue zeigten. Sie hätten die "Universität lahmgelegt" und seien sowieso Gegner der herrschenden Ordnung. Schon vorher in seiner Urteilsbegründung hatte der Staatsanwalt zugegeben, daß im einzelnen nicht viel von Freiheitsberaubung, Nötigung und Sachbeschädigung nachzuweisen sei, aber, so wörtlich, "irgendwo" seien die Angeklagten für alles verantwortlich.

Dieses "irgendwo" zielt ganz präzise darauf, daß die Genossen Kommunisten sind, daraus nie einen Hehl gemacht haben, und dazu beigetragen haben, daß eine Reihe von Studenten sich mit ihnen organisiert haben und für den Kommunismus eintreten.

Das allein soll mit diesem Prozeß und mit den hohen Strafen unterdrückt und bestraft werden. In ihren Schlußworten jedenfalls haben die Genossen deutlich gemacht, daß das Gericht zu recht davon sprach, daß sie keine Reue zeigen. Im Gegenteil!

–D.H.–

Erklärung zum Durststreik der RAF-Häftlinge

Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan Carl Raspe sowie weitere RAF-Häftlinge sind im Gefängnis Stuttgart-Stammheim in den Durststreik getreten. Als Grund für diesen Schritt führen sie an, daß die Forderungen ihres Hungerstreiks nicht erfüllt worden seien. Offensichtlich gehen sie davon aus, es könne die Bewegung gegen die Isolation und Mißhandlung politischer Gefangener voranbringen, wenn sie jetzt in den Durststreik treten. Diese Meinung teilen wir nicht. Wir halten diesen Schritt sogar für direkt falsch und sind dafür, daß der Durststreik abgebrochen wird. Denn bei dem Kampf gegen die Isolation, Entrechtung und Mißhandlung politischer Gefangener handelt es sich nicht um einen Privatkrieg, den 10 oder 20 Leute führen können. Es handelt sich um einen Kampf, der offensichtlich nur von einer Massenbewegung erfolgreich geführt werden kann. Und tatsächlich hat die Bewegung, die anläßlich des Hungerstreiks im Herbst und des Todes von Holger Meins in diesem Kampf sich auf das gerechte Ziel konzentrieren konnte, gewisse Erfolge errungen. Die Isolationshaft wurde teilweise zurückgenommen, zumindest gemildert. Bedeutet dies, daß es inzwischen prächtig sei, politischer Gefangener zu sein? Nein, aber es bedeutet, daß eine bestimmte Bewegung an eine Schranke gestoßen ist und neue Kräfte sammeln muß, wenn sie der Bourgeoisie weitere Zugeständnisse abzwingen will. Es wird aber eine solche Bewegung die größere Kraft nicht ziehen können aus dem heroischen Opfer einzelner. Dies ist sowieso der Hauptirrtum der RAF. Daher ist dieser Durststreik willkürlich. Er sollte abgebrochen werden.

–Red–

Prozess gegen Subasi und Dagyeli fortgesetzt

In dem Prozeß gegen die beiden Mitglieder der PEF (Patriotische Einheitsfront der Türkei) Y.Dagyeli und H.Subasi (beide werden beschuldigt, illegale Waffen transportiert zu haben, mit dem Ziel, die türkische Regierung mit Waffengewalt zu stürzen, vgl. auch Bericht KVZ 4/74) wurde am Freitag das Komplott des türkischen Geheimdienstes und der westdeutschen Verfassungsschutzbehörde immer offensichtlicher. Auf den von der Staatsanwaltschaft als Hauptbelastungszeugen angesehenen Türken Cuma Guerler mußte nach kurzer Vernehmung verzichtet werden. Dieser Zeuge, der nach eigenen Angaben die Angeklagten gar nicht kannte, hatte nach einer militärischen Begrüßung dem Gericht erklärt: "Ich will Recht sprechen im Namen der türkischen Streitkräfte." Bei der Vernehmung betonte er jedoch aufgeregt, er gehöre nicht zum türkischen Geheimdienst, habe aber gute Kontakte zur Westberliner Kriminalpolizei. Als Beweis legte er dem Gericht eine handschriftliche Erklärung des Kriminalkommissariats I Tempelhof vor. Außerdem wüßten der ehemalige Bundeskanzler Brandt und Genscher von einigen seiner Aktivitäten. Als er dann noch behauptete, daß er "für die BRD und die Türkei kämpfen" werde, mußte selbst die Staatsanwaltschaft die Vernehmung dieses offensichtlichen Spitzels abbrechen.

Den zweiten Beweis für die Unhaltbarkeit der Anklage lieferten zwei Kriminalbeamte der sogenannten "Sonderkommission zur Bekämpfung der Baader-Meinhof-Bande". Beide hatten ausgesagt, sie hätten davon Kenntnis erhalten, daß im November 1973 im süddeutschen Raum eine Waffenschieberei stattfinden sollte. Auf Anfrage der Verteidigung, von wem sie diese Nachricht erhalten hätten, erklärten sie: von einem "befreundeten Dienst". Als Definition von "befreundetem Dienst" gaben beide nach vergeblichem Versuch, diese Frage zu umgehen, die Schutzpolizei, Polizei bzw. Kriminalpolizei eines anderen Landes an. Der eine Beamte gab schließlich zu, daß z. B. auch der MAD (Militärischer Abschirmdienst) als befreundeter Dienst bezeichnet werde. Beide bestritten jedoch jegliche Verbindung zu einem in- oder ausländischen Geheimdienst. Auf Fragen, die die Anklage erschüttern könnten, reagierten die Zeugen der Anklage – alles Polizeibeamte – mit dem Hinweis, zu diesem Punkt hätten sie keine Aussagegenehmigung. Dennoch wurde ganz klar, daß den beiden Angeklagten Y.Dagyeli und H.Subasi der Waffentransport in die Schuhe geschoben werden soll, um die politische Tätigkeit der Mitglieder der PEF gegen das reaktionäre Regime der Türkei zu unterbinden.
Am Freitag gelang es schließlich der Verteidigung, für den Angeklagten Y.Dagyeli nach einjähriger Untersuchungshaft gegen eine Kaution von 4 000 DM, für die noch im Gerichtssaal rund 300 DM gesammelt wurden, die Aufhebung der Haft durchzusetzen.

–A.S., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Sektion Klassenjustiz, Frankfurt–

Nachtrag der Redaktion:
Der Bericht in der KVZ 4/75 enthält eine Formulierung, aus der man schließen könnte, der Angeklagte Dagyeli sei identisch mit dem türkischen Agenten, der sich das Vertrauen von Subasi erschlichen hatte. Wir bedauern die dadurch entstandene Unklarheit.

Sofortige Freilassung von Hanns Marzini

München. Am 19.10.1974 demonstrierten in München Antifaschisten gegen die Abhaltung des NPD-Parteitages. Die genehmigte Demonstration wurde von bewaffneten Polizisten, die sich unter die Demonstranten gemengt hatten, gestört und von der Polizei zerrieben. Dabei wurden vier Antifaschisten festgenommen. Hanns Marzini, Mitglied der Gruppe Rote Fahne, wird seitdem von der Staatsgewalt festgehalten und sitzt immer noch in Untersuchungshaft. Auf Grund der Festnahme wurde Hanns Marzini von der Firma Agfa gekündigt. Die Staatsanwaltschaft benutzt die Kündigung von Hanns Marzini zur Aufrechterhaltung der Haft. Am 25.1.1975 fand in München eine Demonstration von über hundert Menschen statt, die die sofortige Freilassung von Hanns Marzini forderten.

Bundestagsdebatte zum "Jahr der Frau"

Die Frauen aus der Arbeiterklasse und aus dem Volk müssen selbst für ihre Forderungen eintreten

Die Regierungserklärung zum "Jahr der Frau", die die Familienministerin Katharina Focke im Bundestag abgegeben hat, läßt erkennen, daß die bürgerlichen Politiker mit dem von der UNO beschlossenen "Jahr der Frau" ihre Schwierigkeiten haben.
Zu Zeiten, wo die bürgerlichen Politiker, angesprochen auf dringend notwendige Reformen, einmütig nur noch ein "Nichts geht mehr" von sich geben, wo sie ihre ganze Kunst nur noch darauf verwenden können, den werktätigen Massen möglichst viel Geld aus der Tasche zu ziehen und den Kapitalisten die Staatskasse zur Plünderung freigeben, ist es nicht leicht, ein solches "Jahr der Frau" unter Wahrung des Scheins über die Runden zu bringen.
Es läßt sich nicht verbergen, daß gerade jetzt, wo die kapitalistische Profitwirtschaft von einer heftigen Krise geschüttelt wird, die Lage der Frauen aus der Arbeiterklasse und aus dem Volk sich täglich verschlechtert. Schon jetzt sind sicher über eine halbe Million Frauen wieder ohne Arbeit; die Arbeitslosenquote liegt ungefähr um 1 Prozent höher als die der Männer. Die Metallkapitalisten an Rhein und Ruhr haben gerade eben die von der IG Metall erhobene Forderung nach Aufhebung der untersten Leichtlohngruppe 2 barsch vom Tisch gewischt. Um Lehrstellen laufen sich Zehntausende von Mädchen vergeblich die Füße wund.
Der Lohnabbau, die Mietsteigerung, die ständige Teuerung gerade beim Lebensnotwendigen, der Staatswucher bei den Gebühren und Tarifen, die Verrottung des Volksbildungswesens, die fehlenden oder unterbesetzten Kindergärten, all das sind Angriffe auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und des Volkes, die gerade auch die Frauen unerbittlich zu spüren bekommen und in Tausenden Fällen jedes erträgliche Leben einer Familie zerstören.

Frau Focke hat erklärt, es komme darauf an, die Frauen in diesem Jahr über ihre Rechte aufzuklären. Sie hat an die Männer appelliert, "ihr Verhalten und ihre Einstellung gegenüber Frauen in der Familie, in der Arbeitswelt und in der Politik zu überdenken". "Partnerschaft" ist das Stichwort. Außerdem gehe es darum, "daß die Frauen selbst sich ihrer politischen Macht, ihrer Handlungsmöglichkeiten und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewußt werden ...". Sie könne aber nicht "richtiges Bewußtsein" quasi per Gesetz verordnen.



Bei der Demonstration gegen die Stillegung von Salamander Speyer

Dieses Gerede ist ärgerlich. Dieselben Politiker, die dafür verantwortlich sind, daß den Frauen die Rechte vorenthalten werden, die sie brauchen, um wenigstens unter gleichen Voraussetzungen ihre Arbeitskraft auf den Markt bringen zu können, die dafür verantwortlich sind, daß die materiellen Bedingungen dafür fehlen, die den Frauen die Teilnahme an der produktiven Arbeit und am politischen Leben wenigstens unter erträglichen Bedingungen erlauben, genügend Kinderhorte, Kindergärten, ausreichende Wohnungen usw., schieben den Frauen selbst die Schuld für ihre niedergedrückte Lage zu.
Zu bieten haben sie den Frauen nichts. Das elende Not-Recht, durch eine Abtreibung der Verschlimmerung des Elends einer armen Familie zuvorzukommen, wird mit ausgespreizten Heucheleien vom "Schutz des Lebens" verweigert. Bei der anstehenden Änderung des Ehe- und Scheidungsrechts kann man sich schon ausrechnen, daß Karlsruhe wieder aus Gottes Mund reden wird.
Was die Rechte angeht, die die Frauen haben, ist ein Blick in das Arbeitsrecht nützlich. Die Bestimmungen sind seit dem Faschismus wesentlich unverändert.

Der Staat maßt sich an, darüber zu entscheiden, was für Frauen gesundheitlich erträglich und wo ihre Sittlichkeit gefährdet ist. Wo die Kapitalisten die Frauen unbedingt haben wollen, macht das Gesetz jede Ausnahme möglich.
Jetzt hat die Regierung festgelegt, daß ein Elternteil an höchstens 5 Tagen im Jahr Urlaub zusätzlich nehmen kann, wenn ein krankes Kind betreut werden muß. Den Kindern ist also gesetzlich vorgeschrieben, nicht länger als 5 Tage im Jahr krank zu sein.
Demnächst will die Regierung die gesetzliche Verpflichtung der Frau, die Arbeit im Haushalt zu machen, fallen lassen. Die Eltern sollen selbst entscheiden, wer was macht. In den Arbeiterfamilien, wo nicht der Mann als erster auf die Straße fliegt, wird die Entscheidung schnell gefällt sein; die Frau verdient 30 % weniger im Schnitt.
Die Frauen aus der Arbeiterklasse, die Frauen aus dem Volk kommen auf dem Weg ihrer Emanzipation nur voran, wenn sie trotz aller quälenden Umstände an der gesellschaftlichen Produktion teilnehmen und sich am politischen Kampf für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung beteiligen.
Um von der Last der Ausbeutung und der Hausarbeit nicht zerrieben zu werden, ist gerade für die Frauen der Kampf um die Verkürzung des Arbeitstages, das Verbot von Nachtarbeit und Schicht, Überstunden und Akkord besonders dringlich.
Nötig ist es, die Kapitalisten gesetzlich zu verpflichten, den Belegschaften die Kontrolle über ihre Sicherheit und ihre Gesundheit einzuräumen, ausgeübt durch die Betriebsräte. Nötig sind genügend Krippen und Kindergärten ebenfalls unter Kontrolle der Betriebsräte, damit mit den Kindern kein Schindluder getrieben wird. Nötig ist die Ausdehnung des völlig unzureichenden Schutzes der Mutter und damit des Nachwuchses der arbeitenden Klasse.

Unter diesen Forderungen müssen sich die Frauen in den Gewerkschaften mit ihren männlichen Kollegen zusammenschließen und mit der Macht der gewerkschaftlichen Organisation den Kapitalisten und ihrem Staat diese Rechte abzwingen.
Die Arbeiterinnen, die Frauen aus dem Volk sollten das Jahr der Frau dazu nutzen, dem Weihrauch der bürgerlichen Politiker diese Forderungen entgegenzustellen. Sie sollten ihre Stimme erheben, wie es schon die Frauen bei Pierburg, wie es die badischen Frauen in Wyhl getan haben.

–hv–

Weg mit dem Paragrafen 218

Dadurch, daß das für den 25. Februar angekündigte Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe seinem Inhalt nach schon vorzeitig bekannt geworden ist, sind die Fronten im Kampf gegen den niederträchtigen Paragraphen frühzeitig wieder in Bewegung geraten. Viele Hoffnungen, viele Illusionen sind zerstört. Das in einer Situation, in der die Not, die Familien oder einzelne Frauen dazu zwingt, abzutreiben, noch gewachsen ist. Die Fronten sind klarer geworden, weil die herrschende Klasse die niederträchtige Heuchelei mit dem "Schutz des Lebens" zur Sache der Verfassung erklärt hat, an der auf Ewigkeit nicht mehr zu rütteln sei. Und damit jeden, der die Abschaffung des Paragraphen fordert, oder auch nur seine mildere Form, die Fristenregelung, direkt in Gegensatz zur Verfassung gestellt hat.
Die Familienministerin hat geäußert, die Frauen würden sich an das Urteil nicht halten. Damit hat sie nur ausgeplaudert, daß der Richterspruch klar ein Spruch gegen die Armen ist und die Reichen davon nicht berührt sind.
Mit den Richterpsrüchen wird sich nun schnell herausbilden, wem es ernst ist damit, den Paragraphen, der das Volk niederdrückt, aus dem Weg zu räumen. Die Bewegung kann an Entschiedenheit gewinnen. Vorankommen kann diese Bewegung aber nur, wenn sie der Linie folgt, auf der sich allein die nötigen Kräfte sammeln können und wenn die falsche Führung des Kampfes als einer reinen Angelegenheit der Frauen jetzt von Anfang an vermieden wird. Deshalb drucken wir noch einmal den Beschluß der ersten ordentlichen Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) ab
Dieser Beschluß behält auch in der geänderten taktischen Lage seine Gültigkeit.

–h.v.–

Am Samstag, dem 1. Februar, demonstrierten in Hamburg mehr als 2 000 Menschen gegen das bevorstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichts und für die ersatzlose Streichung des § 218.
Zu der Demonstration hatten aufgerufen der Kommunistische Bund Westdeutschland, der Kommunistische Bund (Nord) und ihre Massenorganisationen sowie die Gruppe Internationaler Marxisten.
Während der Abschlußkundgebung gab es leider unerfreuliche Auseinandersetzungen, als der Kommunistische Bund (Nord) entgegen den Absprachen der Aktionseinheit die Kundgebung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland verhindern wollte.

Beschluß zum Kampf gegen den § 218 und zur Bewegung unter den Frauen

Die 1. ordentliche Delegiertenkonferenz stellt fest, daß das Zentrale Komitee nicht rechtzeitig alles getan hat, um die Organisation auf ein Eingreifen in die Bewegung gegen den § 218 ideologisch, politisch und organisatorisch vorzubereiten. Deshalb blieb die Tätigkeit der Organisation in diesem Kampf zersplittert und erfolgte teilweise auf einer falschen Linie. Die falsche Linie besteht darin, den Kampf gegen den § 218 hauptsächlich als Kampf gegen die Entrechtung der Frau zu führen und die Bewegung gegen den § 218 hauptsächlich als Frauenbewegung zu behandeln. Der § 218 ist ein Instrument des bürgerlichen Staates zur Unterdrückung von Frau **und** Mann. Frau und Mann sind von den bürokratischen Schikanen und strafrechtlichen Verfolgungsmaßnahmen des bürgerlichen Staates betroffen, wie auch von den sozialen Bedingungen und Verhältnissen, die immer wieder zur Abtreibung zwingen.

Der § 218 ist ein Unterdrückungsinstrument des bürgerlichen Staates gegen die breiten Volksmassen und unter der Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat mit Hilfe des § 218 als eine Frage der Gleichberechtigung der Frau, bzw. der besonderen Entrechtung der Frau zu behandeln, auch wenn die Abtreibung, wie auch das Verbot der Abtreibung die Frau in besonderer Weise betrifft. Männer sind genausowenig wie Frauen zur Abtreibung bzw. zur Beihilfe bei der Abtreibung berechtigt. Auch wenn Frauen sich in der Bewegung gegen den § 218 besonders aktiv betätigen, ist es falsch, die Bewegung gegen den § 218 als Frauenbewegung zu behandeln. Eine solche Auffassung spiegelt bloß die Beschränkung der gegenwärtigen Bewegung gegen den § 218 wider, eine Beschränkung, die die Bourgeoisie aufrechtzuerhalten sucht. Eine solche Auffassung führt dazu, daß die Kommunisten nicht in der Lage sind, diese Beschränkung zu überwinden. Aufgabe der Kommunisten ist es aber gerade, den Kampf gegen den § 218 als Teil des demokratischen Kampfes gegen den bürgerlichen Staat zu behandeln, die breiten Volksmassen unabhängig vom Geschlecht in den Kampf gegen den § 218 einzubeziehen und ihn als weiteren Hebel zu benutzen, um den bürgerlichen Staat aus den Fugen zu heben. Nicht um die Gleichberechtigung der Frau geht es im Kampf gegen den § 218, sondern um die Rechte des Volkes, deren Einschränkung im Falle des § 218 die Frauen besonders, aber keineswegs ausschließlich betrifft.

Im Kampf um das **Recht** auf Abtreibung vertreten wir die Forderung der Bezahlung der Abtreibung durch die Sozialversicherung, deren Selbstverwaltung durch die Versicherten wir propagieren. In der Agitation und Propaganda enthüllen wir die gesellschaftlichen Ursachen, die Angehörige der Arbeiterklasse und des Volkes immer wieder zur Abtreibung zwingen. Wir machen klar, daß wir für das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung sind und gegen Abtreibung, daß wir für den Sozialismus kämpfen, in dem das Recht auf Abtreibung existiert, aber die Ursachen beseitigt werden, die zum Gebrauch dieses Rechtes zwingen. Wir machen klar, daß der bürgerliche Staat der Arbeiterklasse auf dem Weg zum Sozialismus im Weg steht, daß der bürgerliche Staat deshalb zerschlagen werden muß und die Arbeiterklasse ihre eigene politische Macht errichten muß, um zum Sozialismus zu gelangen.
Unabhängig davon, daß der Bundestag eventuell eine Neufassung des § 218 beschließen wird, wird der Kampf gegen den § 218 fortgesetzt werden, denn schon heute ist sicher, daß diese eventuelle Neufassung des § 218 für das Volk keine Befreiung von den bürokratischen Schikanen und von der strafrechtlichen Verfolgung bei Abtreibungen durch den bürgerlichen Staat bringen wird. In der Bewegung zur vollständigen Beseitigung des § 218, die wir bedingungslos unterstützen, machen wir klar: Innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft kann nur das Recht auf Abtreibung erkämpft werden, können aber keine Verhältnisse erkämpft werden, in denen der Zwang zur Abtreibung beseitigt ist. Selbst wenn es den Volksmassen gelingt, das Recht auf Abtreibung gegen den bürgerlichen Staat zu erkämpfen, gilt es, den Kampf fortzusetzen für Verhältnisse, in denen dieses Recht seine praktische Bedeutung verliert.

Ein Teilnehmer berichtet:
Das Dorf musste „befreit" werden

In der letzten Kommunistischen Volkszeitung las ich den Bericht über die Gefechtsübung der Bundeswehr in Gilfershausen.
Ich bin selbst Soldat in Rotenburg und habe an der Übung teilgenommen. Der Bericht in der KVZ bestätigt die Eindrücke, die ich und viele meiner Kameraden von der Sache hatten.
Auf der feierlichen Patenschaftsübergabe am Abend vor der Gefechtsübung erklärten die Offiziere, die Patenschaft sei der Ausdruck der engen Verbundenheit von Bürgern in Uniform und Bürgern in "Zivil". Das Gegenteil war der Fall. Der Patenschaftsrummel war Ausdruck der guten Beziehungen der Kompanieführung mit den Stadtvätern. Für die einfachen Soldaten war die Teilnahme an der Patenschaftsfeier lediglich ein Befehl der Offiziere, der für uns zusätzlichen Dienst am Wochenende bedeutete, der noch nicht einmal mit einem Dienstausgleich beglichen wurde.

Im Mittelpunkt der Patenschaft stand die Gefechtsübung, bei der der Angriff auf ein besetztes Dorf (Gilfershausen) geübt wurde. Über die eigentliche Bedeutung der Übung wurden sowohl wir als auch die Bevölkerung im unklaren gelassen. Uns wurde nur die Ausgangslage angegeben:
Der erste Zug (bezeichnenderweise die Roten) verteidigt das Dorf und zwei Züge greifen die Ortschaft an. Selbstverständlich wurden die Roten bei der Übung sofort überrannt und das Dorf wurde "befreit".
Wir Soldaten haben bei der Übung und in Diskussionen danach Klarheit darüber gewonnen, worauf wir vorbereitet werden sollen: auf den bewaffneten Einsatz gegen die Zivilbevölkerung. Das war der Zweck der Gefechtsübung in Gilfershausen.

Weil man zu diesem Zweck natürlich kein positives Echo bei der Bevölkerung von Gilfershausen erwarten konnte, mußte der ganze Patenschaftsrummel dazu herhalten, den Zweck zu verdecken und den Blick der Bevölkerung davon abzuwenden. So war es auch kein Wunder, daß die Herren Offiziere sich während der Gefechtsübung ganz anders gegenüber den Mannschaften verhielten als das sonst in der Bundeswehr üblich ist. Man hörte keine lauten Befehle. Es wurde auch keiner angeschissen oder fertig gemacht. Man gab sich kumpelhaft und trank auch mal ein Bier mit einem einfachen Soldaten bei der Patenschaftsfeier.

Diese Schau mußte die Kompanieführung abziehen, weil es die in den Reden der Offiziere gepriesene Verbundenheit mit der Bevölkerung nicht gibt. Das wurde auch bei den Gesprächen, die wir am Abend mit der Bevölkerung führten, deutlich. Wir waren bei Gilfershäuser Familien untergebracht und nutzten die Gelegenheit, die "Verbundenheit zwischen Bürgern in Uniform und Bürgern in Zivil" wirklich herzustellen, allerdings auf eine andere Weise als die Kompanieführung das geplant hatte. Wir berichteten über die entrechtete Lage der Soldaten in der Kaserne, über den Drill und die Schikanen, denen wir tagtäglich ausgesetzt sind. Die Bevölkerung zeigte für die Wirklichkeit hinter den Kasernentoren großes Interesse und stellte fest, daß sie im Widerspruch steht zu den Reden der Offiziere über die "Bürger in Uniform".
Die Kompanieführung, die von diesen Gesprächen Wind bekam, zeigte sofort, daß sie mit dieser Art "Patenschaft" nicht einverstanden ist. Zurück in der Kaserne, außerhalb des Blickfeldes der Öffentlichkeit, gab es Druck.
Soldaten wurden zum Chef zitiert und wegen ihrer Äußerungen über den Charakter der Bundeswehr gegenüber der Bevölkerung von Gilfershausen beschimpft und eingeschüchtert. Man kann daran gut sehen, daß die Bundeswehrführung kein Interesse an einer wirklichen Patenschaft zwischen Bevölkerung und Soldaten hat, weil dabei klar werden kann, daß weder die Bevölkerung noch die Soldaten ein Interesse an einer vom Volk getrennten Armee haben.

–pe–



BGS - Straßensperrung mit dem neuen Funk - Wasser – Werfer (Wa We Fu)

BGS - für "Notlagen"

Der Bundesgrenzschutz ist eine Armee gegen das Volk

Das Bild zeigt den neuen Wasserwerfer, mit dem der Bundesgrenzschutz (BGS) jetzt ausgerüstet worden ist. Das Besondere ist, daß dieses Fahrzeug über Funk eingesetzt werden kann. Das Bundesgrenzschutzgesetz von 1972 ist die Grundlage dafür. In dem Gesetz heißt es: Der BGS soll zu einer "mit besonderen Verwaltungsbefugnissen ausgestatteten Polizei des Bundes" werden, die zugleich "als Reserve für polizeiliche Notlagen zur Verfügung" steht.
Dieser Funktion der Grenzschutztruppe dient die Um- und Aufrüstung, dieser Funktion dient die "Grenzschutztruppe S", die in Hangelar bei Bonn stationiert ist und wie die Mobilen Einsatzkommandos (MEK) der einzelnen Bundesländer ausgerüstet ist und eingesetzt wird. Die 22000 Bundesgrenzschutzsoldaten unterscheiden sich nach wie vor von der Polizei dadurch, daß sie im Kriegsfall als reguläre Armee gelten und den sogenannten Kombattantenstatus haben. An diesem grundsätzlichen Unterschied zur Polizei hält auch ein Gesetzesentwurf des Innenministeriums fest, in dem die Ausbildung des BGS der Ausbildung der Polizei angeglichen werden soll. Somit könnte, selbst wenn das Gesetz verabschiedet ist, der BGS nicht als Polizei eingesetzt werden, denn der Einsatz von bewaffneten Einheiten mit Kombattantenstatus ist erst möglich, wenn der "Verteidigungsfall" erklärt ist.
Allerdings verfolgt die Bundesregierung andere Ziele: Für sie ist immer "Verteidigungsfall". So heißt es in einem Bericht der 'Passauer Neuen Presse' vom 31.12.74 zur Einführung des neuen Wasserwerfers: "Ist der WaWeFu auch vorwiegend zur Auflösung von Demonstrationen gedacht, so ist er doch auch bei Katastrophen sehr nützlich."

Bundesgrenzschutz übt Einsatz bei Demonstrationen

Wie der Bundesgrenzschutz gegen Demonstrationen vorgeht, erzählte mir kürzlich ein KVZ-Käufer, der sich, da er keine Arbeit fand, vier Jahre beim Bundesgrenzschutz ver-
Jahre beim Bundesgrenzschutz ver-
pflichtet hatte.
Fast jede Woche übt der Bundesgrenzschutz die Hetzjagd auf Demonstranten. Die eine Hälfte demonstriert, die andere muß sie auseinandertreiben. Bestimmte Techniken werden bis ins kleinste Detail eingeübt: Stoßtrupps holen Einzelne in Sekundenschnelle aus der Menge. Geübt wird Schläge auszuteilen, die möglichst für Filmkameras unsichtbar bleiben. Die Soldaten bekommen zwar den Befehl, auf Arme und Beine zu hauen, aber wenn sie daneben hauen, so heißt es inoffiziell, dann "können sie auch nichts dafür". Lieber gezielte Schläge, die den anderen schnell außer Gefecht setzen.

–ch–

Bundesgrenzschutz schickt Ausbilder nach Brasilien

Von Angehörigen eines Bundesgrenzschutzausbilders im Unteroffiziersrang habe ich erfahren, daß der Bundesgrenzschutz Ausbilder nach Brasilien schicke, um dort Truppen des faschistischen Regimes auszubilden. Den Bundesgrenzschutzausbildern soll diese Unterstützung des brasilianischen Faschismus unter dem Motto 'ein Jahr Aufenthalt im sonnigen Rio de Janeiro' schmackhaft gemacht werden.
Hieran wird erneut deutlich, wie sich die Bundesregierung direkt an der Unterdrückung der Völker der Dritten Welt beteiligt.

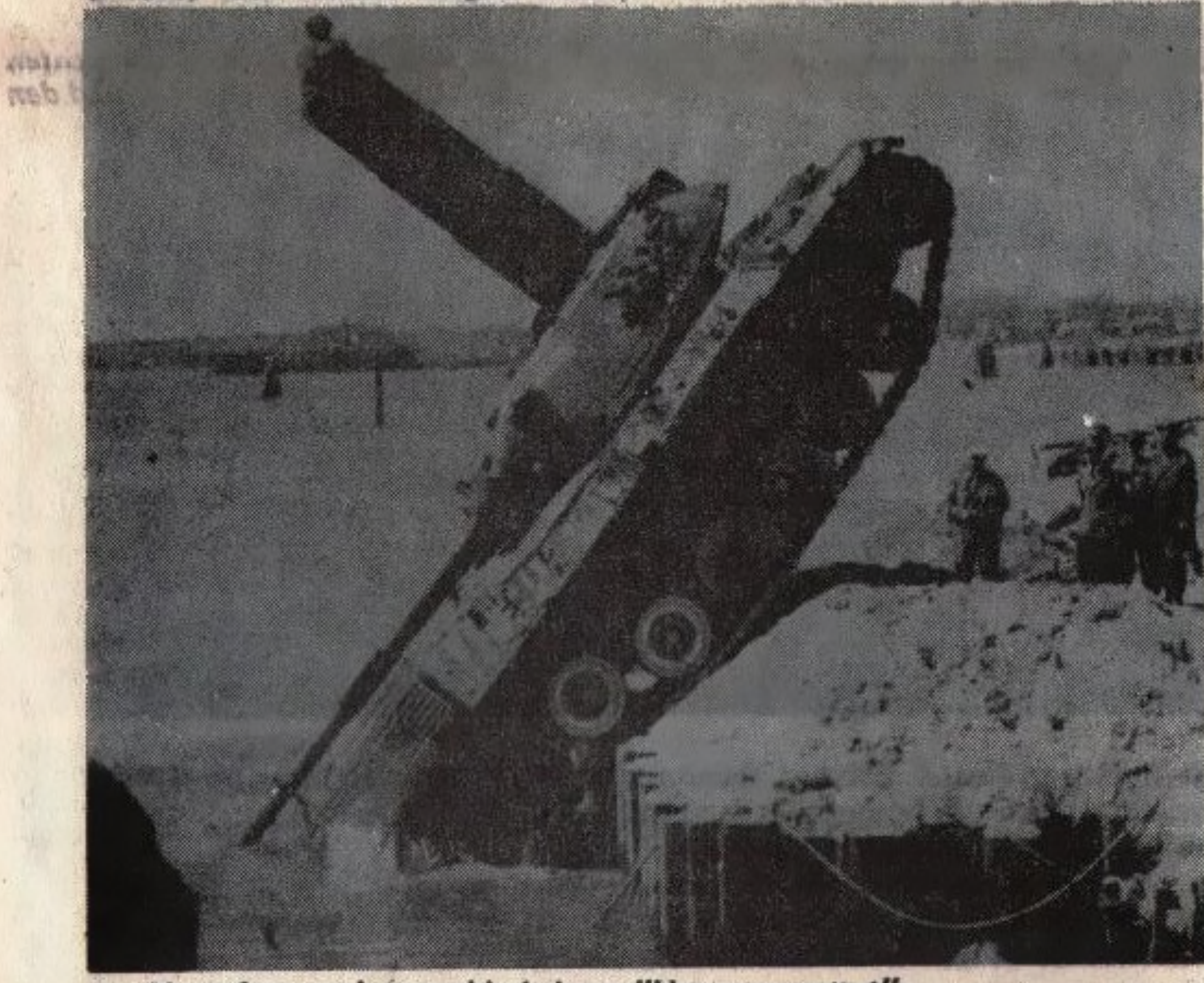
–H.H., Göttingen–

Warum der „Leo" klimatisch getestet wird

Vor einiger Zeit habe ich einen Soldaten im Auto mitgenommen, der an der Straße stand und trampte. Da ich selbst Soldat bin, kamen wir schnell über die Bundeswehr ins Gespräch. Er kam aus Munster, einer großen Panzer- und Panzergrenadier-Kaserne, war auch Wehrdienstleistender auf 15 Monate. Er erzählte mir, daß er demnächst mit anderen Soldaten zusammen für drei Monate nach Kanada (Shiloh) und Florida fliegen würde, und zwar, um dort den Leopard-Panzer unter extremen klimatischen Bedingungen zu testen. Er war selbstverständlich über diese Abwechslung im oft eintönigen Bundeswehr-Alltag froh, hatte sich aber noch nicht viel Gedanken gemacht, wozu diese Tests eigentlich gut sind. Denn der "Leo" wird immer als der "schnellste Verteidigungspanzer" dargestellt, aber da wir hier in der BRD niemals Temperaturen wie in Kanada oder Florida haben, sind diese Tests ganz klar dazu da, den "Leo" und die Besatzung für Einsätze in fremdem Territorium zu prüfen.

Als ich ihn darauf ansprach, meinte er, daß die Russen ja schließlich eine Bedrohung für uns darstellen, nämlich wenn sie einmal angreifen und wir nicht mehr in der Lage sind, unsere Grenzen zu halten, müssen wir eben angreifen, bis tief nach Rußland hinein und da wäre es eben saukalt. Dieses Motto: "Angriff ist die beste Verteidigung" geben die Offiziere in der Bundeswehr bei allem Gefasele von "Entspannung" ziemlich offen zu und dieser Soldat hatte es auch ziemlich kritiklos gefressen. Weshalb der "Leo" in Florida getestet wird, ist auch nicht schwer zu erraten. Die allgemeine Hetze, die gegen die arabischen Länder derzeit stattfindet (Bild-Zeitung, Bunte-Roman) und unverblümte Aussagen einiger Politiker zur Zeit der "Ölkrise" sind Teil der Kriegsvorbereitungen, die gegen diese Länder im Gang sind. Und zu diesen Kriegsvorbereitungen gehört eben auch, daß man den "Leo" auf Einsätze in solchen Ländern vorbereitet, wie es in Florida geschieht.
Wichtig dabei ist noch, daß ein Bericht über "Shiloh" derzeit in der "Wochenschau der Bundeswehr" in der "Aktuellen Information" gezeigt wird. Diese Gelegenheit sollten alle fortschrittlichen Kollegen und Genossen beim Bund benutzen, um die Kollegen darüber aufzuklären, daß "Shiloh" nicht nur "Abenteuer" bedeutet, sondern Kriegsvorbereitung der Imperialisten.

–J.U.–



Der Kampfpanzer Leopard bei einem "Unterwassertest"

Vorbereitung auf „Spiegel"-Interview

Der Kommandeur der Panzerbrigade 19 legt fest, was die Soldaten sagen dürfen

Ahlen/Westfalen. Am 5.Februar plant der "Spiegel" Interviews mit Soldaten der Panzergrenadier-Brigade 19 in Ahlen durchzuführen, um sich ein Bild über den Zustand der Bundeswehr zu verschaffen. Dazu sollen Soldaten von der Brigade ausgesucht werden.
Zufällig gelang es uns, folgendes Fernschreiben in die Hände zu bekommen, das an alle Kompanien geschickt wurde.

Fernschreiben vom 31.01.75, 11-00

...
Alle Soldaten werden über ihren beruflichen und militärischen Weg befragt; sie sollen sich über ihre Motivation, Erfahrung, aber auch Schwierigkeiten äußern.
Daher sind dem Brigadekommandeur nur solche Soldaten namhaft zu machen, die eine positive Einstellung zur Bundeswehr haben. . . .

Herrmann, Oberleutnant

(Leider war es nicht möglich, eine Fotokopie herzustellen.) Weiter unten heißt es in dem Fernschreiben, daß sich alle benannten Soldaten am 4.2. beim Kommandanten zwecks "Einweisung" einzufinden haben.

So soll der Öffentlichkeit erzählt werden, daß es zwar auch Schwierigkeiten beim Bund gibt, alles in allem die Soldaten aber zufrieden sind. Kein Wort soll fallen über die alltägliche Schikane und die Unterdrückung, der die Soldaten ausgesetzt sind. Gerade Ahlen ist bekannt für eine harte Ausbildung und grobe Schleiferei. Deshalb ist die Brigade-Führung darauf angewiesen, die Dinge zu verdrehen, die Wirklichkeit zu entstellen.
Wie es den Soldaten ergeht, die sich mit den wirklichen Verhältnissen auseinandersetzen, zeigt folgendes:

Als sich vor kurzem Soldaten außerhalb der Kaserne über ihre Situation unterhielten, wurden vier dieser Soldaten beim Betreten der Kaserne vorläufig festgenommen. Bei zwei Soldaten, die je eine Nummer der KVZ bei sich hatten, wurde die KVZ beschlagnahmt. Es folgten ausgiebige Verhöre beim Militärischen Abschirmdienst. Man sieht, die Bundeswehr hat Angst, Angst davor, daß sich Soldaten über die Aufgaben der Bundeswehr und ihre Interessen als Soldaten Gedanken machen und sich in demokratischen Gruppen organisieren.

Schütze der Nachschubkompanie 190

Putlos: „Lied aus!"

"Hätt' ich nur eine Krone, wohlan ich schenke sie, der Tapferkeit zum Lohne, der Deutschen Infanterie. Sie hat den Ruf, der nie vergeht, der ewig in den Sternen steht, sie hat ihn vor der Welt erworben. Mit Waffen leicht, mit Waffen schwer, Kompanie um Kompanie ist sie die Königin im Heer, die Deutsche Infanterie."
Dieses Lied sollte in der 4.Ausbildungskompanie in Putlos auf Befehl des Kompaniechefs, Hauptmann Sager, eingeübt werden.
Doch dazu kam es nicht.
Als ein Feldwebel mit dem Üben beginnen wollte, meldeten sich einige Kollegen zu Wort. Sie zeigten auf, daß dieses Lied unter anderem den Überfall Hitlers auf Polen und die Sowjetunion sowie den deutschen Militarismus überhaupt rechtfertigt und verherrlicht und erklärten, daß sie sich weigerten, jemals für solche Zwecke die Waffe in die Hand zu nehmen oder auch nur so ein Lied zu singen.

Als der Feldwebel merkte, daß dieser Protest Anklang fand, zog er das Lied zurück. Zwar gelang es ihm anschließend, den Kollegen das "Heia-Safari-Lied" aufzuschwatzen, in dem den afrikanischen Kolonien des Deutschen Imperialismus vor dem ersten Weltkrieg nachgetrauert wird, aber wir haben daraus gelernt, daß Erfolge im Kampf gegen die Unterdrückung in der Kaserne möglich sind, wenn alle zusammenstehen.

–H., 4./391, Oldenburg/Holstein–

Vertrauensmannwahl:
Der Kandidat wurde versetzt

Holzminden. Zum 27.Januar wurde der Pionier Schuleit von Holzminden nach Stade versetzt. Die Versetzung zu diesem Zeitpunkt ist ein massiver Eingriff der Bundeswehrführung in die zur Zeit laufenden Wahlen zum Vertrauensmann in der 3.Kompanie.

Schuleit war neben zwei weiteren Soldaten Kandidat für dieses Amt. Die Versetzung bedeutet also, daß ihm die Ausübung des passiven Wahlrechts unmöglich gemacht wird. Sie bedeutet für die übrigen Soldaten der 3.Kompanie, daß sie in ihrem aktiven Wahlrecht eingeschränkt werden.
Die Maßnahmen der Bundeswehrführung sind ein Verstoß gegen das Vertrauensmänner-Wahlgesetz. Der § 15 lautet: "Verbot der Wahlbehinderung. (1) Niemand darf die Wahl behindern, insbesondere darf kein Wahlberechtigter in der Ausübung des aktiven oder passiven Wahlrechts beschränkt werden." Der Vertrauensmann-Kandidat Schuleit hat aus diesem Grund Einspruch gegen die Versetzung beim Truppendienstgericht und beim Wehrbeauftragten erhoben.
Übrigens ist es nicht das erste Mal, daß Schuleit in seinem passiven Wahlrecht zum Vertrauensmann eingeschränkt wird: Vor einem halben Jahr wurde er von der 2.Kompanie zur 3.Kompanie versetzt, gerade zu dem Zeitpunkt, als er als Kandidat für den Vertrauensmann-Posten in der 2.Kompanie aufgestellt war. Seine Wahl wurde so verhindert.

(nach: "Militärzeitung", Zeitung der Aufbaugruppe eines Soldaten- und Reservistenkomitees Hildesheim)

Arbeiter produzieren auf eigene Rechnung

Die etwa 100 Arbeiter der Autozulieferfirma Piron in Bretoncelle, einem kleinen Ort in Frankreich, halten seit November das Werk besetzt und führen die Produktion auf eigene Rechnung fort, ähnlich wie 1973 die Lip-Arbeiter in Besancon über 9 Monate lang. Die Arbeiter protestieren damit gegen die Entlassung von 26 Kollegen. Piron hatte diese Kollegen entlassen und zugleich für die zurückbleibenden Kollegen das Arbeitstempo enorm verschärft. Über die Organisierung der Produktion heißt es in einer Korrespondenz von C.M. aus Paris:

Sie haben ein Aktionskomitee gewählt, das ihr Exekutivorgan ist, ebenso mehrere Kommissionen, in denen alle Arbeiter organisiert sind. Alle Mitglieder sind rechenschaftspflichtig und jederzeit abwählbar. Beschlüsse werden kollektiv gefaßt.
Nachtarbeit und Akkordarbeit wurden verboten.
Nach einer langen Diskussion über den Lohn sind sie zu dem Ergebnis gekommen, daß die Hierarchie abgebaut werden müßte, und sie verteilten das ihnen zur Verfügung stehende Geld nach den finanziellen Bedürfnissen der einzelnen Arbeiter.
Die Bevölkerung der Umgebung unterstützt den Kampf der Piron-Arbeiter. Die Bauern zum Beispiel durch direkten billigen Verkauf von Lebensmitteln. Außerdem sind inzwischen mehr als 15 Unterstützungskomitees aktiv.



Das Bild zeigt eine Demonstration in Istanbul, an der sich 15 000 Studenten der Architektur- und Ingenieur-Hochschule sowie Arbeiter und Angestellte beteiligten. Mit der Demonstration protestierten die Studenten und Arbeiter gegen die Ermordung des Studenten Kerim Yaman durch ein Kommando der türkischen Faschisten. Yaman ist die dritte Person seit November, deren Mitgliedschaft in einer linksgerichteten Organisation bekannt war und die deshalb von den Faschisten ermordet wurde. Die Studenten halten die Universitäten in mehreren türkischen Städten besetzt. Am 25. Januar haben an der Beerdigung von Kerim Yaman 40 000 Menschen teilgenommen und diese Beerdigung zur machtvollen Kundgebung gegen den Faschismus in der Türkei gemacht. Die Faschisten können gegen die Linke mit ihren Terroranschlägen im Schutz der staatlichen Organe vorgehen. Vor Nachforschungen sind sie sicher, obwohl die Urheber der Terroranschläge bekannt sind. Die staatlichen Organe vielmehr haben selber die Repression gegen die Linke in der Türkei verstärkt. Zahlreiche politisch linksstehende Personen wurden verhaftet, die Zeitschrift Aydinlik (Klarheit) wurde verboten und die Büros der "Sozialistischen Arbeiterpartei" wurden durchsucht. Der Korrespondent der französischen Tageszeitung "Le Monde" schreibt am 30. Januar: "Jede Arbeiterdemonstration für Lohnforderungen, mag sie auch noch so klein sein, wird sofort von Spezialeinheiten der Polizei, verstärkt durch kürzlich importierte gepanzerte Fahrzeuge, zerschlagen."

Zimbabwe

Hoffnungen der Imperialisten

"*. . . es gibt eine Chance, daß gemäßigte Männer wie z. B. Nkomo* (Präsident der ZAPU, d.Red.) *und Muzorewa* (Präsident des ANC, d.Red.) *bei den kommenden Gesprächen den Ton angeben werden und Männer wie Sithole* (Präsident der ZANU, d.Red.) *disziplinieren können, der einen Übergang der Regierungsgewalt auf die schwarze Mehrheit im Lande ohne Aufschub fordert.*"
(aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.2.1975, Seite 8)

Oman

Kriegsbericht der Volksfront zur Befreiung Omans (PFLO)

Die Volksfront zur Befreiung Omans (PFLO) gibt über ihr Büro in Algier den folgenden Bericht bekannt. Der Bericht zeigt, daß erstens die iranischen Truppen trotz gegenteiliger Behauptungen des Sultans von Oman immer noch dort stationiert sind und daß zweitens britische Truppen gegen die PFLO eingesetzt werden.

"Die iranischen Truppen haben zu Beginn ihrer Offensive gegen die Revolution ihre Kräfte auf die Wiedergewinnung und Wiedereröffnung der sogenannten Roten Linie im Zentrum der befreiten Gebiete konzentriert. Diese Straße hat strategische Bedeutung für die Feinde . . . aber ihr Bemühen war vergeblich.
Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wo der Schah gerade verschiedene europäische Staaten besucht, haben seine Truppen die härteste und be-
seine Truppen die härteste und be-
deutendste militärische Operation gegen die westlichen Teile der befreiten Gebiete eingeleitet. (Es handelt sich dabei um das Gebiet, das an der Grenze zur Demokratischen Volksrepublik Jemen liegt, die Red.) Harte Kämpfe finden dort seit Dezember statt zwischen den iranischen und britischen Truppen und den Söldnern des verruchten Sultans auf der einen Seite und den revolutionären Kräften auf der anderen Seite. Verschiedentlich ist es zum Nahkampf gekommen. In dem Gefecht am 11. Januar 1975 hat der Feind schwere Verluste hinnehmen müssen: 150 Tote oder Verwundete. Die Streitkräfte der Befreiungsfront haben 8 Leichen mitgenommen. Die Bilanz der Kämpfe von einem Monat zeigt, daß die Aggressionstruppen täglich große Verluste hinnehmen müssen.
Die Streitkräfte der Volksfront zur Befreiung Omans haben 41 Leichen aufgesammelt, die vom Feind auf dem Kampffeld zurückgelassen worden sind. Unter den Toten befanden sich zwei englische Offiziere, ein Major und ein Leutnant. Außerdem wurde eine Anzahl von mittleren und leichten Waffen erbeutet, Munition, wicntige militärische Dokumente und große Mengen Nahrungsmittel."

Das Franco-Regime kann der Streikbewegung nicht Herr werden

Trotz der ungeheuren Konzentration von politischer, bewaffneter und berittener Polizei, von Landpolizei (Guardia Civil) und Militär in den Streikzentren, trotz des rücksichtslosen Gebrauchs der Schußwaffe, trotz Verhaftung und Folterung von Hunderten von Streikenden und Demonstranten, gelingt es dem Regime nicht, die Streikkämpfe zu zerschlagen, neue Kämpfe zu verhindern.

Bei Hispano Olivetti in Barcelona kämpfen die 6 000 Arbeiter seit Wochen für ihre Forderungen, Wiedereinstellung ihrer Kollegen, höherer Lohn und Anerkennung ihrer Gewerkschaftsvertreter. In Bilbao streiken mehr als 10 000 Arbeiter. In Sabadell (Katalonien) ist das gesamte Transportwesen lahmgelegt. Die Universitäten des Landes werden bestreikt aus Protest gegen die zunehmende Ausbildungsbeschränkung und politische Verfolgung und aus Solidarität mit den streikenden Arbeitern. Mehrere Fakultäten und Universitäten wurden geschlossen. Allein in Valladolid wurden in wenigen Tagen 250 Studenten relegiert. Die Polizei hält sämtliche Universitäten besetzt. Wohl konnten die SEAT-Arbeiter mit dem Polizeiknüppel zur Arbeit gezwungen werden, wohl mußten die Bergleute in Pamplona die Grubenbesetzung aufgeben, ohne daß ihre Forderungen erfüllt worden wären. Nicht jedoch verhindern können wird das Regime mit seiner blutigen Repression, daß sich gerade hier die Kräfte der Arbeiterklasse neu formieren werden, um erst recht den Kampf verstärkt wieder aufzunehmen gegen das Regime und seine blindwütigen Schergen.

Am 11. Februar tritt der Oberste Gerichtshof in Spanien zusammen, um das Urteil zu bestätigen, das im Dezember 1973 unter Ausschluß der Verteidigung gegen 10 Arbeiterführer der Arbeiterkommissionen verhängt wurde. Zu insgesamt 120 Jahren Gefängnis wurden die Arbeiterführer wegen "illegalen Zusammenschlusses" verurteilt. Auch nicht den Schimmer eines Beweises für die Anklage konnte der Ankläger beibringen.

Die Gewalttätigkeiten der Polizei gegen Streikende und Verhaftete sind ungeheuerlich. Nur wenige Beispiele sind bekanntgeworden, aber sie lassen das Ausmaß der Brutalität erkennen. In Valladolid hat sich ein verhafteter Student bei einem sogenannten "Sturz" aus dem Fenster des Polizeibüros schwer verletzt. In Pamplona wurden zwei Arbeiter bei den Vernehmungen kastriert. Brandverletzungen, Aufhängen an den Füßen sind bei den Vernehmungen an der Tagesordnung. In einem Bericht der spanischen Organisation MCE (Kommunistische Bewegung Spaniens) zum erfolgreichen Generalstreik in Navarra und im Baskenland am 11.12.1974 heißt es:

"Ihr müßtet sehen, wie Jaime Azcona, zugerichtet worden ist, ein Arbeiter der 'Super-Star', verheiratet. Er wurde von der Guardia Civil von Burlada festgenommen, und da dies ohne jegliche Erklärung geschehen war, befürchtete man das Schlimmste. Am 9.12. beauftragten sie einen Militärarzt damit, ihn nach Hause zu schaffen; sie sagten, er sei über ein Heizöfchen gestolpert. Diese Verbrecher! Der Militärarzt und der Junge vom Roten Kreuz, die ihn abholten, waren entsetzt, als sie sahen, in welchem Zustand der Mann war. Sie glaubten sofort, er sei für immer erledigt: Er kann nicht laufen (man weiß nicht, ob seine Beine gelähmt bleiben), hat am Hals überall Verbrennungen, seine Augen sind verquollen, er hört nichts . . . Man muß diese Ungeheuerlichkeiten bekannt machen, muß fordern, daß die Folterer vor dem Volk verurteilt werden."
Und die Arbeiterklasse und das Volk Spaniens erheben diese Forderung in ihren täglichen **Kämpfen.**

Die Reaktion will eine Zentrumsunion gründen

Aufgeschreckt durch die Breite und Entschlossenheit der Streikkämpfe der Arbeiterklasse und breiter Teile des Volkes und kaum mehr sicher, wie lange ihre Gewaltorgane die Macht der Kämpfe werden zurückdämmen können, entfalten Funktionsträger des Regimes fieberhafte Aktivitäten, um für sich innerhalb des franquistischen Lagers gute Startpositionen zu sichern. Da sind der ehemalige Informationsminister und jetzige Botschafter in London, Fraga Iribarne, der ehemalige Arbeitsminister Silva Munoz und der Botschafter Graf Motrico, die seit Tagen sich abrackern, eine Zentrumspartei zu gründen. Im Auge haben die Herren eine Nachfolge a la Karamanlis in Griechenland und sie können dabei der Unterstützung der kirchlichen Hierarchie in Spanien – der Kardinalerzbischof von Madrid, Tarancon, führte bereits ein langes Gespräch mit Fraga – und der reaktionären Kräfte in Europa sicher sein. Fieberhaft und hektisch handeln diese Herren deshalb, weil sie fürchten, daß für sie der Zug schon abgefahren sein könnte, wie er für ihre Gesinnungsgenossen in Portugal ja abgefahren war, und dann für sie alles viel schwieriger würde.
Doch mögen diese Herren sich noch so anstrengen, das letzte Wort werden nicht sie haben, sondern das werden sich die spanische Arbeiterklasse und das Volk erkämpfen.

–K.S.–

Portugal

Einmischung in die inneren Verhältnisse

Kai Uwe von Hassel, CDU-Mitglied und Bundestagsvizepräsident, brüstet sich in einem Interview, das er der "Deutschen Zeitung" (vom 31.1., Seite 3) gab, den Einsatz des portugiesischen Militärs gegen die Demonstranten am Samstag, den 25. Januar, eingeleitet zu haben. Von Hassel leitete die CDU-Delegation auf dem Gründungskongreß in Porto des "Demokratisch-Sozialen Zentrums", einer neuen konservativen Partei in Portugal, in der sich viele Mitarbeiter des faschistischen Salazar- und Caetano-Regimes zusammengefunden haben und weiter sammeln. Aus diesem Grund haben über 5 000 Menschen den Abbruch des Kongresses erzwungen. Von Hassel sagt über seine Einmischung in die inneren Verhältnisse in Portugal:
"*. . . Schließlich wurde auf unsere Intervention hin Militär eingesetzt.*
DZ: Was heißt auf unsere Intervention hin?
Von Hassel: Auf Intervention der ***Deutschen Delegation,*** *zu der auch der ehemalige Vorsitzende des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten, Langguth, gehörte. Wir hatten eine andere Verabredung in Porto. Um 18.00 Uhr wurden wir von unseren Freunden vom CSD unterrichtet, daß der Parteitag eingeschlossen sei. Daraufhin haben wir, aber auch unsere anderen ausländischen Kollegen mit den Botschaften in Lissabon, mit dem Polizeipräsidenten von Porto und dem Befehlshaber der dortigen Militärregion Kontakt aufgenommen.*"

Einmischung in die inneren Verhältnisse in Portugal versuchen vor allem die beiden Supermächte USA und UdSSR. Die UdSSR ist in Verhandlungen mit der portugiesischen Regierung eingetreten über die Überlassung von Landerechten in den portugiesischen Häfen an der Atlantikküste für ihre im Atlantik operierende Fischereiflotte. Hauptsächlich haben die sowjetischen Sozialimperialisten dabei den Hafen Figueira da Foz im Auge, 240 Kilometer nördlich von Lissabon, den sie zu einem regelrechten Stützpunkt ausbauen wollen. Die portugiesische Regierung hat inzwischen die Meldungen über solche Verhandlungen dementiert.
Die US-Imperialisten versuchen in ihrer Rivalität mit den Sozialimperialisten die NATO-Mitgliedschaft Portugals zu nutzen. Kissinger ließ erklären, eine Intervention der US-Armee in Portugal sei "in einer außergewöhnlichen Situation" möglich. Unter dem Deckmantel eines großen NATO-See- und Luftlandemanövers, an dem selbst französische Truppen teilnehmen, haben die US-Imperialisten sich die Möglichkeit verschafft, die örtlichen Gegebenheiten im großen Maßstab zu studieren. An dem Manöver, an dem insgesamt 11 000 Soldaten, 35 Kriegsschiffe, 7 U-Boote beteiligt sind, nimmt auch der US-Flugzeugträger Saratoga mit 5 000 Marinesoldaten an Bord teil. Das gibt eine starke Interventionsarmee ab.

In Portugal selber wird dieses Manöver und die starke Beteiligung der US-Armee als Einmischung in die inneren Verhältnisse verstanden. Am 31. Januar fand dagegen eine Demonstration statt.

Demonstrationsverbote

Lissabon/Portugal. Zwei weitere Demonstrationen, zu denen getrennt von der Kommunistischen Partei Portugals und der Sozialistischen Partei des Außenministers Soares aufgerufen worden war, sind von der "Bewegung der Streitkräfte", die die oberste Macht in Portugal ausübt, verboten worden. Diese beiden Demonstrationen, die aus Anlaß der Auseinandersetzung um die Einheitsgewerkschaft stattfinden sollten (siehe KVZ 4/75), seien "dem demokratischen Prozeß" abträglich, argumentierten die Militärs.

Eritrea

Das äthiopische Militärregime lehnt die Unabhängigkeit ab

In Asmara, der Hauptstadt von Eritrea, ist es zu schweren Kämpfen zwischen der äthiopischen Armee und der "Eritreischen Befreiungsfront" (ELF) und der "Volksfront zur Befreiung Eritreas" (PLF) am letzten Wochenende gekommen. Es soll über 100 Tote gegeben haben und die Krankenhäuser und Krankenstationen sind mit Verwundeten überfüllt.
Haile Selassie, der entmachtete Kaiser von Äthiopien, hatte Eritrea, das im Norden am Roten Meer liegt, widerrechtlich zu einer äthiopischen Provinz gemacht. Die Militärs, die seit nunmehr fast einem Jahr die Herrschaft in Äthiopien ausüben und dies tun mit dem Anspruch des Sozialismus und der Befreiung Äthiopiens aus der feudalen Sklaverei, zeigten sich zunächst bereit, unverzüglich über die Selbständigkeit von Eritrea zu verhandeln. Tatsächlich haben sie jedoch nur Kontakt aufgenommen zu den eritreischen Großgrundbesitzern, mit denen sie sich zu einigen hofften in ihrem Sinn. Mit einer verstärkten Weiterführung des Kampfes für die Unabhängigkeit und Selbständigkeit haben die äthiopischen Militärs jetzt die Rechnung präsentiert bekommen. Die Befreiungsorganisationen kündigten an, daß sie jederzeit den Kampf auf ganz Äthiopien ausdehnen könnten.

Südafrika: Ein Paradies für das BRD-Kapital

"Die Bundesregierung bleibt in ihrer Politik gegenüber der südafrikanischen Republik bei dem Grundsatz, wirtschaftliche Interessen und politische Sympathien voneinander zu trennen."

Während man die Politik der Rassentrennung und -diskriminierung verurteile, werde man in den freien Handel mit Südafrika nicht eingreifen. Das kam u. a. bei einem Treffen der Afrika-Botschafter in Nairobi unter Vorsitz von Staatssekretär Walter Gehlhoff heraus (nach Süddeutsche Zeitung vom 31.1.75).



Die streikenden Minenarbeiter von Vaal Reef (Vgl. KVZ 3/75)

Diesen 'Grundsatz' hat 1968 Brandt als Außenminister für die SPD formuliert. Er soll die Fortsetzung der reaktionären CDU/CSU-Politik, des engen politischen Bündnisses zwischen dem BRD-Imperialismus und dem südafrikanischen Rassistenregime verschleiern. Die südafrikanischen Kolonialisten wissen das zu schätzen:

"Die politischen Beziehungen zwischen der BRD und Südafrika liegen ebenfalls recht günstig. Obwohl die Bundesrepublik von einer sozialliberalen Koalition regiert wird, bestehen von seiten des Kabinetts keine großen Hindernisse und Schwierigkeiten. Diese unter den sozialliberalen Parteien Europas einmalige Einstellung ist sogar freimütiger und konstruktiver in ihrem Ausdruck als man es bei einigen konservativen Parteien und Regierungen findet." (Südafrika-Post, Johannesburg, Nr. 6/1973, S. 321)

Vor dem Exportclub in München erklärte der südafrikanische Finanzminister 1972 die Bedeutung Südafrikas für den BRD-Imperialismus:

"Was unsere Bodenschätze anbetrifft, so wird die Bedeutung Südafrikas als Quelle strategischer Rohstoffe manchmal ungenügend beachtet. Auf dem Weltmarkt ist Südafrika der größte Erzeuger von Platin, der zweitgrößte Erzeuger von Chrom, Mangan, Antimon und Lithium und einer der wesentlichsten Erzeuger von Uran, Vadium, Asbest, Kohle, Kupfer, Nickel, Eisen, Glimmer, Sillimanit . . ." (Südafrika-Post Nr.10/1972)

Die BRD-Monopole haben das nicht unterschätzt, sie sind nach Großbritannien die wichtigste Stütze des südafrikanischen Kolonialistenregimes. Über 400 westdeutsche Firmen hatten Anfang 1973 in Südafrika Tochterunternehmen und Filialen, inzwischen wurden die Kapitalinvestitionen ständig weiter erhöht.

Neben der allgemeinen Bedeutung für die Rohstoffe und billigen Arbeitskräfte ist für den BRD-Imperialismus die militärische Zusammenarbeit besonders wichtig auf dem atomaren Gebiet. Südafrika kann heute mit Hilfe westdeutscher Techniker und westdeutschen Kapitals eigene Atomwaffen produzieren und liefert der BRD dafür südafrikanisches Uran.

Die Unterdrückungspolitik der südafrikanischen Kolonialisten gegenüber der afrikanischen Mehrheitsbevölkerung ermöglicht es außerdem, daß hier die Monopole durchschnittlich die höchsten Profite der Welt erzielen. Der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär Philipp Rosenthal (SPD) (Rosenthal AG) erklärte am 27.5.1973 in der 'Welt am Sonntag' begeistert:

"Bei unserer Firma in Bayern verdient ein Arbeiter in zwei Stunden soviel wie ein Bantu in einer Woche. Für uns ist das eine große Einsparung. Auf diese Weise kommen wir zu sehr interessanten Preisen. Übrigens, wir werden in Pretoria eine neue Fabrik bauen, die zweimal so groß ist."

Voraussetzung dafür ist die brutale Unterdrückung der farbigen Bevölkerung in Südafrika, der großen Mehrheit der Bevölkerung, die auch die Masse der Arbeitskräfte stellt. Sie ist völlig rechtlos. Das Land wurde ihr von den Weißen weggenommen, damit sie nur als Lohnsklaven existieren kann. Sie wurde in Reservate, sogenannte Heimatgebiete, zusammengepfercht. Die Löhne liegen unter dem Existenzminimum der Familien. Die Arbeiter haben kein Streikrecht, streiken sie doch, werden sie brutal niedergeschlagen, oft niedergeschossen oder werden von der Polizei Hunde auf sie gehetzt. In der Presse erscheinen diese Massaker der südafrikanischen Polizei dann als 'Stammesstreitigkeiten'.

Dabei können sich die südafrikanischen Kolonialisten auf die westdeutschen Imperialisten verlassen, die dieses Paradies des Monopolkapitals möglichst lange erhalten wollen. UNO-Beschlüsse scheren sie dabei einen Dreck. **So liefert die BRD Waffen und militärische Ausrüstungen, stellt dafür Lizenzen zur Verfügung und produziert diese in Zweigunternehmen westdeutscher Konzerne in Südafrika. Der Rüstungskonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, Elektrik Lorenz AG, Degussa, Siemens, AEG, BASF, Farbwerke Höchst sind die prominentesten unter ihnen. Allein Siemens will bis 1975 die Investitionen auf 350 Millionen DM erhöhen.**

Neben Südafrika hat Rhodesien, gleichfalls eine an Bodenschätzen und billigen afrikanischen Lohnsklaven reiche Kolonie, eine ähnliche Bedeutung für das internationale Kapital. Die westdeutschen Investitionen erfolgen da vielfach indirekt über südafrikanische Tochtergesellschaften westdeutscher Konzerne. **Kürzlich hat jedoch ein UNO-Ausschuß aufgedeckt, daß trotz des Handelsembargos der UNO westdeutsche Banken und Industrieunternehmen (Deutsche Bank, Neunkircher Eisenwerke AG, Klöckner u. Co.) maßgeblich beteiligt sind an der Finanzierung und Absatzbeschaffung für ein neues Stahlwerk in Rhodesien. Dadurch soll die Stahlproduktion von 400 000 Tonnen auf etwa eine Million Tonnen Stahl jährlich gesteigert werden.**

Das Beispiel zeigt, daß sich die BRD-Regierung einen Dreck um UNO-Beschlüsse schert, wenn die Interessen des BRD-Imperialismus im Spiel sind.

Dieses Projekt, wie auch die Entscheidung auf der Botschafterkonferenz in Nairobi, daß in Zukunft weniger BRD-Mittel über multinationale Organisationen, sondern bilateral, also direkt vergeben werden, sind Ausdruck der verstärkten Anstrengungen des BRD-Imperialismus, den Prozeß der Befreiung der Völker im südlichen Afrika aufhalten. So faßte die Konferenz die verstärkte 'bilaterale' Mittelvergabe auch als "Warnschuß" an die afrikanischen Staaten auf, nicht in "internationalen Organisationen – wie der UNO – in Blockabstimmungen ... gegen die Industriestaaten, darunter auch die Bonner Regierung zu Felde zu ziehen" (nach Süddeutsche Zeitung vom 30.1.75).

Diese Beispiele zeigen deutlich, wie der BRD-Imperialismus mit dem, was er der westdeutschen Arbeiterklasse aus den Knochen gesaugt hat, die Ketten schmiedet zur Unterdrückung der afrikanischen Völker und die Möglichkeit, die Reichtümer und die Arbeitskraft dieser Völker auszuplündern, wiederum gegen die westdeutsche Arbeiterklasse ausspielt.

Jeder Fortschritt im Befreiungskampf der Völker im südlichen Afrika nützt deshalb auch der westdeutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen den BRD-Imperialismus.

–H.L.–

Politischer Kampf in chilenischen Konzentrationslagern

Zwei Beispiele für den Widerstand in den Lagern

Luis Vitale, ein bekannter Historiker aus Chile, wurde einen Tag nach dem Putsch verhaftet und Ende November 1974 in die BRD entlassen als einer der Gefangenen, für deren Freilassung die Bundesregierung sich einsetzte, um der Auszahlung des 21 Millionenkredits an die Militärjunta ein humanitäres Mäntelchen umhängen zu können.

Luis Vitale berichtet in einem Interview mit den 'Chilenachrichten' u. a. über zwei Beispiele des politischen Kampfes in den Konzentrationslagern:

Zum 1.Mai 1974 feierten die Gefangenen den "Tag der Arbeiter" im Stadion von Chile, indem sie zu einer vereinbarten Stunde alle aufstanden und eine Schweigeminute für die Märtyrer von Chicago (amerikanische Arbeiter, die im Kampf um den 8-Stundentag gefallen waren) und für die im Kampf in Chile gefallenen Genossen einlegten. Da sich fast alle Gefangenen geschlossen an dieser mutigen Aktion beteiligten, wurden von den Militärs keine Repressalien ergriffen.

Etwas Ähnliches wiederholte sich am 11.September 1974, dem ersten Jahrestag des Putsches, in dem Konzentrationslager Chacabuco: Um 8 Uhr morgens trafen sich fast alle Gefangenen und legten eine Schweigeminute ein; als sie sahen, daß das Militär nicht eingriff, faßten die Gefangenen Mut und beschlossen, daß an diesem Tag in Chacabuco kein Sport gemacht werden sollte und keine Schule; die Gefangenen in den Werkstätten beschlossen, ihre Arbeit niederzulegen. So wurde in Chacabuco der 11.September praktisch ein Streiktag und dies unter den äußerst repressiven Bedingungen dieses Konzentrationslagers.

Die Lage der politischen Gefangenen in Chile

Über 20 000 Menschen sind festgenommen / Über ihr Verbleiben ist nichts bekannt

Niemand außer den Militärs selbst kennt heute die Anzahl der politischen Gefangenen in Chile. Nach Schätzungen des Internationalen Roten Kreuzes aus dem Juli 1974 gibt es etwa 6 000 bis 8 000 Gefangene, wobei die Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes die in den Folterabteilungen der Lager und Gefängnisse Festgehaltenen nicht mitzählen konnten. Nach offiziellen Angaben wurden aber seitdem weit über 20 000 Menschen festgenommen, von denen man nicht weiß, wann – und ob überhaupt – sie freigelassen wurden.

Die westdeutschen Chile-Komitees werden in den nächsten beiden Monaten in Zusammenarbeit mit allen Organisationen des chilenischen Widerstandes breite Aktivitäten zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile durchführen. Die KVZ wird darüber berichten.

–A.B.–

Die Gefangenen leben in dauernder Angst vor der Folter, die jetzt auch schon Kinder trifft. Hinzu kommen die teilweise unvorstellbaren hygienischen Bedingungen, die unzureichende ärztliche Versorgung sowie eine Verpflegung, die zu Mangelkrankheiten führt.

Es gibt drei Kategorien von Gefangenen: die bereits Verurteilten, die teilweise jahrzehntelange Haftstrafen vor Augen haben; diejenigen, die meistens schon über ein Jahr als "Kriegsgefangene" festgehalten werden, aber noch keinen Prozeß in Aussicht haben und oft nicht einmal wissen, was ihnen vorgeworfen wird; schließlich solche Gefangene, die nach monatelanger Haft wegen Fehlens von Verdachtsmomenten freigelassen wurden und sofort wieder festgenommen wurden als Geiseln im Kampf gegen das chilenische Volk, das den Widerstand immer entschiedener aufnimmt.

Unter dem internationalen Druck sowie wohl aus der Einsicht, daß massenhafte weitere Kriegsgerichtsverfahren ihrem internationalen Ansehen nicht zuzumuten sind und vor allem wegen der bevorstehenden Umschuldungsverhandlungen ist die Junta heute bereit, eine größere Anzahl politischer Gefangener freizulassen, unter der Bedingung, daß ein anderes Land sich zu ihrer Aufnahme bereit erklärt.

Unabhängig davon, daß diese Zusage der Militärjunta nichts mit Menschenfreundlichkeit zu tun hat: Hier bietet sich für alle Organisationen und Menschen in der ganzen Welt eine gute Möglichkeit, sich für die verfolgten und eingekerkerten Chilenen einzusetzen und für viele von ihnen die Freilassung zu erreichen.



Ein Konzentrationslager in Chile

Erfolge der Solidaritätsbewegung

Immer mehr geschwächt wird die Junta auch durch die internationale Solidaritätsbewegung. Die britische Labour-Regierung hat angekündigt, auf keinen Fall neue Umschuldungsverhandlungen zwecks Stundung der chilenischen Schulden anzusetzen.

Das haben Wilson und Co. nicht getan, weil sie fortschrittlicher sind als Schmidt und Co., sondern weil in Großbritannien eine starke und einheitliche Solidaritätsbewegung besteht, die tief in der Arbeiterklasse verankert ist. Die Bundesregierung kann es sich nicht erlauben, die Junta ganz offen zu unterstützen; sie ist stets auf der Suche nach einem humanitären Anstrich – sei er auch noch so durchsichtig wie im Fall Almeydas, des Außenministers der Allende-Regierung (vgl. KVZ Nr. 3/1975).

Die Bauern von Kafr Schuba - fest auf der Seite der Fedayin

Leserbrief eines Arztes zu dem Artikel in der KVZ 3/75: "Die Fedayin kämpfen erfolgreich"

Die Verbrechen der israelischen Armee an der libanesischen Landbevölkerung rufen überall Abscheu und Empörung hervor. Aber leider ist es noch immer so, daß bei uns viele Menschen das gegeneinander aufrechnen und achselzuckend feststellen, daß Gewalt – damit meinen sie den gerechten Kampf der Fedayin – eben Gegengewalt hervorrufe – damit umschreiben sie die Terroranschläge der Israelis, die sich wahllos gegen jeden richten, der sich nicht rückhaltlos zu ihnen bekennt.

In einer solchen Situation kann vieles klarer werden, wenn man einmal erfährt, was die Bauern und die Landbevölkerung in diesem Gebiet über die israelische Politik denken.

Ich habe 1973 ein halbes Jahr als Arzt in einem palästinensischen Flüchtlingslager gearbeitet und hatte während einer Rundreise die Möglichkeit, mit Bauern aus Kafr Schuba zu sprechen. Das war keine leichte Unterhaltung, weil wir nicht friedlich beim Tee zusammensaßen, sondern die Israelis hatten am Vortage begonnen, das Dorf zu beschießen – das tun sie übrigens seit der Gründung des Staates Israel mit regelmäßiger Gründlichkeit. So hatten die Bauern vor allen Dingen gefragt, ob ich nicht die frische Verletzung eines Dorfbewohners versorgen könnte, der am Vortag durch einen Granatsplitter verwundet worden war. Das Bein war dick geschwollen und der Unterschenkel schwer entzündet. Ich bat darum, mir das andere Bein zu zeigen, damit ich das Ausmaß der Entzündung besser beurteilen könnte. Der Bauer sah mich verlegen an, lächelte ein wenig und schließlich mußte ich lernen, daß er das andere Bein schon vor Jahren durch Bombenabwürfe der Israelis hatte verlieren müssen.

Solche Zustände sind in diesem Gebiet kein Einzelfall, sondern fast jede Familie hat seit 1948 einen Todesfall zu beklagen. Wenn dann die Israelis Flugblätter abwerfen, auf denen steht, die Bauern sollten sich für den Frieden einsetzen und die Fedayin verjagen, so nützen die den Israelis gar nichts, denn sie können die Wahrheit nicht auf den Kopf stellen: Nicht die Fedayin, sondern sie selbst schmeißen die Bomben und morden die Bauern. Ich habe den Mann noch zweimal besucht, wir konnten sein Bein retten und zum Abschied sagte er mir: "Du bist aus Westdeutschland und wir wissen sehr gut, daß Deine Regierung und nicht das Volk auf der Seite der Israelis steht. Du sollst Deinen Leuten sagen, daß dies hier unser Boden ist, daß wir ihn verteidigen und behalten werden, daß wir nicht einen Tag vergessen, was die Zionisten mit den Palästinensern gemacht haben und daß wir wissen, daß sie auch unser Land wollen. Ruhe können wir erst finden, wenn die hier" – damit zeigte er auf die Fedayin, die neben mir standen – "mit ihrem Kampf fertig sind."

Die Bauern von Kafr Schuba stehen der Auseinandersetzung zwischen dem palästinensischen Volk und den Zionisten in Israel weder hilflos noch achselzuckend gegenüber, sondern sie haben einen klaren und festen Stand an der Seite der Fedayin.

Jürgen Tempel
Nahost-Komitee Hamburg

Kämpfe in Phnom Penh

In Phnom Penh kommt es bereits beim Kampf um Reisdepots und beim Kampf gegen die Rekrutierungsversuche für die Söldnerarmee immer wieder zu offenen bewaffneten Auseinandersetzungen. Die Arbeiter der Textilfabrik "Chip Tong" halten weiterhin ihre Fabrik besetzt und verteidigen sie mit der Waffe.

Vom 1. bis zum 19.1. konnten auf dem Mekong, der Hauptversorgungsader für Phnom Penh, 41 Schiffe verschiedenster Größe zerstört werden. Im Kampf um den für die Beherrschung des Mekong wichtigen Stützpunkt Neak Luong muß die Söldnerarmee laut einem Bericht von Scholl-Latour schwere Verluste hinnehmen. Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 1.2. häufen sich auch die Angriffe auf den Flughafen Pochentong, so daß jetzt nur noch die CIA-Gesellschaft AIR Cambodge fliegt.

Die Bewohner von Toek Thla, einem Stadtteil von Phnom Penh, haben am 2. Januar 40 Sack Reis auf einem LKW an sich genommen. In Phsa Tauch haben sie ein Lager der Verräter angegriffen und 50 Sack Reis erobert.

Die Verräter pressen die Bonzen mit Gewalt in die Armee, besonders die der Pagoden Tuol, Ta Poung und Neakavoan in Phnom Penh. Die Arbeiter der Reperaturwerkstätten Bokor Smai und Reaksmei in Phnom Penh widersetzen sich, in die Armee eingezogen zu werden.

Meutereien unter den Truppen der Verräterbande

Am 15. Januar hat ein Bataillon der 3. Division sich kategorisch geweigert, zur Front nach Ang Snuol an der Nationalstraße Nr. 4 verlegt zu werden. Einen Tag vorher haben 300 Soldaten in einer Demonstration ihre Weigerung zum Ausdruck gebracht, auf der Nationalstraße Nr. 1 zu kämpfen. Am 13. Januar haben alle Soldaten eines Bataillons, das in Chbar Ampou bei Phnom Penh stationiert ist, ebenso die Soldaten eines Bataillons der 28. Brigade, die bei Prek Leap im Nordwesten von Phnom Penh stationiert ist, sich erhoben. Sie haben ihren Kommandeur getötet, und einige Soldaten sind in die befreiten Gebiete gekommen.

(alle Informationen aus "Nouvelles breves", Agence Kampuchea D'Information)



Eine Einheit der Volksbefreiungsstreitkräfte von Kambodscha bereitet sich auf den Einsatz vor

Der Fall von Phnom Penh steht bevor

Aufruf des Stellvertretenden Premierministers Khieu Samphan

Der Stellvertretende Premierminister der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK), zugleich Minister für die nationale Verteidigung und Oberbefehlshaber der Volksbefreiungsstreitkräfte von Kambodscha (FAPLNK), hat am 27. Januar folgenden Aufruf an die "Bonzen" – das sind buddhistische Priester – und die "Patrioten in den unter vorläufiger Kontrolle des Feindes stehenden Ortschaften" gerichtet. Sie sollen sich zusammenschließen und gegen den Feind erheben und am Kampf teilnehmen. Kambodscha wird bald befreit sein. Die USA werden versuchen, durch erneutes stärkeres direktes Intervenieren den Fall von Phnom Penh aufzuhalten. Für die internationale Solidarität stellt sich die konkrete Aufgabe, den Kampf um Phnom Penh zu unterstützen, indem sie weiter gegen die US-Einmischung kämpft. Im folgenden der deutsche Text dieses Aufrufs:

Der Aufruf

"Unsere Volksbefreiungsarmee und unser Volk haben im ganzen Land seit etwa einem Monat eine siegreiche Offensive gegen die letzten Zufluchtsorte der Verräter Lon Nol, Sirik Matak, Son Ngoc Than, Cheng Heng, In Tam, Long Boret, Sosthene Fernandez, alles verruchte Lakaien des US-Imperialismus, eröffnet.

Unsere Volksbefreiungsstreitkräfte stehen im Augenblick nur wenige Kilometer vom Zentrum Phnom Penhs entfernt. Wir kontrollieren vollständig alle strategischen Verbindungen zu Land und zu Wasser, den Mekong eingeschlossen. Um die wenigen anderen Städte, die sich noch unter der vorläufigen Kontrolle des Feindes befinden, schließen wir unseren Ring fester. Die Verräter sind überhaupt nicht mehr in der Lage, die Frage der Reisversorgung zu lösen. Ihre ganzen Überlegungen sind darauf gerichtet, ihre Herrschaft noch faschistischer auszuüben und Euch mit Gewalt in die Armee zu pressen. Angesichts dieser für Euch gefährlichen Lage bleibt Euch nur ein Weg: Euch zusammenzuschließen und Euch für den Kampf zu erheben.

Im Namen der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK), der Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) und der Volksbefreiungsarmee von Kambodscha (FAPLNK) richte ich an alle Bonzen und Patrioten von Phnom Penh und den wenigen Ortschaften, die noch unter der vorläufigen Kontrolle des Feindes stehen, an alle Zivilisten, Militärs, "Selbstverteidigungs"-Gruppen, Gruppenführer der "10 Häuser" und der "kleinen Inseln", Beamte, Lehrer, Professoren, Schüler, Studenten, Angestellte und Arbeiter den folgenden Aufruf:

'Vereinigt Euch und erhebt Euch, um

1. die Reis-Lager der Verräter anzugreifen;

2. den Kampf in all seinen Formen in Verbindung mit unseren Volksbefreiungsstreitkräfte und unserem Volk im ganzen Land zu führen für den Sturz des Verräterregimes, den Lakaien des US-Imperialismus. Außerdem seid ihr eingeladen, in aller Sicherheit in dem großen befreiten Gebiet zu leben, wo es Reis im Überfluß gibt.'

An die Angehörigen fremder Staaten:

'Nehmt teil am Kampf, um Euch ebenfalls von Euren Leiden und Eurem Unglück zu befreien.'

An das Personal ausländischer Botschaften und an die Vertreter verschiedener Organisationen bei der Verräterbande:

'Evakuiert beizeiten Eure Familie und verlaßt Phnom Penh und die wenigen Ortschaften, die noch unter vorläufiger Kontrolle des Feindes stehen; die FUNK und die GRUNK stehen nicht ein für die schweren Folgen, die sich für Euch und Eure Familien sonst ergeben können.'

Das Volk und die Volksbefreiungsstreitkräfte von Kambodscha werden Phnom Penh und ganz Kambodscha in naher Zukunft befreien!"

Übersetzt aus: Agence Kampuchea D'Information, Nouvelles Breves du Cambodge, Nr. 173/75 vom 30. Januar 1975, herausgegeben von der Mission der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK), 75016 Paris, Place de Barcelone Nr. 2.

US-Abgeordnete gehen vor Gericht

In Boston haben 21 demokratische Mitglieder des Repräsentantenhauses beim Bundesbezirksgericht eine Klage eingereicht, in der sie das Gericht auffordern, festzustellen, daß die militärische Betätigung der Vereinigten Staaten in Kambodscha gegen acht vom Kongreß verabschiedete Gesetze, gegen die Verfassung und gegen das Pariser Vietnam-Abkommen verstößt. Die Klage verfolgt die Absicht, die Einstellung aller amerikanischen Versorgungs- und Aufklärungsflüge sowie jeder anderen direkten oder indirekten militärischen Aktivität der USA in Kambodscha zu erreichen.

In der Klageschrift heißt es unter anderem, amerikanisches Personal nehme in Kambodscha an Luftaufklärung und an Unternehmungen des militärischen Nachrichtendienstes teil, erteile militärischen Rat, nenne anzugreifende Ziele und sei an Manövern vor der Küste beteiligt.

(aus "Süddeutsche Zeitung" vom 4.2., S.7)

Vietnamfest

3 000 DM Reinerlös konnten an die Provisorische Revolutionäre Regierung und an die Königliche Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas (GRUNK) von einem Indochina-Fest des Indochina-Komitees Heidelberg am 24.1.1975 überwiesen werden. Zu diesem Erfolg hatten zahlreiche Menschen mit ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten beigetragen. Das Indochina-Komitee hatte Projektgruppen für Musik, Theater, Dekoration, Ausstellungen usw. eingerichtet. Ca. 1 000 Menschen nahmen an dem Fest teil.

In loser Abfolge von Beiträgen, Liedern, Szenen, Pantomimen und Dias wurde über 1 1/2 Stunden der Kampf des vietnamesischen Volkes zur Durchsetzung des Abkommens und zum Sturze Thieus dargestellt. Die Reaktion der Zuschauer zeigte, daß das Stück die gerechten Ziele des vietnamesischen Volkes gut vermitteln konnte. Viele zeigten spontan Interesse, in dieser Gruppe mitzuarbeiten und auch zur weiteren Verbesserung und Ausarbeitung des Stückes beizutragen.

Hoch die Fahne für Sozialismus, Unabhängigkeit, Demokratie!

Rede von Le Duan, Vorsitzender der Partei der Werktätigen Vietnams, vor dem 3. Kongreß der Gewerkschaft (11.–14.2.74)

Der 45. Jahrestag

Am 3.2.1975 war der 45. Jahrestag der Gründung der Partei der Vietnamesischen Arbeiterklasse, der heutigen "Partei der Werktätigen Vietnams". Unter Führung der vietnamesischen Arbeiterklasse und seiner kommunistischen Partei führt das vietnamesische Volk seit 45 Jahren den Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus.

Durch die enge Verbindung der nationalen Befreiung mit der sozialen Revolution entwickelte sich aus dem spontanen, vereinzelten Widerstand des vietnamesischen Volkes eine einheitliche Front gegen den Imperialismus. Die Klarheit und Entschlossenheit, mit der dieser Kampf geführt wurde und wird, hat dem vietnamesischen Volk immer größere Unterstützung durch die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt zukommen lassen.

Demgegenüber haben die Imperialisten aus Angst vor einem sozialistischen Vietnam immer wieder versucht, diesen konsequenten Kampf und dessen Unterstützung zu diffamieren und zu spalten.

Aber es gibt keinen Widerspruch zwischen der Nationalen Befreiung und dem Kampf für den Aufbau des Sozialismus. Vielmehr ist die Verbindung beider der einzig mögliche Weg, um die vollständige Unabhängigkeit und Freiheit und eine eigenständige Entwicklung im Interesse des Volkes zu verwirklichen.

Und dies wird heute bereits im Norden Vietnams, dem Hinterland des Kampfes um die entgültige Befreiung im Süden, angegangen, indem dort der Sozialismus aufgebaut wird.

Die Rede Le Duans

Im folgenden Auszuge aus der Rede des Genossen Le Duan, dem 1. Sekretär der Partei der Werktätigen Vietnams, vor dem 3. Kongreß der vietnamesischen Gewerkschaft im Februar 1974, über die gegenwärtigen Aufgaben der vietnamesischen Arbeiterklasse:

"Wir leben in der ruhmreichsten Periode unserer nationalen Geschichte. Gleichzeitig sehen wir uns schwerer geschichtlicher Verantwortung gegenübergestellt.

Der Widerstand gegen die USA für die Rettung der Nation hat mit einem großen Sieg geendet. Aber die revolutionären Ziele in Südvietnam sind noch nicht erreicht, unser Land ist noch nicht wiedervereint. Deswegen muß unser Volk immer noch gleichzeitig zwei strategische Aufgaben erfüllen: den Sozialismus im Norden aufbauen und für die Vollendung der national-demokratischen Revolution in Südvietnam kämpfen, und auf dem Weg zur friedlichen Wiedervereinigung des Landes fortschreiten.

Die vietnamesische Arbeiterklasse, die führende Klasse der vietnamesischen Revolution, bildet einen Teil der internationalen Arbeiterklasse, der Klasse, die im Zentrum unserer Epoche steht. Die vietnamesische Revolution ist ein Teil der Weltrevolution, und ist mit den drei großen Strömungen unserer Zeit direkt verbunden; diese sind: der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus innerhalb des sozialistischen Systems auf der Welt; der Kampf der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung in den kapitalistischen und imperialistischen Ländern und die nationalen Befreiungsbewegungen und das Anwachsen der Kräfte, die für nationale Unabhängigkeit kämpfen, mit dem Ziel, ihre Länder direkt auf den Weg einer nicht kapitalistischen Entwicklung zu führen.

Die revolutionäre Aufgabe unseres Volkes ist eine konkrete Verwirklichung der hohen Ziele der Menschheit in der gegenwärtigen Epoche: nationale Unabhängigkeit und Sozialismus.

Weil unser Volk an vorderster Front der Weltrevolution gestanden hat und die vereinigte Kraft verschiedener revolutionärer Strömungen dieser Epoche voll auszunutzen wußte, hat es jene Überlegenheit erlangt im Gleichgewicht der Kräfte, die es in die Lage versetzte, die US-imperialistische Aggression und ihre Henkersknechte zu schlagen.

Auf der anderen Seite hat der Sieg des Widerstandes unseres Volkes gegen den US-Imperialismus für die Rettung der Nation die Position des Sozialismus in der Welt weiter gefestigt, dem Kampf der Völker in den Ländern der Dritten Welt gegen alten und neuen Kolonialismus starke Impulse gegeben. Und er hat auch den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung in den entwickelten kapitalistischen Ländern beeinflußt. Gleichzeitig hat unser Sieg zusammen mit diesen revolutionären Strömungen die allgemeine Krise im imperialistischen System vertieft und verschärft.

Es ist ganz offensichtlich, daß heute die Positionen des Imperialismus, unter Führung des US-Imperialismus, geschwächt sind, und daß die offensive Position der revolutionären Kräfte in der Welt und die Möglichkeit, den Frieden zu erhalten, stärker sind als je zuvor.

Die vietnamesische Arbeiterklasse, die ihre Klasseninteressen mit den nationalen Interessen und die nationalen Interessen mit den internationalen Interessen identifiziert, hält die Fahne des Sozialismus, der Unabhängigkeit und Demokratie hoch. Sie ist entschlossen, das ganze Volk vorwärtszuführen, um die revolutionäre Aufgabe in der neuen Etappe zu vollenden. Zweifellos werden wir das Testament des Präsidenten Ho Chi Minh erfüllen, nämlich ein friedliches, wiedervereinigtes, unabhängiges, demokratisches und blühendes Vietnam aufbauen, und damit einen aktiven Beitrag zum gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse und der Völker auf der ganzen Welt für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus leisten.

Gegenwärtig ist der revolutionäre Kampf in Südvietnam ein Kampf um die nationale Unabhängigkeit zu erlangen und gleichzeitig ein äußerst scharfer Klassenkampf. Die US-Imperialisten beharren immer noch verbissen auf ihrem Neokolonialismus. Ihre Agenten, die Clique von faschistischen, militaristischen und Kompradoren-Kapitalisten widersetzen sich jetzt wütend der Hoffnung unseres Volkes auf Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und nationale Eintracht. Unter dem Banner der Nationalen Befreiungsfront von Südvietnam und der Provisorischen Revolutionären Regierung sind unsere südvietnamesischen Landsleute entschlossen, ihren Kampf vorwärtszutreiben, um die strikte Einhaltung des Pariser Abkommens zu sichern, die bisherigen Siege zu entwickeln, die national-demokratische Revolution in Südvietnam zu vollenden und zur friedlichen Wiedervereinigung unseres Landes vorwärtszustreben.

Durch die Delegation der "South Viet Nam Federation of Trade Unions for Liberation" (Vereinigung der südvietnamesischen Gewerkschaften für die Befreiung) möchte die arbeitende Bevölkerung im Norden den Schwestern und Brüdern im Süden ihre wärmsten Gefühle übermitteln und ihnen versprechen, daß der sozialistischen Norden entschlossen ist, unter allen Umständen seine Pflicht, das Rückgrat der Revolution im ganzen Lande zu sein, erfüllen wird. Wir handeln gemäß den Lehren von Präsident Ho Chi Minh – "Laß das Volk des Nordens im Wetteifer seine Anstrengungen vervielfachen" – zur schnellen Erholung und Entwicklung der Wirtschaft, zur Förderung der Kultur, zum Vorantreiben der sozialistischen Industrialisierung, zur Stärkung des wirtschaftlichen und nationalen Verteidigungspotentials, um Nordvietnam zu einer Hauptstütze für den revolutionären Kampf unserer Landsleute im Süden zu machen.

Die gemeinsame revolutionäre Sache unseres Landes hat eine überaus günstige Zukunft. Keine reaktionäre Kraft, wie sie auch immer aussieht, kann uns besiegen. Unser Volk wird siegen. Unsere Landsleute im Süden und Norden werden sicher unter demselben Dach wiedervereinigt werden.

Wir können mit Recht stolz sein auf die äußerst heldenhafte Tradition der Arbeiterklasse unseres Landes, im Kampf wie bei der Arbeit. Die Arbeiterklasse unseres Land kann auch mit Recht stolz auf seine Vorhut-Partei sein, die von Präsident Ho Chi Minh gegründet und erzogen wurde, dem großen Führer der Klasse und der Nation. Sie kann stolz sein auf eine Partei, die durch und durch revolutionär und dem Marxismus/Leninismus völlig treu ist.

Die Gewerkschaften, die als große Organisationen die Partei mit der Arbeiterklasse verbinden, werden mit Hilfe der wichtigen Resolutionen dieses Nationalkongresses ihre Verantwortung, Erziehung, Mobilisierung und Organisation der breiten Massen der Arbeiter und Angestellten sicher erfüllen, und erfolgreich die politischen und wirtschaftlichen Aufgaben, die von der Partei gestellt wurden, ausführen."

Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung

Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet 1905

Anfang Januar 1905, also vor 70 Jahren, begann der bis dahin größte Streik im Deutschen Reich, der Ruhrbergarbeiterstreik. Fast 220 000 Bergarbeiter legten die Arbeit nieder. Es war die Einleitung für ein Jahr des Streiks. 1905 streikten in Deutschland insgesamt genauso viele Arbeiter wie in den Jahren 1900 bis 1904 zuvor. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, daß 1905 die Russische Revolution begann. Durch die Erfolge der russischen Arbeiterklasse wurde den deutschen Kollegen der Rücken gestärkt. Der Streik im Ruhrgebiet ist ein gutes Beispiel dafür, wie nötig es erstens ist, eine einheitliche gewerkschaftliche Organisation zur Stärkung der Schlagkraft des Proletariats zu schaffen, und zweitens diese Gewerkschaft von klassenversöhnlerischen Elementen zu säubern bzw. gegen diese seine Interessen durchzusetzen.

Wie sah nun die Situation der Bergarbeiter im Ruhrgebiet aus? 1893 schlossen sich 890 Zechenunternehmer zum "Rheinisch-Westfälischen-Kohlensyndikat" zusammen, das 86,7 % der Kohleförderung im Ruhrrevier bestritt. Kleinere Betriebe wurden niederkonkurriert, so daß 1910 95,4 % auf das Kohlensyndikat fielen. Die Steinkohlenförderung war im Vergleich zu 1850 auf das Vierzigfache gestiegen, die Belegschaft auf das Zwanzigfache, der Wert der Steinkohlenförderung auf das Fünfzigfache. Zechen, die sich für das Syndikat nicht rentierten, wurden stillgelegt. Deshalb wurden Arbeiter entlassen, während die Kumpel der anderen Zechen ständig angetrieben wurden, um einen möglichst hohen Profit zu erzielen.
Auf der einen Seite stand der wirtschaftliche Aufschwung der Bergwerkskapitalisten, auf der anderen Seite eine steigende Verschlechterung der Lage der Bergarbeiter.

Laut Vertrag war die Arbeitszeit unter Tage auf 8 Stunden, über Tage auf 12 Stunden festgesetzt. Jedoch war bei den 8 Stunden nicht die Zeit für den Weg unter Tage einbezogen, die oft ein bis zwei Stunden betrug, so daß die Arbeiter eine Arbeitszeit von 10 bis 12 Stunden hatten. Auch sonntags wurde gearbeitet und der Kapitalist war lediglich verpflichtet, "jeden Arbeiter an jedem dritten Sonntag volle 36 Stunden, oder an jedem zweiten Sonntag mindestens in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends von der Arbeit frei zu lassen" (Reichsgesetzblatt S.261). Noch dazu wurden die Arbeiter zu Überschichten gezwungen. Um noch mehr Profit auf Kosten der Arbeiter zu machen, führten die Kapitalisten das Nullen ein. Wagen, die mit Kohlen aus der Grube kamen, wurden kontrolliert, ob nicht noch anderes Gestein dabei war. Die Kontrolle war total willkürlich. Wurde angeblich unbrauchbares Gestein gefunden, wurde es der Kameradschaft vom Lohn abgezogen, was für sie ein Verlust zwischen 3 und 28 % bedeutete, dem Kapitalisten aber einen Gewinn bis zu 150 000 Mark einbrachte.

Dazu kam noch eine hohe Anzahl von Unfällen und Krankheiten, schlechte Wetterführung, schlecht gesicherte Arbeitsplätze. All das führte dazu, daß, nach einer Untersuchung aus dieser Zeit, Bergleute im Schnitt mit 44,7 Jahren invalide waren (1865 – 54,2 Jahre).
Oft lebten die Bergarbeiter mit ihren Familien (6 bis 8 Personen) in einem Raum mit schlecht oder gar nicht vorhandenen sanitären Einrichtungen. Die Zechenwohnungen waren besser, banden den Arbeiter aber an die Zeche. Verlor er den Arbeitsplatz oder kündigte er selbst, verlor er auch die Wohnung.

Diese Zustände führten dazu, daß seit Anfang der 70er Jahre die Arbeiter für eine Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen kämpften. Immer wieder tauchten dieselben Forderungen auf: 8-Stunden-Schicht (einschließlich Ein- und Ausfahrt), Abschaffen des Nullen, 20 %ige Lohnerhöhung, gute und gesunde Wetterführung. Doch hatten sie keinen Erfolg, weil ihnen eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation fehlte. Im Ruhrrevier gab es drei ausschlaggebende Organisationen: die Polen (sie machten 35 % der Gesamtbelegschaft aus), der Christliche Gewerkverein und der Alte Verband oder Verband Deutscher Bergarbeiter (VDB). Hier waren u. a. die Sozialdemokraten organisiert. Im Statut des Christlichen Gewerkvereins heißt es: "§ 2: Der Zweck des Gewerkvereins ist die Hebung der moralischen und sozialen Lage der Bergarbeiter auf christlicher und gesetzlicher Grundlage und Anbahnung und Erhaltung einer friedlichen Übereinkunft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. § 3: Der Verein steht treu zu Kaiser und Reich ... § 4: Durch den Eintritt in den Gewerkverein bekennt sich jeder als Gegner der sozialdemokratischen Grundsätze und Bestrebungen ..." Der Alte Verband sagte: "Streitigkeiten der verschiedenen Konfessionen und politischen Parteien sind innerhalb des Verbandes total ausgeschlossen." Die polnische Organisation hatte den Zweck, die Gesamtbelegschaft in Deutsche und Polen zu spalten, um damit ein einheitliches Vorgehen zu verhindern. Diese Zersplitterung machte sich dann auch 1889 beim ersten größeren Streik im Ruhrrevier bemerkbar. Die Arbeiter gingen nicht gemeinsam vor, sondern jede Zeche organisierte quasi ihren eigenen Streik. Daß sie nicht stark und geschlossen genug waren, zeigte sich dann auch, als sie sich auf eine Unterredung mit dem Kaiser einließen, die ihnen nichts einbrachte.

Der große Streik beginnt

Am 7.Januar 1905 streikte die Zeche Herkules, weil ihr Knappschaftsältester schikaniert worden war. Das Maß war voll, als der Kapitalist Stinnes der Belegschaft per Anschlag mitteilen ließ, daß die Arbeitszeit verlängert werden sollte. Grund: Eine andere Zeche war stillgelegt worden, aus Rentabilitätsgründen, und auf Bruchstraße sollte nun dafür mehr gearbeitet werden. Selbstverständlich ohne mehr Lohn. Die Schichtzeit sollte nun 8 Stunden unter Tage sein, zuzüglich die Seilfahrt (je 1 Stunde hin und zurück). Da warfen die Kumpels die Brocken hin. Sie forderten: 8 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt.

Die Führungen der Bergarbeitergewerkschaften sehen die Unruhe. Sie versuchen zu bremsen.

An diesem 7.Januar streikten gut 4 500. Die Bergarbeiterverbände erklärten angesichts dieses Streiks, sie seien "entschlossen, schleunigst eine Eingabe an die Regierung und an die Parlamente zu richten". Sie warnten "vor einer wilden, unüberlegten Arbeitseinstellung eindringlich", und riefen zur "Disziplin" auf. "Um die jetzige Zeit wäre nach unserer festen Überzeugung ein allgemeiner Streik ein Unheil für die Bergleute, nur die Unternehmer allein hätten davon Nutzen. Kameraden, hört darum auf die Stimmen eurer gewählten Führer! Wir wollen nur euer Bestes." Das "Correspondenzblatt der Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands", fest in der Hand des antirevolutionären Flügels der SPD, jammerte: "Der gefürchtete Moment ist eingetreten. Die Bergleute haben den Kampf auf der Zeche 'Bruchstraße' aufgenommen. ... Die Bewegung gewinnt trotz der größten Anstrengungen der Verbandssekretäre täglich an Ausdehnung."
Es zeichnet sich bereits ab: Wenn allgemeiner Streik, dann gegen die Führer der Gewerkschaften.

"Wir warten nicht mehr! Wir streiken!"

Überall fanden Versammlungen der Bergleute statt. Wer gegen den allgemeinen Streik sprach, löste Tumulte aus: "Lieb Kind willst du dich machen, Verräter!", "Bremse los!", "Streik!", "Brocken hinwerfen!", so berichtete der "Vorwärts" am 10.1.05 über die Stimmung der Arbeiter.
Am 9.Januar tagen die Delegierten der Verbände. Währenddessen beschließen die Belegschaften der Zechen Kaiserstuhl, Scharnhorst, Preußen und Minister Achenbach den Streik. Am Tag darauf streiken 23 733, am 11.1. 42 667 und am 12.1. 64 137 Bergarbeiter. Der Streik ist einziges Thema in den Zechen. Besonders untere Gewerkschaftsfunktionäre und sozialdemokratische Arbeiter agitieren dafür.

Auf einer erneuten Delegiertenversammlung erklären Delegierte, es müsse bald über den Streik beschlossen werden. Sie könnten unmöglich nach Hause gehen und den Kumpels erklären, sie sollten die Arbeit wieder aufnehmen. Gegen den Streik spricht ein christlicher Delegierter. Die Konferenz verabschiedet Forderungen. Eine 7-köpfige Verhandlungsdelegation, die "Siebenerkommission", wird eingesetzt. Sie soll diese Forderungen durchsetzen in "Verhandlungen ..., wodurch der jetzigen Bewegung Einhalt getan, der Friede zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wiederhergestellt und die gefahrvolle Erschütterung des ganzen Erwerbslebens verhindert wird ..." (aus dem Brief der Kommission an die Grubenkapitalisten). Die wichtigsten Forderungen: achtstündige Schichtzeit incl. Ein- und Ausfahrt, 6 Stunden vor heißen und nassen Orten (über 28 Grad Celsius); Sonntags- und Überschichten nur in Ausnahmefällen, Abschaffung von Wagennullen und Strafen, Wagenkontrolleure bzw. Wiegemeister, Anerkennung der Arbeiterorganisationen.

Als die Zahl der Streikenden immer mehr zunimmt, am 16.Januar sind es schon fast 108 000, da bricht der Damm. Der Streik wird offiziell beschlossen.
3 Tage später, am 19.Januar, stehen 217 539 Arbeiter im Streik. Das sind 78 % der Gesamtbelegschaft, 87 % der unter Tage Beschäftigten. "Da beim Bergbau die Untertagsbelegschaft den Ausschlag gibt, ... kann mit Recht von einem **Generalstreik** gesprochen werden", schreibt Otto Hue, Reformist und Vorstandsmitglied des Verbandes Deutscher Bergarbeiter. Die Führer können dem Druck der Arbeitermassen nicht widerstehen. Aber es haben sich noch keine bewußten Kerne in den Arbeitermassen herausgebildet, die selbständig in der Lage wären, die Kämpfe anzuleiten. So gerät das Heft in die Hände der bürgerlichen Führer. Die großbürgerliche "Frankfurter Zeitung" (ein Vorläufer der heutigen "Frankfurter Allgemeinen Zeitung") schreibt denn auch zuversichtlich über den Streikbeschluß: "Am Donnerstag (dem 16.Januar 1905, d.Verf.), da die Führer einen Beschluß faßten, der in Anbetracht der Umstände klug war, haben sie die Zügel wieder in die Hand bekommen."
Die Arbeiter sprachen dieser Führung nicht das Mißtrauen aus. Sie rechneten aber ab mit einzelnen Delegierten, die gegen den Streik gesprochen hatten. Sie wurden abgewählt. Der Vertrauensmann Theodor Möller zum Beispiel. Er hatte in einem Flugblatt, das am 17.1. in Herten verbreitet wurde, geschrieben: "Auf schiedlich-friedlichem Wege werden wir **sehr viel**, durch die gewaltsame Aktion des Generalstreiks aber **gar nichts** erreichen. ... Freie Bahn den Arbeitswilligen!"

Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse entsteht im Kampf für ein gemeinsames Ziel. Aber der Kampf wird nicht ausgeweitet.

Auch die Polen, die über ein Drittel der Belegschaft ausmachen, beteiligen sich geschlossen, obwohl sie durch die Ausländergesetzgebung des Kaiserreiches von Ausweisung bedroht waren. Die Arbeiter standen geschlossen hinter ihren Forderungen. Sie durchbrachen alle die religiösen, politischen und nationalen Schranken, die jahrzehntelang aufgebaut worden waren von der Kapitalistenklasse und ihren Funktionären in Staat und Kirche, schlagartig. Die Gewerkschaften konnten in diesen Tagen des Streiks 60 000 neue Mitglieder aufnehmen.

Die Kumpel im Ruhrgebiet hofften darauf, daß ihr Streik sich ausweiten würde. In der Waschkaue der Zeche Nordstern I/II in Horst war am 12.Januar ein mit Blaustift geschriebener Anschlag angebracht:

Achtung!
Auf zum Kampf! Kameraden, seid einig und
haltet brüderlich zusammen!
Heute tritt die gesamte deutsche Bergarbeiterschaft
in den Streik!
Einig! Einig! Einig!

In verschiedenen Städten und Revieren kam es zu Solidaritätsstreiks, insbesondere bei Bergleuten und Metallern. Die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse wurde aber nicht so genutzt, daß ein allgemeiner Streik organisiert wurde. Die Ruhrbergarbeiter blieben allein. Da die Führungen sich aufs Verhandeln beschränkten, aber nicht die große Kraft der geeinten Arbeiterklasse organisierten und ins Feld führten, drohte der große Streik leerzulaufen. Dabei war die Lage äußerst günstig für die Arbeiterklasse. Die Revolution in Rußland hatte gerade begonnen, und die deutschen Arbeiter verfolgten die Ereignisse mit größter Aufmerksamkeit. Daß in dem rückständigsten Land Europas die Arbeiter massenhaft streikten und gegen die zaristische Armee auf die Barrikaden gegangen waren unter politischen Losungen nach demokratischen Freiheiten, das stärkte das Klassenbewußtsein der Arbeiter enorm. Überall in Deutschland fanden Solidaritätsversammlungen statt. Die Arbeiter diskutierten über den Massenstreik. Die Bourgeoisie und die kaiserliche Militärmonarchie geriet in Unruhe. Sie fürchteten, die Revolution könnte aus Rußland übergreifen. Sie fürchteten, all die einzelnen Streiks und Unruhen könnten zu einem mächtigen Strom zusammenfließen und sie hinwegspülen. Nicht einmal auf Armee und Polizei, die Stützen ihrer Macht, konnten sie sich hundertprozentig verlassen: Urlaubssperre für Soldaten, die aus dem Streikgebiet kamen, wurde verhängt. Sächsische, schlesische und brandenburgische Landräte weigerten sich, Gendarmerie ins Ruhrgebiet zu schicken: In ihren eigenen Kreisen mußten sie mit Unruhen rechnen. Der Streik der Ruhrbergarbeiter konnte 1905, anders als 1889 oder 1912, nicht zusammengeschossen werden. Die Bourgeoisie fühlte sich zu schwach.

Die Verhandlungen scheitern. Der Streik wird abgebrochen gegen den Willen der Arbeiter.

Was aber geschah im Ruhrrevier?
Alle politischen Versammlungen und Kampagnen wurden abgeblasen während des Streiks – anstatt sie zu intensivieren und die hohe Aufmerksamkeit der Arbeiter zu nutzen! Reichstagsabgeordnete der SPD durften auf Beschluß des Parteivorstandes nicht im Streikgebiet sprechen, und eine Kampagne gegen die brutale Unterdrückung der Völker von "Deutsch-Südwestafrika" (Namibia) durch "Schutztruppen" der deutschen Kolonialisten wurde abgebrochen.
Da sich die "Siebenerkommission" nicht auf die Kampfkraft der Arbeiterklasse stützte, und auch nichts tat, um sie zu organisieren, konnten auch keine Erfolge in den Verhandlungen erzielt werden. Die Kapitalisten erklärten rundweg, sie würden nur mit den einzelnen Belegschaften verhandeln. Basta.

Als die Regierung eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit (9 Stunden!), Beseitigung des Nullens, Einrichtung von Arbeiterausschüssen, die über die Verwendung von Strafgeldern mitbestimmen sollen, beschließt, da greift die "Siebenerkommission" zu. Obwohl sich noch am 7. Februar mehrere Versammlungen für die Weiterführung des Streiks aussprechen, obwohl nicht ein Versammlungsbeschluß auf Abbruch vorliegt – im Gegenteil, es streikten immer noch 208 000 – wird der Streik abgebrochen: "in ... Erwägung, daß durch die Weiterführung des Kampfes das gesamte Wirtschaftsleben einer unermeßlichen Erschütterung ausgesetzt wäre, glauben wir an die Opferwilligkeit der Bergarbeiter wie der Gesamtarbeiterschaft, keine höheren Anforderungen stellen zu dürfen ...", heißt es in dem Beschluß.

Vor dem Lokal, in dem die Delegierten tagten, waren 10 000 Essener Kumpel versammelt. Eine Gruppe von 50 drang in den Saal ein und wollte den Delegierten zu Leibe rücken, als sie hörten, was geschehen sollte. Draußen rief die Menge: "Verräter! Spitzel! bezahlte Subjekte! Streikbrecher!" Ein Wagen mit 200 000 Flugblättern, die den Massen den Abbruch des Streiks erst erklären mußten, wurde umgeschmissen, die Flugblätter mit Zähnen und Händen zerrissen und in den Dreck getreten. Ein Gewerkschaftsführer wurde bis zur Bahn verfolgt. Die Arbeiter waren wütend und überrascht und verwirrt. Der Redakteur der "Dortmunder Arbeiterzeitung", Haenisch, berichtet: "Weinend, in einer Verfassung, die ich bei unseren nüchternen Westfalen niemals für möglich gehalten hätte, kamen alte, sturmerprobte Genossen auf die Dortmunder Redaktion und warfen uns in ihrer jedes Maß überschäumenden Verzweiflung Beschuldigungen an den Kopf, die ich nicht niederschreiben mag."
Der Streik mußte in einigen Zechen förmlich abgewürgt werden. Es dauerte noch über eine Woche, bis die letzte Belegschaft die Arbeit wieder aufnahm.

Mit Hilfe klassenversöhnlerischer Gewerkschaftsführer gelang es den Kapitalisten, die große Gefahr, die von der geschlossenen Front der Arbeiterklasse eines ganzen Reviers ausging, abzuwehren. Denn die Arbeiter wurden angeführt von Leuten, die von vorneherein nicht darauf aus waren, den Kampf bis zum Sieg zu führen, sondern die nur den Kampf so schnell wie möglich beenden wollten, die eine Kapitulationstaktik eingeschlagen hatten. Die im Interesse der "Allgemeinheit" die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten suchten und den konsequenten Kampf für die Interessen der Arbeiter verraten hatten.
Die Lehren aus diesen Vorgängen sind heute aktueller denn je: Die Arbeiterklasse braucht Gewerkschaften, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Aufräumen muß sie mit dem Klassenversöhnlertum. Und sie braucht eine revolutionäre Partei, die alle ihre Kämpfe zusammenfaßt und ausrichtet auf das Ziel des Sozialismus.

H.B., A.G., Göttingen–



Ruhrbergarbeiter vor ihrem Streikbüro im Januar 1905